Zentrale Orte in Oberhessen

Eine Untersuchung zur Bestimmung von zentralen Siedlungen und ihres Funktionswandels

Inaugural – Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde
der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät
der Freien Universität Berlin

vorgelegt von Gerd Mielitz aus Berlin
1966

1967

Zentrale Orte in Oberhessen

Eine Untersuchung zur Bestimmung von zentralen Siedlungen und ihres Funktionswandels

Inaugural – Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde
der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät
der Freien Universität Berlin

vorgelegt von Gerd Mielitz aus Berlin
1966

D 188

UNIV.
LEIDEN
BIBL.

1. Gutachter: Professor Dr. A. Kühn
2. Gutachter: Professor Dr. Dr. J.-H. Schultze
Tag der mündlichen Prüfung: 28. 11. 1966
Tag der Promotion: 11. 12. 67

Gedruckt Wiesbaden 1967

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41548907_0023

Inhaltsverzeichnis

		Seite
	Verzeichnis der Tabellen	8
	Verzeichnis der Abbildungen	9
	Vorwort	11
1	Einführung	12
11	Die Bedeutung des Leitbildes für Raumordnung und Landesplanung	13
12	Ökonomisch bedingte Strukturveränderungen in agraren und urbanisierten Regionen nach 1945	15
13	Methoden zur Zentralitätsbestimmung von Siedlungseinheiten	20
2	Planung und Siedlungsstruktur im hessischen Raum	26
21	Raumgliederung und Planungskonzeption	26
22	Typisierung und Wandel der hessischen Gemeinden	30
3	Die Siedlungen des Untersuchungsgebietes und ihre zentrale Bedeutung	35
31	Das Untersuchungsgebiet	35
311	Begrenzung und Raumlage	35
312	Physische Gegebenheiten und naturräumliche Gliederung	36
313	Bevölkerungsentwicklung und Gemeindegrößenklassen	37
314	Erwerbsstruktur und Gemeindetypisierung	40
315	Struktur der Landwirtschaft	46
316	Finanzkraft der Gemeinden und Infrastruktur	47
32	Die Bestimmung der zentralen Orte und der Mittelpunktsgemeinden	49
321	Die Methode	49
322	Ergebnisse der Zentralitätsbestimmung	57
33	Die zentralen Orte in ihrer Individualität	57
331	Alsfeld	57
332	Homberg an der Ohm	61
333	Lauterbach	62

		Seite
334	Schlitz	64
335	Grünberg	65
336	Laubach	66
337	Hungen	67
338	Lich	68
339	Lollar	69
34	Die ergänzende Bedeutung der ländlichen Mittelpunktsgemeinden im Untersuchungsgebiet	70
341	Die Mittelpunktsgemeinden im Landkreis Alsfeld	70
342	Die Mittelpunktsgemeinden im Landkreis Lauterbach	74
343	Die Mittelpunktsgemeinden im Landkreis Gießen	76
344	Der Wandel in den zentralen Siedlungen	76
35	Schlußfolgerung und Zusammenfassung	80
351	Vergleich der Ergebnisse mit der Landesplanungskonzeption	80
352	Zur Frage der Förderung von nachgewiesenen Zentralitätsansätzen	81
353	Zusammengefaßtes Untersuchungsergebnis	82
	Literaturverzeichnis	84
	Statistische Quellen	90
	Lebenslauf	121
	Anhang	122

Verzeichnis der Tabellen

Tab. 1	Die Hauptgebiete der Regionen	27
Tab. 2	Bevölkerungszahlen für ausgewählte Jahre im Land Hessen	29
Tab. 3	Bevölkerungsentwicklung in den Regierungsbezirken	29
Tab. 4	Die Entwicklung in den Gemeindegrößenklassen	30
Tab. 5	Die Entwicklung der hessischen Gemeindetypen zwischen 1950 und 1961	32

Seite

Tab. 6 Struktur- und Entwicklungsdaten für die Landkreise des Untersuchungsgebietes 38

Tab. 7 Die Gemeindegrößenklassen in den Landkreisen 1964 . . 39

Tab. 8 Entwicklung in der Erwerbsstruktur 1950—1961 40

Tab. 9 Landwirtschaftliche Betriebsgrößen 46

Tab. 10 Strukturdaten der Gemeinden des Untersuchungsgebietes 53—55

Tab. 11 Die Einstufung der zentralen Orte und Mittelpunktsgemeinden. Entwicklung und funktionale Einflußbereiche . 58

Tab. 12 Entwicklung der Erwerbsstruktur in den zentralen Orten . 80

Verzeichnis der Abbildungen

Abb. 1— 6 Regionale Gliederung Hessens 33

Abb. 7—11 Die Erwerbsstruktur im Untersuchungsgebiet 1961 . . 41 u. 43

Abb. 12 Die Beschäftigten des sekundären und tertiären Wirtschaftsbereiches 1961 71

Abb. 13—15 Die Bevölkerungsentwicklung 1939—1964 der Gemeinden mit zentraler Bedeutung 77

Abb. 16 Topographische Übersichtskarte 93

Abb. 17 Gemeindegrößenklassen nach der Bevölkerung 1964 95

Abb. 18 Tendenz der Bevölkerungsentwicklung 1939—1964 . 97

Abb. 19 Berufspendlerbilanz 1961 99

Abb. 20 Gewerbesteuer 1964 101

Abb. 21 Schulden der Gemeinden 1964 103

Abb. 22 Allgemeine Finanzzuweisungen 1964 105

Abb. 23 Pendler-Einzugsbereiche ausgewählter Gemeinden . 107

Abb. 24 Einzugsbereiche der Gymnasien und Realschulen des Untersuchungsgebietes 109

Abb. 25 Einzugsbereiche der Apotheken und Ärzte 111

Abb. 26 Einzugsbereiche des Handwerks 113

Abb. 27 Einzugsbereiche des Textil-Einzelhandels 115

Abb. 28 Zentrale Orte und Mittelpunktsgemeinden 117

Vorwort

Die vorliegende Untersuchung mit dem Ziel, die Zentralität und den Funktionswandel kleinerer Siedlungen zu erfassen und vergleichbar darzustellen, soll einen Beitrag zur wissenschaftlichen Betrachtung von Regionen im Hinblick auf die Entwicklung eines harmonischen Raumes bieten.

Meine Erhebungen wären ohne die dankenswerte Unterstützung durch mehrere Institutionen und Einzelpersönlichkeiten nicht möglich gewesen.

Hier darf ich besonders dem Leiter der Landesplanung beim Hessischen Minister des Innern, Herrn Ministerialrat Gunkel, für großzügige Förderung meines Arbeitsvorhabens und für die Drucklegung Dank sagen. Das meinem Thema von den Vertretern der lokalen Dienststellen entgegengebrachte Interesse und die Aufgeschlossenheit der befragten Einwohner des Untersuchungsgebietes trugen sehr zur Vertiefung der durch Geländebegehungen und Auswertung statistischer Unterlagen gewonnenen Eindrücke bei.

Es ist mir ein Bedürfnis, meinem hochverehrten Lehrer, Herrn Professor Dr. A. Kühn, ganz besonderen Dank auszusprechen für die Anregung zu dieser Untersuchung, für seine Unterstützung und Betreuung. Mein Dank gilt zugleich Herrn Professor Dr. Dr. J.-H. Schultze für seine kritische Durchsicht der Arbeit.

Ferner danke ich Herrn Dr. habil. Boesler für Diskussionen über das von mir behandelte Thema und daraus gewonnene Anregungen, sowie Herrn Detlef Engel für die Besorgung der Kartographie.

Berlin-Spandau, im Herbst 1966

Gerd Mielitz

1 Einführung

Ein wesentliches Strukturelement der Kulturlandschaft sind Siedlungen in all ihren Erscheinungsformen. Sie können durch ihre Anzahl, ihre Größe und Bedeutung zur Charakterisierung von Teilgebieten des menschlichen Lebensraumes beitragen. Die Beschreibung und Erforschung der Siedlungen, ihrer Physiognomie, Struktur und Funktion sowie deren Wandel ist Anliegen der Raumwissenschaften, namentlich der Geographie und der Raumforschung.

Seit dem Beginn der Industrialisierung haben die städtischen Siedlungen einen starken Bevölkerungs- und Bedeutungszuwachs erfahren, der sie zu bevorzugten Objekten der geographischen Forschung werden ließ. Von den reinen Physiognomie- und Grundrißbeschreibungen ausgehend hat sich die geographische Stadtforschung der Strukturanalyse und in neuester Zeit immer intensiver den Funktionsbestimmungen und dem Problem der Stadt-Umlandbeziehungen zugewandt. Auch die Raumforschung und das praxisnahe Teilgebiet der Geographie, die Angewandte Geographie, befassen sich besonders mit den Problemen, die aus der Urbanisierung des Landes und der Entstehung von Verdichtungsgebieten erwachsen. Sie wollen die Grundlagen bieten für eine wegweisende und auf raumordnerischen Leitbildern basierende Raumordnungspolitik sowie für die daraus resultierenden Maßnahmen der exekutiven Organe.

Die Durchführung von Raumordnungsmaßnahmen stellt eine ordnende Tätigkeit dar. Sie setzt in einem gegebenen Raum Unordnung voraus oder eine sich anbahnende Entwicklung, die der Steuerung bedarf. Weil jedoch die Vorstellungen von Ordnung beziehungsweise Unordnung nur subjektiver Natur sein können, wird die Bedeutung der Erarbeitung eines allgemeingültigen Leitbildes offensichtlich, durch das die ordnenden oder lenkenden Maßnahmen sinnvoll auf ein erstrebenswertes Ziel ausgerichtet werden.

11 Die Problematik des Leitbildes und seine Bedeutung für Raumordnung und Landesplanung

Das Leitbild versteht DITTRICH als ein geistiges Formprinzip, „das in der jeweils gegebenen Epoche dominiert".[1]) Damit ist eine bloße Zusammenfassung der Vielzahl subjektivistischer Vorstellungen, wie sie WURZBACHER[2]) für sein soziales Leitbild verwendet, ausgeschlossen. Der Begriff des Idealtypus bei WEBER[3]) zeigt ein wesentliches Merkmal des allgemeinen Leitbildes, die Dynamik, die zeitliche Veränderung von Leitideen. Wie die verschiedenartigen Vorstellungen einzelner Epochen Änderungen im Leitbild bewirken, so haben auch die verschiedenartigen Voraussetzungen in Räumen unterschiedlicher Wirtschaftsstruktur und unterschiedlichen Sozialverhaltens oder politischer Einflußnahme eine räumliche Dynamik des allgemeinen Leitbildes zur Folge.

Ein allgemeines gesellschaftspolitisches Leitbild ist also weder zeitlich noch räumlich statisch, sondern es muß sich den jeweils gegebenen Verhältnissen in bestimmten Epochen und Räumen anpassen.

Das heute für den Bereich der Bundesrepublik Deutschland, aber auch darüber hinaus gültige gesellschaftspolitische Leitbild wird durch Freiheit, sozialen Ausgleich und Sicherheit bestimmt.

Wie sich die sozialen und wirtschaftstheoretischen Leitbilder dem gesellschaftlichen unterordnen beziehungsweise einen Teil von ihnen darstellen, wird ihm auch das Leitbild der Raumordnung einzugliedern sein. Was für das Ganze festgestellt wurde, muß auch für seine Teile gelten.

Es ist offensichtlich, daß sich das gesellschaftspolitische Leitbild und damit auch das der Raumplanung und Landesentwicklung in agraren Entwicklungsgebieten und in Gebieten vorherrschender Industrieproduktion voneinander unterscheiden müssen. Auch Faktoren wie die naturbedingten geographischen Gegebenheiten und die Mentalität der Bevölkerung werden in entsprechende Untersuchungen einzubeziehen sein. Selbst im verhältnismäßig kleinen Raum der Bundesrepublik Deutschland führen regional unterschiedliche natürliche, soziale, wirtschaftliche, kulturelle und psychologische Faktoren zu abgewandelten Leitbildern.

Es entspricht der föderativen Gliederung der Bundesrepublik Deutschland, daß jedes Bundesland sein eigenes Landesplanungsgesetz besitzt. Diese sehen einerseits die Aufstellung von Regionalplänen, andererseits aber auch die Abstimmung mit benachbarten Bundesländern und auch mit dem Bund vor. Zwischen dem Bund und den Ländern wurde 1957 ein Verwaltungsab-

[1]) DITTRICH, Erich, Das Leitbild und seine Problematik. In: Raumforschung – 25 Jahre Raumforschung in Deutschland. Bremen 1960, S. 107.
[2]) WURZBACHER, Gerh., Leitbilder des gegenwärtigen deutschen Familienlebens. Dortmund 1951.
[3]) WEBER, Max, Die Objektivität sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis. In: Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre. Tübingen 1922, S. 146.

kommen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Raumordnung abgeschlossen „zu dem Zweck, eine Raumordnung zu fördern, die den sozialen, wirtschaftlichen und landschaftlichen Erfordernissen im Bundesgebiet Rechnung trägt, und die hierzu von Bund und Ländern im Rahmen ihrer Zuständigkeiten aufzustellenden Programme nach landesplanerischen Grundsätzen aufeinander abzustimmen . . ."[4])

Mit diesem Verwaltungsabkommen und dem Raumordnungsgesetz[5]) sind die Voraussetzungen für eine landesplanerische Tätigkeit des Bundes und der Bundesländer nach einheitlichen Richtlinien zum Wohle der Allgemeinheit im Sinne des Leitbildes gegeben.

In Verfolgung dieses Zieles sahen sich die Raumordnungspolitik und die ausführenden Landesplanungsstellen häufig dem Vorwurf ausgesetzt, namentlich dem Leitbild der Freiheit zuwiderzuhandeln, indem sie durch das Aufstellen von Baunutzungs- und Bauleitplänen die Möglichkeiten freier Standortwahl einschränkten. Wenn Einschränkungen der Niederlassungsfreiheit erfolgt sind, so nicht aus Dirigismus, sondern um einen Konflikt der zahlreichen wegen Spezialinteressen verschieden verstandenen Freiheiten zu vermeiden und um im Sinne des gesellschaftspolitischen Leitbildes einen Ausgleich herbeizuführen. Alle Belange sollten im Rahmen der Landesentwicklung nur in dem Maße berücksichtigt werden, wie sie für die Gemeinschaft von Nutzen und für den Einzelnen zumutbar sind. Einschränkungen müssen also im Interesse des Allgemeinwohls in Kauf genommen werden.

Die weitreichende Problematik des Leitbildes wird in der Frage nach seinem Urheber deutlich. Ganz offensichtlich ist das Leitbild nicht nur Ausdruck des Zeitgeistes. Wer stellt das Leitbild auf? Wird das Leitbild durch Kompromisse zwischen Politikern und Wählern mitgeformt? Die Frage ist berechtigt, ob die Wissenschaft berufen und imstande ist, zur Aufstellung von Leitbildern beizutragen. Leitbilder können erhebliche Investitionen bedingen. Daraus erwächst große Verantwortung. Hier, in der Dissertation, soll versucht werden, ein vorhandenes Leitbild zu verfeinern und mit wissenschaftlichen Methoden der Wirklichkeit anzunähern.

Der Wesenszug der Leitbilder sind politische Vorstellungen, die mit staatlicher oder behördlicher Hilfe zu verwirklichen sind. In ihnen manifestieren sich politische Ideen mit konkreten staatlichen Maßnahmen. Sie sind ein wichtiges exogenes Element der Kulturlandschaft, die entscheidend durch sie geformt wird.

Obwohl die Diskussionen über das Leitbild der Raumordnung und seine Beachtung durch die Raumordnungspolitik noch nicht abgeschlossen sind und wohl auch wegen der dem Begriff innewohnenden Dynamik nicht endgültig abgeschlossen werden können, darf hier das Teilleitbild „ausgeglichener harmonischer Raum" als für die vorliegende Arbeit wesentlich herausgestellt werden.

[4]) Verwaltungsabkommen zwischen dem Bund und den Ländern über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Raumordnung vom 16. Dezember 1957. Bundesanzeiger Nr. 25.
[5]) Raumordnungsgesetz vom 8. April 1965. Bundesgesetzblatt I, S. 306.

12 Ökonomisch bedingte Strukturveränderungen in agraren und urbanisierten Regionen nach 1945

Im Sinne einer harmonischen Landesentwicklung muß auf die Voraussetzungen für die Ausgeglichenheit der Bevölkerungsstruktur in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht besonderes Augenmerk gelenkt werden.

Die schon immer unterschiedliche Lebensweise der ländlichen und der städtischen Bevölkerung wurde unter dem Einfluß der Industrialisierung und der modernen Stadtentwicklung besonders augenfällig. Die Binnenwanderung aus den landwirtschaftlich strukturierten Regionen in die industrialisierten Verdichtungsgebiete verstärkte sich und erreichte einen Höhepunkt beim Wiedererstarken der industriellen Produktion nach dem Zweiten Weltkrieg. Sie führte zu einem raschen Wachstum der größeren Städte. Diese Wanderungsbewegung nahm ein noch größeres Ausmaß an durch die zahlreichen Umsiedler. Vor allem war die jüngere Generation an dieser Wanderung beteiligt; sie zog aus den dörflichen Gemeinden in die Städte, um bei geregelter Arbeitszeit und festem Lohn bei besseren Sozialleistungen einen Arbeitsplatz in einem Gewerbe- oder Industriebetrieb einzunehmen. Meist waren die größeren Städte Ziel dieser Binnenwanderung, während die kleineren Orte ohne differenziertes Wirtschaftsleben nur geringe Anziehungskraft besaßen. Beim Fortzug der Flüchtlinge und Vertriebenen von ihrem derzeitigen Wohnsitz fiel auch ins Gewicht, daß sie keine oder nur eine geringe innere Verbundenheit zu ihm besaßen und ein Abwandern über weite Entfernungen von diesem Gesichtspunkt her nicht schwerfiel.

Zu der Form der freiwilligen Landflucht trat die der zwangsläufigen; denn die Bestrebungen der Landwirtschaft zur Rentabilitätssteigerung durch Mechanisierung und Rationalisierung haben zu einer Freisetzung von zahlreichen Arbeitskräften geführt. Ein Teil dieser Personen blieb am Wohnplatz und geht als Berufspendler seiner Beschäftigung in den Industrie- und Gewerbebetrieben der größeren Nachbarorte nach. Eine Begleiterscheinung dieser Tatsache ist, daß die kleineren Städte, die vorher häufig nur Zwischenstation auf der Wanderung in die Ballungsgebiete waren, im wesentlichen als Einpendlergemeinden für ihr engeres landwirtschaftliches Umland gekennzeichnet sind. Die veränderten Arbeitsvoraussetzungen für die ländliche Bevölkerung, die Verbesserung der Verkehrsmöglichkeiten und die starke Zunahme der Motorisierung in breiten Bevölkerungsschichten haben neuerdings jedoch dazu beigetragen, daß die Arbeitspendelwege auch oftmals an den kleineren Nachbarzentren vorbei über weite Entfernungen in die größeren Zentren führen.

So wie die private Motorisierung stimulierend auf die Berufspendelwanderung wirkt, führt sie zusammen mit einer Steigerung des Lebensstandards und den damit verbundenen höheren Ansprüchen in den ländlichen Gebieten auch zu einem Einkaufspendeln über weite Strecken. Ein großer Teil der ländlichen Bevölkerung, bei dem noch während der dreißiger Jahre die Selbstversorgung vorherrschte, hat seine Konsumgewohnheiten soweit ge-

ändert, daß zumindest der Kauf von Luxusgütern, aber auch der Einkauf von Gütern des nichttäglichen Bedarfs in den größeren und nicht in den näher gelegenen kleineren, nur eine geringere Auswahl bietenden Zentren getätigt wird.

Eine der negativen Folgen dieser Entwicklung ist ein erheblicher Funktionsverlust zahlreicher kleiner Städte. Als weitere ungünstige Auswirkungen sind die volkswirtschaftlich nicht mehr vertretbaren weiten Wege zum Arbeitsplatz und chaotische Verkehrssituationen in den Ballungsgebieten während der Berufsverkehrszeiten hervorzuheben.

Einen Beitrag zur Verbesserung dieser Situation und zur Steuerung der künftigen Entwicklung kann die Ansiedlung von Industrie- und Gewerbebetrieben in landwirtschaftlich strukturierten Gebieten liefern. Eine weitere Möglichkeit muß in einer Hebung der Wirtschafts- und Anziehungskraft der kleineren Zentren gesehen werden, die durch eine bessere Ausstattung mit Versorgungseinrichtungen, besseren Einkaufsmöglichkeiten und einem reichhaltigeren Angebot sowie kulturellen und sozialen Institutionen erzielt werden kann.

Der Slogan „Industrie in jedes Dorf" wurde schon bald als falsch erkannt. Aus allen Grundsätzen und Richtlinien der Bundesregierung zum regionalen Förderungsprogramm spricht die Erkenntnis, daß raumordnerische Maßnahmen zur Verbesserung der Situation in einseitig oder schwach strukturierten Gebieten nur dann förderungswürdig sind, wenn sie sich auf bestimmte Schwerpunkte konzentrieren.

Wegen der Ähnlichkeit der Erkenntnisse sind hier die Grundsätze der niederländischen Wirtschaftspolitik von besonderem Interesse, die von VANHOVE[6]) mit dem Schlagwort „Dezentralisation durch regionale Konzentration" charakterisiert werden. Für eine regionale Konzentration der Industrie spricht der Wunsch, die Erschließungskosten und privaten Kosten zum Beispiel durch gemeinsame Kantinenbenutzung und gemeinsamen Transport niedrig zu halten, einen differenzierten Arbeitsmarkt zu schaffen und den von der Industrie ausgehenden agglomerierenden Einfluß auszunutzen. Es wird sehr richtig bemerkt, „daß sich das geistige und kulturelle Leben erst dann entfalten kann, wenn die Bevölkerungszahl eine gewisse Mindestgröße erreicht hat (dies gilt z. B. für Spezialläden, Freizeiteinrichtigungen, medizinische Anlagen). Diese Einrichtungen stellen ja gerade einen wesentlichen Bestandteil der sekundären Standortfaktoren dar, wie sie sich in den größeren Zentren finden."[7]) In den Niederlanden wurden in einer zweiten Phase der Entwicklungspolitik, die noch heute andauert, 44 Entwicklungskerne ausgewiesen, die bis auf drei in sogenannten Problemgebieten liegen. In diesen Kernen werden im Rahmen einer Prämien- und Kostenregelung Vergünstigungen für Industrieansiedlung oder -erweiterung gewährt, die einen starken Anreiz ausüben. Der ausgezeichnete Erfolg in den meisten dieser Kerne kann als Beweis für die Richtigkeit dieser Politik gewertet werden.

[6]) VANHOVE, Norbert D., Regionale Industrialisierung in den Niederlanden durch Konzentration in Entwicklungskernen. In: Informationen 1963, S. 421.
[7]) VANHOVE, Norbert D., a.a.O., S. 427.

Die Förderungsprogramme der Bundesregierung sind auf bestimmte Gebiete konzentriert:

1. Auf das Zonenrandgebiet, das einen Streifen von wechselnder Breite, etwa 40 km breit, von Flensburg bis Passau bildet. Obwohl in diesem Gebiet durch die anhaltende Förderung zahlreiche Verbesserungen erzielt werden konnten, die sich unter anderem in einer verringerten Abwanderung und sogar in einer geringen Zuwanderung ausdrücken, mußte ihm doch vom Interministeriellen Ausschuß für Notstandsgebietsfragen, kurz IMNOS genannt, auch bei der Prüfung zu Änderungen des regionalen Förderprogramms 1953 weitere Förderungsnotwendigkeit zuerkannt werden.[8])

2. Die 1951 geschaffenen Sanierungsgebiete wurden nach mehrjährigen Beratungen des IMNOS durch Bundesausbaugebiete ersetzt[9]), die nach anderen, den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen angepaßten Kriterien[10]) ausgewählt und begrenzt wurden.

3. In das Förderprogramm der zentralen Orte, das 1959 in der Bundesrepublik angelaufen ist und 1961 schon 31 zentrale Orte berücksichtigte, wurden durch Beschluß des IMNOS 1963 weitere 17 Orte mit niedriger oder mittlerer zentraler Bedeutung aufgenommen. Auch dieses spezielle Programm kann im allgemeinen als erfolgreich angesehen werden. Die regionale Verteilung und die Größe der geförderten Orte macht die Konzeption deutlich, kleinere und mittlere zentrale Orte in landwirtschaftlichen Gebieten außerhalb der Einzugsbereiche von Ballungsgebieten zu fördern. Allerdings muß darauf hingewiesen werden, daß „die Auswahl der bisher geförderten zentralen Orte noch zu stark von anderen Momenten abhängig war als bloß von objektiven, wissenschaftlich faßbaren Kriterien."[11])

Als Nachteil im Sinne der Förderung der allgemeinen Zentralität dieser Orte kann angesehen werden, daß die von der Bundesregierung bereitgestellten Mittel nur für die Ansiedlung von Industrie und Gewerbe und der unmittelbaren Folgeeinrichtungen verwendet wurden, nicht aber für andere zentrale Einrichtungen, die der Verbesserung der allgemeinen Infrastruktur und der Versorgung dienen. Bei diesem Einwand sollte aber berücksichtigt werden, daß dieses Zentrale-Orte-Programm nur Initialzündungen für die Wirtschaftsentwicklung bewirken und damit stimulierend auf die Verbesserung der allgemeinen zentralen Funktionen und den Bedeutungszuwachs des Ortes innerhalb seines Umlandes sein soll.

So ist auch die Auffassung zu verstehen, zentrale Orte, die eine ausreichende Starthilfe erhalten haben, aus dem Programm zu streichen, um eine möglichst breite Streuung der Hilfsmaßnahmen zu erzielen. Wie auch KRONER[12]) her-

[8]) Bundesanzeiger 1963, Nr. 141.
[9]) MÜLLER, Georg, Grundlagen für eine Neuabgrenzung der Fördergebiete. In: Raumforschung und Raumordnung1958, S. 15.
[10]) STRUNDEN, Thomas M., Neuabgrenzung der Sanierungsgebiete: Bundesausbaugebiete. In: Informationen 1963, S. 397.
[11]) KRONER, Günter, Die zentralen Orte in Wissenschaft und Raumordnungspolitik. In: Informationen 1964, S. 450.
[12]) KRONER, Günter, a.a.O., S. 421.

vorhebt, wird man aber der Verbesserung der allgemeinen zentralen Einrichtungen vor allem bei den Orten mehr Beachtung schenken müssen, deren Ausstattung zur allgemeinen Umlandversorgung noch unzulänglich ist. Es dürfte naturgemäß schwierig sein, die erzielten Verbesserungen zu quantifizieren und die aus dem Kreis der Begünstigten zu Entlassenden von der Richtigkeit dieser Maßnahme zu überzeugen, umso schwieriger, als auch schon die Auswahl der Orte einer konkreten und vergleichbaren Bemessungsgrundlage entbehrte.

Über die Quantifizierbarkeit der Fördermaßnahmen und ihrer Auswirkungen bietet die Ermittlung des Funktionseffektes[13]) eine Möglichkeit, die jedoch dadurch eine Einschränkung erfährt, daß Input-Output-Berechnungen am lokalen Objekt, und das sind nun einmal zentrale Orte, mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden sind.

Aus allen vorstehenden Ausführungen wird verständlich, daß neben der Strukturverbesserung in den Landwirtschaftsgebieten besonders den zentralen Orten und ihrer weitreichenden Problematik durch die Bundesregierung und durch die Bundesländer besonderes Augenmerk geschenkt wird.

Bei allen Untersuchungen und praktischen Überlegungen zu diesem komplexen Thema können sich Planer und Gutachter auf ein reiches Gedankengut stützen, das aus den Forschungen der Siedlungsgeographie und hier besonders der Stadtforschung erwachsen ist. Hier bieten die neueren Struktur- und Funktionsuntersuchungen einzelner Städte, aber noch mehr die methodischen Arbeiten und Theorien zur Stadt bedeutsame Ansatzpunkte.

Die Definitionsversuche des Begriffes Stadt zeigen nicht nur die Problematik des Erfassens der Wesenheit der Stadt selbst, sondern auch die dem Begriff innewohnende Vielfalt an Wesenszügen. Nur das Herausstellen der Charakteristika der städtischen Siedlungen unter Berücksichtigung der temporären und regionalen Abwandlungen kann hier zum Resultat führen. So reicht die Spannweite geographischer Definitionsversuche von der Stadt als einer Siedlung „von mehr oder weniger planvoller, geschlossener und um einen meist deutlich erkennbaren Kern gruppierter Ortsform und sehr mannigfaltigem, aus den verschiedensten Formelementen zusammengesetzten Ortsbilde“[14]) bis zu der Deutung als „Siedlung von gewisser Größe und geschlossener Ortsform, die eine beachtliche Differenzierung des Ortsbildes aufweist, in der städtisches Leben in ausreichender Breite entfaltet ist und der eine ausgesprochene Zentralität eigen ist.“[15]) Kennzeichnend für die Dynamik in den diesbezüglichen Überlegungen ist unter anderem die Erweiterung der Auffassung von BOBEK. 1927 verstand BOBEK unter Stadt im geographischen

[13]) BOESLER, Klaus-Achim, Kulturlandschaftswandel durch raumwirksame Staatstätigkeit. Unveröffentlichte Habilitationsschrift, Berlin 1966.

[14]) DÖRRIES, Hans, Der gegenwärtige Stand der Geographie. In: Petermanns Mitteilungen, Ergänzungsheft 209, 1930, S. 314.

[15]) SCHWARZ, Gabriele, Allgemeine Siedlungsgeographie. In: Lehrbuch der Allgemeinen Geographie, Berlin 1966. 3. Aufl., S. 366.

Sinne „eine größere Siedlung, welche den möglichst allseitigen, wirtschaftlichen wie politischen und kulturellen Verkehrsmittelpunkt eines unscharf begrenzten Gebietes darstellt und deren körperlicher Aufbau eine gewisse Steigerung seiner charakteristischen Merkmale von den Rändern nach dem Mittelpunkt hin erkennen läßt."[16]) Diese Begriffsfassung hielt BOBEK 1938 für zu eng und glaubte, daß die drei Merkmale Geschlossenheit der Ortsform, Gewisse Größe des Ortes und „Städtisches Leben" innerhalb des Ortes ausreichen, die städtischen Siedlungen aus den ländlichen herauszuheben.[17]) In einer zusammenfassenden Betrachtung zieht KLÖPPER[18]) das Fazit, daß das Zusammentreffen dieser drei Merkmale und ein Mindestmaß an Zentralität ausreichend und notwendig seien für die Zuordnung einer Siedlung zum Typ Stadt. Diese mehr oder weniger pauschalen Feststellungen haben den Vorteil, den Stadtbegriff sehr weit fassen zu können, zeigen aber doch die Schwierigkeit, eine konkrete kurze Begriffsbestimmung zu finden. So hält es BOBEK auch für erforderlich zu erläutern, was er unter „städtischem Leben" verstanden haben will. Aber auch die „gewisse Größe" erscheint in ihrer Begrenzung sehr ungewiß.

Die Größengliederung der Stadt in ihre quantitativen Unterbegriffe Kleinst-, Klein-, Mittel- und Großstadt erfolgt in Wissenschaft und Praxis seit langer Zeit vornehmlich auf statistischer Grundlage nach der Einwohnerzahl. Bei der starken Bevölkerungszunahme und der Verstädterung während der letzten Jahrzehnte sowie der zunehmenden städtischen Überformung nichtstädtischer Siedlungen erscheint es heute nicht mehr zweckmäßig, die konventionellen Schwellenwerte zur Einstufung beizubehalten, zumindest nicht in dem stark urbanisierten Bereich der Bundesrepublik Deutschland. Der Begriff der Großstadt wird im Sinne eines überragenden Zentrums für ein größeres Umland mit stark überregionaler Bedeutung gebraucht und verstanden. Es darf behauptet werden, daß nach dieser Auffassung nicht mehr alle 56 Gemeinden der Bundesrepublik Deutschland über 100 000 Einwohner als Großstadt zu charakterisieren sind. Bei der Untersuchung der städtischen Siedlungen nach ihrer heutigen Bedeutung kann erst den Städten ab 200 000 Einwohner, um bei einem leicht faßbaren statistischen Wert zu bleiben, der Rang einer Großstadt zugebilligt werden. Entsprechend dieser Verschiebung haben sich auch die Schwellenwerte für die Mittel- und Kleinstadt verändert. Die Mittelstadt wird heute zwischen 50 000 und 200 000 Einwohnern, die Kleinstadt zwischen 10 000 und 50 000 Einwohnern und die Kleinststadt darunter einzugruppieren sein. Besonders in den Orten unter 20 000 Einwohnern wird die Zuordnung schwierig. Das Vorhandensein von Siedlungen, die mit mehreren Tausend Einwohnern als Großdörfer bezeichnet werden, sowie von Zwergstädten mit weniger als 2 000 Einwohnern, die sich aufgrund früher Stadtrechtverleihung noch heute als Stadt bezeichnen, zeigt, daß Einstufungen entsprechend der Einwohnerzahl der Siedlungen nur unbefriedigend sein können. Diese Schwierigkeiten und die endlich nicht erreichbare Übereinstimmung aller

[16]) BOBEK, Hans, Grundfragen der Stadtgeographie. In: Geographischer Anzeiger 1927, S. 216.
[17]) BOBEK, Hans, Über einige funktionelle Stadttypen und ihre Beziehungen zum Lande. In: Comptes rendus du Congrès International de Géographie, Amsterdam 1938. Leiden 1938, Bd. II, Sect. IIIa, S. 88.
[18]) KLÖPPER, Rudolf, Der geographische Stadtbegriff. In: Geogr. Taschenbuch 1956/57, S. 453.

Auffassungen dazu lassen es angebracht erscheinen, sich bei konkreten wissenschaftlichen Untersuchungen der gebräuchlichen Schwellenwerte der amtlichen Gemeindegrößenklassen zu bedienen und Begriffe wie Großstadt nur in gedanklichen Klammern zu verwenden.

In diesem Zusammenhang erhebt sich auch die Frage nach der Begrenzung städtischer Siedlungen. Die wissenschaftlichen Methoden müssen sich naturgemäß auf das Vorhandensein solcher Charakteristika beziehen, die gemäß den Definitionsversuchen als kennzeichnend für städtische Siedlungen angesehen werden. Bei der Durchführung solcher Abgrenzungen wird es aber offensichtlich, daß die statistischen Unterlagen, die in den meisten Fällen nur gemeindeweise vorhanden sind, nur wenige Daten bieten und der Kreis der quantifizierbaren städtischen Merkmale dadurch sehr eingeschränkt wird. Die Versuche der deutschen Raumforschung, die Stadtregion, also die Kernstadt selbst und ihre Umlandzone zu begrenzen, konnten sich nur auf die Einwohnerdichte, die Erwerbsstruktur und die Berufspendler beziehen. Solche Abgrenzungsversuche und zahlreiche Untersuchungen der Einflußnahme von städtischen Siedlungen auf ihr ländliches Umland zeigen die zunehmende Bedeutung der Erfassung und Quantifizierung der Stadt-Umland-Beziehungen, die sich in den städtischen Funktionen ausdrücken. Diese Forschungen und Untersuchungen werden erfreulicherweise im In- und Ausland fortgesetzt; sie verdienen die Beachtung der einschlägigen wissenschaftlichen Disziplinen.

13 Methoden zur Zentralitätsbestimmung von Siedlungseinheiten

Städtische Funktionen gliedert BOESLER[19]) in überregionale Funktionen und Funktionen für ein geschlossenes Umland, die er zentralörtliche nennt, und in Lokalfunktionen. Die beiden ersteren bezeichnet er auch als städtebildende oder primäre Funktionen. Bei dem Versuch der Quantifizierung der städtebildenden und damit der zentralörtlichen Funktionen muß er aber die Wertschöpfung, deren Heranziehung zu den genauesten Ergebnissen führt, fallenlassen, da ihre Berechnung erst für wenige Städte vorliegt. BOESLER stellt eine Beziehung zwischen der Wertschöpfung in den einzelnen Wirtschaftsbereichen und den darin Beschäftigten her und berechnet daraus einen Index für städtebildende Funktionen, dessen Mindestmaß er mit $I_2 = 28$ angibt, das heißt, daß der Anteil der Beschäftigten einer Siedlungseinheit in städtebildenden Einrichtungen 28 vH der Wohnbevölkerung betragen muß, wenn diese als Stadt angesehen werden soll.

[19]) BOESLER, Klaus-Achim, Zum Problem denr quantitativen Erfassung städtischer Funktionen. In: Proceedings of the IGU Symposium in Urban Geography, Lund 1960, S. 145. (Die Veröffentlichung des IGU Symposiums kann als Prototyp der modernen Stadtforschung angesehen werden.)

Mit diesen Überlegungen mündet BOESLER in den neuesten Abschnitt der Diskussion über die Theorie der zentralen Orte, deren Grundstein CHRISTALLER 1934 mit seinem Werk „Die zentralen Orte in Süddeutschland" gelegt hat. CHRISTALLERs wissenschaftliches Verdienst ist unbestritten. Er hat eine Diskussion entfacht, die noch heute anhält und nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern, besonders in den USA, vorangetrieben wird.

CHRISTALLER geht bei seinen Überlegungen davon aus, daß in jedem Staat mit fester territorialer Ordnung die Marktwirtschaft, die Verwaltung und der Verkehr die auslösenden Faktoren für die Ausbildung einer Städtehierarchie sind und deswegen bei der Einstufung der Städte unumgänglich zu berücksichtigen sind.

Über die im ganzen Land gleichmäßig verteilten Siedlungen legte er ein Sechseck-Schema. Der im Zentrum jedes einzelnen Sechsecks gelegene Ort übernimmt gewisse übergeordnete Verwaltungsfunktionen, weil er von allen anderen Orten gleichweit entfernt ist. Eine geradlinige Verkehrsverbindung der Orte miteinander führt zu einer Dreiecksstruktur. Auch die nach dem Verwaltungsprinzip entstandenen Amtsorte höheren Grades liegen in Dreiecksverbänden. In der Mitte dieser Dreiecke wird wegen der größten Entfernung zu den Amtsorten ein Bedürfnis nach besserer Versorgung mit Dienstleistungen und Gütern hervorgerufen. Neue Versorgungseinrichtungen lassen hier einen zentralen Ort niederen Ranges entstehen. CHRISTALLER weist den Verwaltungseinrichtungen für die Hierarchie zentraler Orte die größte Bedeutung zu. „Im modernen Staat spielte die Verwaltung eine höchst bedeutsame Rolle. So ist der Sitz der Verwaltung auch der gegebene Standort für höherrangige zentrale Einrichtungen — wie für höhere Schulen, für Spezialärzte, Krankenhäuser . . . So schließen sich Einrichtungen, die in sich keinen hierarchischen Aufbau der Über- und Unterordnung haben, und die nicht an ein fest abgegrenztes Einzugsgebiet gebunden sind, gleichwohl der hierarchischen Stufung der Verwaltungsstädte an und verstärken somit die Ausprägung bestimmter Rangtypen."[20])

Dieser Einblick in die Überlegungen CHRISTALLERs zeigt deren theoretischen Charakter und weckt den Wunsch nach Bestätigung im natürlichen Siedlungsgefüge. Zahlreiche diesem Zweck dienende regionale Untersuchungen haben nicht die gewünschten Erfolge gezeitigt. Im allgemeinen konnten sie das Netz der zentralen Orte nicht oder aber nur vage nachweisen. Hier darf auch auf eine regionale Untersuchung von zentralen Ortsbereichen hingewiesen werden, die SCHULTZE in 40 nicht näher bezeichneten zentralen Orten durchführte.[21])

[20]) CHRISTALLER, Walter, Die Hierarchie der Städte. In: The Proceedings of the IGU Symposium in Urban Geogr., Lund 1960, S. 10.

[21]) SCHULTZE, Joachim-H., Zur Anwendbarkeit der Theorie der zentralen Orte. In: Peterm. Geogr. Mitteilungen 1951, S. 106.

Wir müssen also schließen: Sollte das System der zentralen Orte je bestanden haben, so scheint es heute jedoch nur noch geologischen Fenstern ähnlich durch die jüngeren Schichten der Kulturlandschaft hindurch.

Die Ausbildung des heutigen Siedlungsgefüges ist zahlreichen lenkenden Faktoren unterworfen, die nicht gesetzmäßig oder auch nur regelhaft bestimmt werden können.

So spielen auch in starkem Maße irrationale Kräfte in die Anlage und Entwicklung der Siedlungen hinein, die weder mit geographischen noch wirtschaftstheoretischen oder sozialwissenschaftlichen Regeln erfaßt werden können.

Die mangelhafte Verifizierbarkeit des Schemas von CHRISTALLER bei der Erforschung der Verteilung und Bildung der zentralen Orte und die Unzulänglichkeit rein theoretischer Schemata überhaupt hat besonders Geographen in den USA veranlaßt, die bei der Bildung von zentralen Orten zu berücksichtigenden Faktoren zu sammeln und dann im Experiment die Entstehung zentraler Orte zu simulieren, um so gewisse Regeln und Schemata zu gewinnen. Eines dieser Verfahren beschreibt MORRILL,[22]) dem es darauf ankommt, vor allem auch das zeitliche Moment in der Entwicklung eines Siedlungsgefüges mitzuberücksichtigen. Das Problem, wirklichkeitsnahe Schemata der zentralen Orte aufzustellen, wird mit Hilfe eines Systems realistischer Bedingungen sowohl von historischer als auch räumlicher Bedeutung gelöst. Ein Vergleich der durch Simulation entwickelten Schemata mit den mehr deterministischen von LÖSCH[23]) und CHRISTALLER zeigt, daß sie weniger regelmäßig, aber realistischer sind.

In einem einfachen Experiment mit nur fünf berücksichtigten Faktoren wurde ein Küstengebiet angenommen, in welchem ein Siedlungsursprung an der Küste liegt, von dem die weitere Besiedlung des Landes ausgehen soll. Bei diesem Experiment wurde das ganze Gebiet mit einem Quadratgitternetz überzogen, in dem jede Zelle eine Wahrscheinlichkeitszahl erhielt, die MORRILL einer von HÄGERSTRAND anhand realer Gegebenheiten entwickelten Matrix entnahm. Mit Hilfe dieser Werte ließen sich vom Siedlungsursprung ausgehende Wanderungsbewegungen simulieren. Je weiter fortgeschritten die Zeit und je komplizierter die physischen Gegebenheiten angenommen werden, desto mehr neue Faktoren müssen zu den ersten fünf hinzutreten. Mit einer ausreichenden Anzahl von Faktoren können nicht nur zahlreiche Schemata erarbeitet, sondern umgekehrt jedes realiter vorgefundene auf auslösende Faktoren zurückgeführt werden.

Bei solchen Experimenten, von denen auch GARRISON ein weiteres beschreibt, stellt die Computer-Technik das Haupthilfsmittel dar.

[22]) MORRILL, Richard L., Simulation of Central Place Patterns over Time. In: Proceedings of the IGU Symposium in Urban Geography. Lund 1960, S. 109.
[23]) LÖSCH, August, Die räumliche Ordnung der Wirtschaft. Jena 1944.

Um qualitative Aussagen über die zentrale Bedeutung eines Ortes machen zu können, ist es notwendig, die bestimmenden Merkmale quantitativ zu erfassen. Dafür bieten sich die zentralörtlichen Einrichtungen und Funktionen an.

Wie BOESLER haben sich auch ULLMAN und DACEY[24]) der Frage der Quantifizierung städtischer Funktionen zugewandt. Sie entwickelten die Methode des „Minimum Requirement". Es wird festgestellt, wieviel Beschäftigte einer Siedlung für den Eigenbedarf ihrer Einwohner nötig sind und wieviele für die Bedarfsdeckung des Umlandes übrig bleiben. Aufgrund einer Untersuchung in einer größeren Zahl amerikanischer Städte wurden 14 Beschäftigungskategorien ausgewählt und dafür die Minimalzahlen ermittelt. Das Ergebnis zeigt, daß der Minimalwert mit der Größe der Stadt zunimmt. Für Städte mit 2 500 Einwohnern beträgt der Anteil der für den Eigenbedarf des Ortes Tätigen 24 vH der Beschäftigten. Er steigt für Städte mit 300 000 bis 800 000 Einwohnern auf 48,6 vH und kann mit wachsender Einwohnerzahl 60 vH erreichen. Es wird bewiesen, daß dieses Verhältnis von der Höhe der kulturell-technischen Entwicklung, mit der die Ansprüche wachsen, abhängig ist.

Ähnliche Schlußfolgerungen zieht BOUSTEDT bei seinen Untersuchungen über zentrale Orte in Bayern.[25]) Er stellt eine positive Korrelation zwischen den Einwohnerzahlen des zentralen Ortes und seines Einflußbereiches fest. „Je größer der zentrale Ort, desto größer ist auch, zumindest der Tendenz nach, die Einwohnerzahl des Einflußbereiches. Diese Korrelation — die von manchen Abweichungen durchbrochen wird . . . — ist nicht linear, d. h. die Einwohnerzahl des Umlandes wächst nicht etwa proportional, sondern sie wächst degressiv!"[26]) Zur Einstufung der zentralen Orte in vier Kategorien zieht er ausgewählte zentrale Einrichtungen heran, deren Komposition mehr eine qualitative als quantitative Wertung ergibt.

BOUSTEDT berücksichtigte die unterschiedliche Bedeutung von zentralen Einrichtungen, indem er zunächst den Dispersionsfaktor aus dem prozentualen Anteil der Gemeinden, die diese Institution aufweisen, zu der Gesamtzahl der untersuchten Gemeinden errechnete. Im weiteren Verlauf seiner Untersuchungen stellte er fest, daß die Konzentration der zentralen Einrichtungen mit der Differenzierung in einzelne Gewerbezweige immer konform geht. Deswegen konnten er auf den Dispersionsfaktor verzichten, „und die Zentralitätsbestimmung einfach unter Berücksichtigung der Zusammensetzung der am Ort vertretenen unterschiedlichen zentralen Institutionen vornehmen."[27])

[24]) ULLMAN, Edward L. und DACEY, Michael F., The Minimum Requirements Approach to the Urban Economic Base. In: Proceedings of the IGU Symposium in Urban Geography, Lund 1960, S. 121.
[25]) BOUSTEDT, Olaf, Die zentralen Orte und ihre Einzugsbereiche. In: Proceedings of the IGU Symposium in Urban Geography. Lund 1960.
[26]) BOUSTEDT, Olaf, a.a.O., S. 217.
[27]) BOUSTEDT, Olaf, a.a.O., S. 205.

In einer älteren Untersuchung von 10 Modellkreisen versuchte BOUSTEDT, Verzerrungen bei der Zentralitätsbestimmung zu vermeiden, indem er zwei verschiedene Faktoren heranzog, und zwar die als zentrale Schicht bezeichnete Summe der Erwerbstätigen im Handel, Verkehr, privaten und öffentlichen Diensten und die Anzahl der in den Gemeinden vorhandenen Gewerbeklassen.

Hervorzuheben ist die Tatsache, daß nach BOUSTEDTs Berechnungsgrundlagen in Bayern 27 Gemeinden unter 2 000 Einwohner niederste Zentralität und 2 Gemeinden sogar mittlere Zentralität zuerkannt werden muß.

Mit den zentralen Orten niederen Ranges, die besonders in agraren Gebieten von Bedeutung sind, befaßten sich BRACEY und LINDSTAAHL. In seinen Untersuchungen definiert BRACEY den Begriff central village folgendermaßen: „The village with more shops and services than one would exspect for its size which is operating services for neighbouring villages and hamlets I term a central village."[28])

Die Einstufung in drei Rangordnungen erfolgt anhand der Anzahl vorhandener Läden und Dienstleistungsbetriebe. Viele Gemeinden verdanken ihre Zentralität vor allem der Tatsache, daß sie an einer stark befahrenen Straße liegen. Andere central villages sind ehemalige Marktorte, die sich auf die Güterversorgung des Umlandes durch Lieferwagen umgestellt haben.

LINDSTAAHL[29]) überzog sein Untersuchungsgebiet an der Westküste Finnlands mit einem Netz von 1 km² großen Zellen. Für jede der Zellen wurde die Einwohnerzahl, die Zahl der Fabrikationsbetriebe, der Geschäfte, der zentralen Einrichtungen sozialer Art und anderer zentraler Einrichtungen festgestellt. Bei Erreichen bestimmter Einwohnerzahlen wurden jeweils fünf Zellen zusammengeschlossen, die bei Überschreiten eines Mindestmaßes an Zentralität als Central Places angesprochen wurden. Diese Bezeichnung verwendet LINDSTAAHL, der seine Untersuchung in dünn besiedeltem Gebiet durchführte, schon für Gemeinden ab 200 Einwohner.

Gerade die kleineren Orte bieten durch eine geringere Ausstattung mit zentralen Einrichtungen, die sich von Ort zu Ort grundlegend unterscheiden können, Schwierigkeiten, sowohl bei ihrer Typisierung als auch bei ihrer Einstufung in einen der unteren Ränge der zentralörtlichen Hierarchie.

NEEF stellt die Labilität als Merkmal der niederen Rangstufen heraus. „Die unteren Stufen der zentralörtlichen Hierarchie lassen sich durch eine bestimmte Norm zentraler Einrichtungen nicht eindeutig erfassen. Schemata der ‚charakteristischen Einrichtungen' versagen. Denn das nur regional Gültige und das Zufällige überwiegen das Regelhafte. Ein allgemeines Kenn-

[28]) BRACEY, H. E., English Central Villages. Identification, Distributions and Functions. In: Proceedings of the IGU Symposium in Urban Geography. Lund 1960, S. 170.
[29]) LINDSTAAHL, Sigvard, A Plan for Investigation of Central Places in Agricultural Communities. In: Proceedings of the IGU Symposium in Urban Geography. Lund 1960, S. 285.

zeichen jedoch ist ihre Labilität und damit ihre Veränderlichkeit."[30]) Bei der Bestimmung der Zentralität geht NEEF davon aus, daß der statistisch leicht erfaßbare Einzelhandel sich am besten als repräsentatives Merkmal eignet.

Grundsätzlich zu bejahen ist die Feststellung, daß auch die besten repräsentativen Faktoren nur für die Erörterungen prinzipieller Art herangezogen werden können und die geogaphische Lage, die speziellen Funktionen und Gegebenheiten eines jeden Ortes einer individuellen geographischen Untersuchung zu unterziehen sind.

Um eine Vollständigkeit der Auffassungen zum Zentralitätsgedanken zu erzielen, wären noch zahlreiche andere Theorien und Untersuchungen anzuführen, besonders die Untersuchungen der verschiedenen Bundesländer, deren Ergebnisse zum Teil auch ihren kartographischen Niederschlag in den Bänden des Deutschen Planungsatlasses gefunden haben.[31])

Auf eine von KRONER[32]) vorgenommene Zusammenstellung der wesentlichen Arbeiten darf hingewiesen werden.

Der von mir gezeigte Querschnitt gibt die Auffassungen zu dem komplexen Thema der Siedlungszentralität wieder, die ausreichen, um die notwendigen Schlußfolgerungen für die anschließende regionale Untersuchung zu ziehen. Diese Schlußfolgerungen betreffen einerseits den zentralen Ort selbst und andererseits seinen Einflußbereich.[33])

Zur Auswahl der Untersuchungsgemeinden werden für die einzelnen Kriterien Schwellenwerte benutzt, die von vornherein alle potentiellen zentralen Orte einschließen dürften. Zur Bestimmung der Zentralität und zu einer eventuellen Typisierung der vorgefundenen zentralen Orte wird die von zahlreichen Autoren verwendete und von mir auch für das ausgewählte Untersuchungsgebiet am Vogelsberg als aussagekräftig festgestellte Beschäftigtenstruktur in den Gemeinden, besonders die des tertiären Wirtschaftsbereiches, herangezogen werden. Als Aussage über die Bedeutung der zentralen Orte für ihr Umland werden Einflußbereiche ausgewählter zentraler Einrichtungen rechnerisch ermittelt und kartographisch dargestellt werden. Zur Stützung der so gefundenen Werte soll die Angabe von zentralen Einrichtungen und die Beschreibung der Individualität der einzelnen Orte dienen. Besondere Beachtung wird auch der Veränderung der Zentralitätsfaktoren und der sich eventuell daraus ergebenden Entwicklungen der zentralen Orte geschenkt werden.

[30]) NEEF, Ernst, Die Veränderlichkeit der zentralen Orte niederen Ranges. In: Proceedings of the IGU Symposium in Urban Geography. Lund 1960, S. 232.

[31]) Deutscher Planungsatlas, Band I bis IX, herausgegeben von der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Hannover.

[32]) KRONER, Günter, a.a.O., S. 421.

[33]) CHRISTALLER berechnete die Größe des zum zentralen Ort gehörenden Ergänzungsgebietes nach dem Bedeutungsüberschuß des zentralen Ortes und nahm danach die Einstufung in die Ränge seiner zentralörtlichen Hierarchie vor. In einer Untersuchung über die Versorgungsnahbereiche der zentralen Orte in der Bundesrepublik und ihre Qualifizierung stellte ISBARY in einer umfangreichen Liste die Kernorte und ihre Bereiche nach ihrer Einwohnerzahl zusammen.

Um die Siutation und Entwicklungstendenz der Untersuchungsgemeinden in einen größeren Rahmen zu stellen, erscheint es notwendig, einen Überblick über die Siedlungsstruktur und deren Veränderung im Bundesland Hessen zu geben.

2 Planung und Siedlungsstruktur im hessischen Raum

21 Raumgliederung und Planungskonzeption

Im Siedlungsgefüge Hessens bestehen erhebliche regionale Unterschiede. Das heterogene Bild der hessischen Siedlungsstruktur liegt sowohl in der Differenziertheit der naturräumlichen Gestaltung des Landes als auch in der unterschiedlichen territorialgeschichtlichen Entwicklung der hessischen Landesteile begründet. Hierdurch wird die Begrenzung von Räumen einheitlicher Siedlungsstruktur erschwert.

Die meisten Stadtgründungen im hessischen Raum erfolgten in der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts und im 13. Jahrhundert. Ihre Mehrzahl lag in den nordhessischen Gebieten. Sie hatten ähnlich den Burgen strategische Bedeutung als Schutz alter oder neu errungener landesherrlicher Interessen. Viele Städte verloren ihre Privilegien wegen Absinkens ihrer wirtschaftlichen und politischen Bedeutung und nur einige von ihnen erhielten in der Neuzeit ihr Stadtrecht zurück.

Von den 161 mit Stadtrechten versehenen hessischen Gemeinden wurden 128 bis zum 15. Jahrhundert gegründet beziehungsweise zur Stadt erhoben.

In der Neuzeit verlagerte sich das Gewicht der Stadtbildungen nach Südhessen in den Raum des Rhein-Main-Wirtschaftszentrums. Bemerkenswert für die hessische Siedlungsstruktur ist die große Zahl von Klein- und Zwergstädten und vieler zu Dorfgemeinden und Flecken abgesunkener Stadtgründungen. Die hessischen Siedlungen spiegeln in ihrer räumlichen Verteilung, in ihrer Entwicklung und in ihrem Bedeutungswandel den Wechsel in der hessischen Territorialgeschichte wider. Das gilt auch für die äußere Erscheinungsform zahlreicher städtischer Siedlungen. Die goße Zahl von Residenzstädten, deren ehemalige Funktion noch heute physiognomisch in Schlössern, Burgen, Adelshöfen und Verwaltungsgebäuden zutage tritt, weist auf die frühere territoriale Zersplitterung hin.

Die nach dominierenden physischen Geofaktoren vorgenommene Gliederung des Landes in Naturräume[34]) bietet vor allem in den zusammenfassenden Gruppen von Haupteinheiten eine gute Übersicht.[35])

Nach bestimmten Gesichtspunkten abgegrenzte Untersuchungsgebiete wie Stadtregionen, Wirtschaftsregionen oder Regionen anderer Art werden sich aus Gründen der besseren Beschaffung statistischen Materials mit den administrativen Grenzen der Länder, Regierungsbezirke, Stadt- und Landkreise und bei kleinräumlichen Untersuchungen besonders mit den Gemeindegrenzen zu decken haben.[36])

Im vorläufigen Raumordnungsplan für das Land Hessen, in dem der hessische Minister des Innern — Landesplanung — Planungsräume gebildet hat, mit welchen gezeigt werden soll, „wie weit das Interessengebiet und der Einfluß von Städten auf ihre Nachbargemeinden geht; umgekehrt, welche Randgemeinden auf eine Stadt als Arbeits-, Versorgungs- und Kulturzentrum angewiesen sind",[37]) ist die Anpassung an die administrativen Grenzen vollständig.

Das Land wurde in sieben Regionen gegliedert, zu denen jeweils ein Hauptgebiet gehört und ein Randgebiet, das andere Regionen überlappt.

Tab. 1 Die Hauptgebiete der Regionen

Region	Anzahl der Stadt- u. Landkreise	Fläche in km²	Einwohner in 1 000 1950	1964	Einwohner/km² 1950	1964
1 Kassel	9	3 982	673,9	703,0	169	177
2 Marburg-Waldeck	5	3 297	340,6	350,7	103	106
3 Fulda-Hersfeld	4	1 916	246,4	255,0	129	133
4 Vogelsberg-Oberhessen	6	3 290	490,4	530,8	149	161
5 Lahn-Dill	5	2 083	413,2	393,5	198	181
6 Rhein-Main	11	3 530	1 309,6	1 707,8	371	484
7 Starkenburg	8	3 010	849,6	1 145,8	282	387
Land Hessen	48	21 108	4 323,8	5 086,6	205	241

Quellen: Vorl. Raumordnungsplan für das Land Hessen 1957 und Statist. Berichte des Hessischen Statistischen Landesamtes 1965.

Die Planungsräume 1, 2 und 3 bilden den Regierungsbezirk Kassel, 4 und 7 den Regierungsbezirk Darmstadt und 5 und 6 den Regierungsbezirk Wiesbaden. Die Gemeinden dieser Regionen wurden zu Kleinräumen zusammengeschlossen, die oftmals eine weitere Untergliederung in Kleinsträume er-

[34]) MEYNEN, E. und SCHMITHÜSEN, I., Handbuch der naturräumlichen Gliederung Deutschlands. Remagen 1953-59.

[35]) Hessen wird im wesentlichen von folgenden Gruppen naturräumlicher Haupteinheiten eingenommen: Westhessisches Hügel- und Beckenland, Osthessisches Bergland, Taunus und Rhein-Main-Tiefland. Ferner gehören Teile des Oberen-Weserberglandes, Leine-Berglandes, Süderberglandes, Westerwalds, Lahntals, Mittelrheintals, nördlichen Oberrhein-Tieflandes und der Gruppe Odenwald, Spessart und Südrhön zu Hessen.

[36]) Am 31. 12. 1964 zählte das Bundesland Hessen 2 693 Gemeinden, die sich auf 11 Landkreise und 3 kreisfreie Städte des Regierungsbezirks Darmstadt, auf die 15 Landkreise und 3 kreisfreien Städte des Regierungsbezirks Kassel und auf 13 Landkreise und 3 kreisfreie Städte des Regierungsbezirks Wiesbaden verteilen.

[37]) Der hessische Minister des Innern — Landesplanung —: Vorläufiger Raumordnungsplan für das Land Hessen. Wiesbaden 1957, S. 3.

fuhren. Die Größe dieser Räume weist eine große Schwankungsbreite auf. So gibt es in der Region Vogelsberg-Oberhessen den nicht mehr unterteilten Kleinraum Büdingen mit 23 Gemeinden und den Kleinraum von Lang-Göns, zu dem nur noch eine zweite Gemeinde gehört. Insgesamt sind für Hessen 550 solcher Räume bestimmt worden. Versuche, die Planungsräume den ökonomischen Gegebenheiten und funktionellen Zusammenhängen besser anzupassen, führten 1963 zur Vorlage einer neuen Einteilungskonzeption, bei der die strukturell und planerisch zusammengehörenden Kleinräume zu 14 regionalen Planungsräumen, und diese wiederum zu 5 Großregionen zusammengeschlossen wurden; hierbei blieben nicht nur die Grenzen der Regierungsbezirke unbeachtet, sondern auch die Landkreise wurden auseinandergerissen. Ihre Teile wurden verschiedenen Planungsräumen und sogar verschiedenen Großregionen zugeordnet. Das ist unter anderem der Fall bei der Zuordnung der Landkreise Fritzlar-Homberg, Lauterbach, Büdingen und Friedberg.

Die Aufteilung der Planungsräume auf die Großregionen ist wie folgt:

Planungsräume	Großregionen
Kassel, Frankenberg-Waldeck	Nordhessen
Werratal, Hersfeld, Fulda	Zonenrandgebiet
Lahn-Dill, Schwalm, Limburg	Mittelhessen
Mainz-Wiesbaden, Mainspitze, engeres Untermaingebiet, Kinzigtal	Rhein-Main
Darmstadt — Odenwald, Bergstraße — Neckar	Südhessen

In diesen Gliederungen wird das Bestreben deutlich, unter Berücksichtigung von Strukturähnlichkeiten und Abhängigkeiten der Gemeinden echte Planungsräume zu bilden, in denen ungeachtet eventueller Rivalitäten von Nachbargemeinden und benachbarten Kreisen Grundsätze der Rahmenplanung verwirklicht werden können.

Das Instrumentarium zur Landesentwicklung bietet der Große Hessenplan, dessen Kernstück Zielvorstellungen und Investitionsvorhaben für die Zeit von 1965 bis 1974 sind. Die Verwirklichung der langfristigen Planung erfolgt in Durchführungsabschnitten von drei bis vier Jahren. Der erste, teilweise schon mit den Haushaltsplänen abgestimmte Abschnitt umfaßt die Jahre 1965, 1966 und 1967. Für die Verbesserung der Infrastruktur, besonders der Erweiterung und Erstellung von zentralen Einrichtungen des Schul-, Gesundheits- und Verkehrswesens, ist eine solche Planung, die realistisch auf möglichen Finanzierungen basiert, wertvoll. Sie gibt nicht nur den Behörden, sondern auch der Bevölkerung und nichtöffentlichen Investitionsträgern eine Orientierungsmöglichkeit für die Vorhaben der öffentlichen Hand. „Bevölkerung und Wirtschaft sind die beiden Hauptgrößen im Programm des Großen Hessenplans. Von ihnen nehmen alle Überlegungen ihren Ausgang und an ihnen richten sie sich im einzelnen auch aus."[38])

[38]) Der Große Hessenplan. In: Schriften zum Großen Hessenplan. Herausgegeben vom Hess. Ministerpräsidenten. Heft 1, Wiesbaden 1965, S. 19.

Die Bevölkerungsentwicklung Hessens lag zwischen 1939 und 1961 prozentual etwas über der in der Bundesrepublik. Während die Bevölkerung im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1939 und 1950 um 20,9 vH und zwischen 1950 und 1961 um 11,0 vH zunahm, machte die Entwicklung in Hessen in den gleichen Zeiträumen + 24,3 vH und + 11,3 vH aus.

Tab. 2 Bevölkerungszahlen für ausgewählte Jahre im Land Hessen

Jahr	Einwohner in Tausend	Jahr	Einwohner in Tausend
1871	1 895	1946	3 994
1885	2 117	1950	4 324
1900	2 525	1956	4 529
1910	2 959	1959	4 676
1925	3 196	1961	4 814
1933	3 354	1964	5 087
1939	3 479		

Quellen: Veröffentlichungen des Hessischen Statist. Landesamtes.

Für das 21 108 km² große Gebiet Hessens ergibt sich für 1964 eine Bevölkerungsdichte von 241 Einwohner/km² (1961 waren es 228 Einwohner/km²). Die regional verschieden starke Bevölkerungszunahme nach dem Zweiten Weltkrieg und die unterschiedliche Verteilung soll in der nachfolgenden Tabelle für die Regierungsbezirke sichtbar gemacht werden.

Tab. 3 Bevölkerungsentwicklung in den Regierungsbezirken in 1 000 Einwohner

Reg.-Bez.	1939	1946	1950	1956	1961	1964	Zunahme 1946–64
Darmstadt	1 050	1 260	1 340	1 428	1 549	1 677	33 vH
Kassel	972	1 198	1 261	1 229	1 256	1 309	9 vH
Wiesbaden	1 457	1 536	1 723	1 873	2 009	2 101	36 vH

Quellen: Veröffentlichung des Hessischen Statist. Landesamtes und Vorläufiger Raumordnungsplan für das Land Hessen 1957.

In der unterschiedlichen Zunahme der Bevölkerung kommt die hauptsächlich auf ökonomischen Voraussetzungen basierende Attraktion der Gebiete zum Ausdruck.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der einsetzende Flüchtlingsstrom wegen der besseren Unterbringungsmöglichkeiten hauptsächlich in die landwirtschaftlichen Gemeinden gelenkt. Durch die rasche Industialisierung und die Zunahme der Arbeitsplätze in Industrie und Handwerk sowie in den Dienstleistungsbetrieben, die sich im wesentlichen auf die größeren Gemeinden konzentrierten, ist jedoch sehr bald eine starke Binnenwanderung vom Land in die Stadt ausgelöst worden. Bis 1961 war die prozentuale Verteilung der Vertriebenen und der Deutschen aus der SBZ nicht nur ausgeglichen, sondern war in den kreisfreien Städten mit 24 vH der Wohnbevölkerung höher als in den Landkreisen mit 22,8 vH. Von allen Landkreisen und kreisfreien Städten wies die Stadt Gießen mit 30,9 vH den größten Anteil dieses zugewanderten Personenkreises auf.

Der Anteil Hessens an der Bevölkerung des Bundesgebietes[39]) betrug 1963 9 vH. Dieser Anteil besteht seit langem mit nur geringen Schwankungen. Wird der gleiche Anteil auch künftighin angenommen, so kann die Bevölkerungsprognose[40]) für die mittlere Zukunft[41]) in der Bundesrepublik auch für Hessen als Grundlage zur Landesentwicklung herangezogen werden.

Den vorausberechneten Entwicklungen würden ohne Berücksichtigung der Wanderungen folgende Werte für Hessen entsprechen:

	1974	2000
rasche Entwicklung	5 246 000 E	5 921 000 E
mittlere Entwicklung	5 213 000 E	5 697 000 E
langsame Entwicklung	5 186 000 E	5 507 000 E

Der Große Hessenplan geht dagegen für die Entwicklung des Landes von der Richtzahl 5 580 000 Einwohner für das Jahr 1974 aus, also um 7 vH mehr als der mittleren Annahme der Vorausberechnung. Damit müßte ein über dem Durchschnitt der Bundesrepublik liegendes Wachstum der Bevölkerung erzielt werden. Die Differenz ergibt sich aus einem erwarteten Wanderungsgewinn von 34 000 Personen jährlich bis 1970 und 22 000 jährlich für die folgenden Jahre.

22 Typisierung und Wandel der hessischen Gemeinden

Die Wanderungsvorgänge spiegeln sich in der zahlenmäßigen Entwicklung der Gemeindegrößenklassen in bestimmten Zeiträumen wider.

Tab. 4 Die Entwicklung in den Gemeindegrößenklassen

Einwohner in 1 000		1939		1950		1961		1964
unter 500	Anz.	1 526		1 112		1 251		1 218
	Einw,	398,5	—	323,3	+	333,9	—	323,0
500 bis 999	Anz.	649		777		675		668
	Einw.	455,2	+	558,3	—	482,1	—	477,2
1 000 bis 1 999	Anz.	312		474		421		430
	Einw.	422,5	+	650,0	—	580,9	+	596,6
2 000 bis 2 999	Anz.	96		135		123		125
	Einw.	232,6	+	330,3	—	299,3	+	304,5
3 000 bis 4 999	Anz.	54		102		112		117
	Einw.	207,9	+	378,5	+	426,2	+	442,4
5 000 bis 9 999	Anz.	38		64		73		86
	Einw.	254,9	+	447,8	+	513,9	+	597,8
10 000 bis 19 999	Anz.	12		18		24		29
	Einw.	172,2	+	233,9	+	324,3	+	386,7
20 000 bis 49 999	Anz.	5		10		12		13
	Einw.	171,6	+	302,9	+	391,0	+	419,4
50 000 und mehr	Anz.	5		5		6		7
	Einw.	1 163,8	(—)	1 098,6	+	1 462,7	+	1 539,0
Hessen Ges.	Anz.	2 697		2 697		2 697		2 693
	Einw.	3 479,2		4 323,6		4 814,3		5 086,6

Quellen: Statist. Handbuch für das Land Hessen 1964 und Statist. Bericht des Hessischen Statist. Landesamtes, April 1965.

[39]) Ohne Berlin-West.

[40]) Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Vorausschätzung der Bevölkerung für die Jahre 1964 bis 2000. In: Fachserie A, Reihe 1, Bevölkerungsstand und -entwicklung, 1963.

[41]) KOHN, Arthur, Die „mittlere Zukunft" in der Raumforschung. In: Raumforschung, Hannover 1960, S. 117.

In der Zusammenstellung der Gruppen der Gemeinden nach Anzahl und Gesamtbevölkerung kommt der vorübergehende Wanderungsgewinn und das Aufrücken in die nächstgrößeren Klassen der ländlichen Gemeinden in der Verringerung der Anzahl der kleinsten Klassen und im umgekehrten Vorgang während des nächsten Zeitraumes zum Ausdruck. Hervorzuheben ist die anhaltende Zunahme in den Größenklassen über 3 000 Einwohner.

In der regionalen Verteilung der Gemeinden über 3 000 Einwohner wird der Zusammenhang zwischen Siedlungsgröße und Wirtschaftsstruktur deutlich. Im Regierungsbezirk Kassel wohnten 1961 in 51 von diesen Gemeinden 48 vH der Bevölkerung, in 104 Gemeinden dieser Größenklasse des Regierungsbezirks Darmstadt waren es 68 vH und im Regierungsbezirk Wiesbaden 73 vH in 72 Gemeinden. Diesen Zahlen stehen die der überwiegend von der Land- und Forstwirtschaft lebenden Personen in der gleichen Reihenfolge mit 14 vH, 9 vH und 5 vH der Wohnbevölkerung gegenüber.

Die Kennzeichnung der wirtschaftlichen Struktur der hessischen Gemeinden nach den in der Landwirtschaft Beschäftigten[42]) läßt ähnlich wie die Entwicklungstendenz der Gemeindegrößen bei 3 000 Einwohnern eine Zäsur erkennen. Von dieser Größe ab gibt es keine L- und LG-Gemeinden mehr, in allen arbeiten weniger als 40 vH der am Ort Beschäftigten im primären Wirtschaftssektor[43]), und nur 8 haben als M-Gemeinden noch 40 bis 60 vH dieses Personenkreises.

Mit zwei Ausnahmen weisen die hessischen Gemeinden mit 5 000 Einwohnern und mehr im primären Wirtschaftssektor weniger als 20 vH der am Ort Beschäftigten auf und werden dementsprechend und gemäß der Definition als Gewerbegemeinden bezeichnet.

Ein Bild von der Wirtschaftsstruktur der hessischen Gemeinden und dem erfolgten Strukturwandel zwischen 1950 und 1961 vermittelt die erweiterte hessische Gemeindetypisierung, die sich ebenfalls auf die am Ort Arbeitenden bezieht, aber andere Schwellenwerte besitzt und zusätzlich den Typ der Wohngemeinde ausweist. Diese Klassifizierung besteht aus den sechs Typen Wohngemeinden, Gewerbliche Gemeinden I, Gewerbliche Gemeinden II, Gewerblich-landwirtschaftliche Mischgemeinden, Landwirtschaftliche Gemeinden II und Landwirtschaftliche Gemeinden I.[44])

[42]) Diese Bezeichnungen werden vom Hessischen Statistischen Landesamt angewandt und im einzelnen folgendermaßen definiert: Von 100 der am Ort Arbeitenden waren . . . in der Land- und Forstwirtschaft tätig: G = unter 20; GL = 20 bis 39; M = 40 bis 59; LG = 60 bis 79; L = 80 und mehr.

[43]) Die Bezeichnung der Wirtschaftsektoren als primär, sekundär und tertiär geht auf FOURASTIÉ zurück. Er rechnet zum primären Sektor die Landwirtschaft und den Bergbau, zum sekundären die Industrie und zum tertiären die Verwaltung, das Unterrichtswesen, die freien Berufe usw. FOURASTIÉ, Jean, Die große Hoffnung des zwanzigsten Jahrhunderts. Köln 1954.
Im Verlauf dieser Untersuchung werden die Begriffe der statist. Systematik angepaßt: Primärer Sektor = Wirtschaftsbereich Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung, Fischerei (Abt. 0). Sekundärer Sektor = Produzierendes Gewerbe (Abt. 1 bis 3). Tertiärer Sektor = Handel und Verkehr, Sonstige Wirtschaftsbereiche (Dienstleistungen) (Abt. 4 bis 9).

[44]) Schwellenwerte dieser hessischen Gemeindetypisierung:
Wohngemeinden = die am Ort Beschäftigten betragen weniger als 60 vH der Erwerbspersonen.
Gewerbl. Gemeinden I = mehr als 75 vH der Beschäftigten sind in nichtlandwirtschaftl. Arbeitsstätten tätig.
Gewerbl. Gemeinden II = 55,1 bis 75 vH der Beschäftigten sind in nichtlandwirtschaftl. Arbeitsstätten tätig.
Gewerbl.-landwirtschaftl. Mischgemeinden = 45 bis 55 vH der Beschäftigten sind in nichtlandwirtschaftl. Arbeitsstätten tätig.
Landwirtschaftl. Gemeinden II = 55,1 bis 75 vH der Beschäftigten sind in landwirtschaftl. Arbeitsstätten tätig.
Landwirtschaftl. Gemeinden I = mehr als 75 vH der Beschäftigten sind in landwirtschaftl. Arbeitsstätten tätig.

Tab. 5 Die Entwicklung der hessischen Gemeindetypen zwischen 1950 und 1961

Wirtschaftl. Gem.-Typ	Gemeinden in vH		Bevölkerung in vH	
	1950	1961	1950	1961
Gewerbl. Gemeinde I	8,3	11,6	54,1	61,6
Gewerbl. Gemeinde II	9,3	8,0	9,7	4,7
Gewerbl.-landw. Mischgem.	8,4	5,1	5,5	2,0
Landwirtschaftl. Gem. II	34,3	16,5	14,1	4,7
Landwirtschaftl. Gem. I	29,1	23,5	6,6	3,5
Wohngemeinden	10,6	35,3	10,0	23,5
Gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Statist. Bericht des Hessischen Statist. Landesamtes, Juni 1964.

Diese Verhältniszahlen zeigen ein Anwachsen der Gewerblichen Gemeinden I und der Wohngemeinden sowohl in der Anzahl als auch im Bevölkerungsanteil.[45])

Wie eng der Zusammenhang zwischen Gemeindegröße, Bevölkerungszunahme und Wirtschaftskraft ist, soll der folgende Versuch zeigen. Für die drei Faktoren Bevölkerungszunahme in den Gemeinden über 3 000 Einwohner, Bevölkerungsentwicklung 1950 bis 1961 und Bruttoinlandsprodukt[46]) der Wirtschaftsbevölkerung[47]) wurden auf der Basis der Landkreise und ohne Berücksichtigung der kreisfreien Städte Schwellenwerte gebildet, nach denen ein Gebiet erster Intensität (Hauptregion) und ein Gebiet zweiter Intensität (Nebenregion) abgegrenzt wurde (Abb. 1 bis 3). Abb. 4 zeigt das Zusammentreffen zweier beziehungsweise dreier Hauptregionen. Abb. 5 gibt die Bereiche wieder, in denen sich zwei Haupt- oder Nebenregionen beziehungsweise jeweils drei überlagern. Das auffallende Zusammentreffen dieser drei Faktoren soll im Rahmen dieser Untersuchung ausreichen, die zur räumlichen Gliederung des Untersuchungsgebietes erforderliche Grobgliederung in wirtschaftskräftige, attraktive Gebiete und in wirtschaftsschwache, meist einseitig landwirtschaftlich strukturierte Gebiete vorzunehmen.

Zum Kernraum, drei zusammentreffende Gebiete erster Intensität, gehören die Landkreise Groß-Gerau, Offenbach, Hanau, der Obertaunuskreis und der Main-Taunus-Kreis. Einmal überlagert zeigt sich das anschließende Gebiet der Landkreise Friedberg und Wetzlar im Norden sowie Darmstadt und Bergstraße im Süden. Dieser vergrößerte Kernraum ist identisch mit dem dreifach überlagerten Gebiet der zweiten Intensität. Die herausragende Stellung der kreisfreien Städte soll extra betont sein.

[45]) Durch Änderungen in der Wirtschaftssystematik ist die Vergleichbarkeit mit den Ergebnissen der Berufs- und Arbeitsstättenzählung von 1950 etwas eingeschränkt.

[46]) Das Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen ist die Eigenleistung der Wirtschaft, die das Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten und die um Subventionen verminderten indirekten Steuern sowie Abschreibungen umfaßt.

[47]) Die Wirtschaftsbevölkerung kann räumlich als die Bevölkerung eines solchen Gebietes angesehen werden, bei dem Betriebs- und Wohnort deckungsgleich gedacht sind. Sie ist das Bevölkerungspotential, das für den Ablauf des Wirtschaftsprozesses notwendig ist. Die Wirtschaftsbevölkerung ergibt sich aus der Rechnung Wohnbevölkerung ± Pendlersaldo × 2.

Abb.1 Bevölkerung 1961 wohnhaft in kreisangehörigen Gemeinden mit mehr als 3000 Einwohnern

- Landkr. mit weniger als 25000 Einw.
- " " 25000 bis unter 60000 E.
- " " 60000 Einw. und mehr

Abb.2 Bevölkerungszu- oder abnahme 1950-1961 in vH der Wohnbevölkerung

- Abnahme
- Zunahme bis 10 vH
- Zunahme über 10 vH

Abb.3 Bruttoinlandsprodukt je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung 1961 Hessen = 100

- weniger als 80 vH
- 80 bis unter 90 vH
- mehr als 90 vH

Abb.4 Hauptregionen (siehe Erl. im Text)

- 2 Hauptregionen sind überlagert
- 3 " " "

Abb.5 Haupt-und Nebenregionen (siehe Erläuterungen im Text)

- 2 Haupt-od. Nebenreg. überlagert
- 3 " " " "
- Abgrenzung des Untersuchungsgebiet.

Abb.6 Bundesfördergebiete

- Bundesausbaugebiete
- Bundesausbaugeb. zugl. Zonenrandgebiet
- Zonenrandgebiet
- Zentrale Orte im Förderungsprogramm

Entwurf: G. Mielitz

In diese Verteilung der Aktivräume passen sich die im Förderprogramm der Bundesregierung berücksichtigten Gebiete (Abb. 6) sehr gut ein. Die nach Inkrafttreten des Regionalen Förderprogramms 1951 begrenzten Sanierungsgebiete waren auf Gemeindebasis zusammengestellte, aber meist geschlossene Bereiche. Insgesamt gehörten 348 hessische Gemeinden in dieses Programm. Die durch die zwischenzeitliche Entwicklung erforderlich gewordene Neuabgrenzung der Bundesfördergebiete sieht als kleinste zu fördernde Gebietseinheit den Landkreis vor.

In Hessen umfassen die Bundesfördergebiete im etwa 40 km breiten Streifen des Zonenrandgebietes 11 Landkreise. Als Bundesausbaugebiete sind die 10 Landkreise Hofgeismar, Wolfhagen, Melsungen, Bebra, Ziegenhain, Alsfeld, Hünfeld, Büdingen, Gelnhausen und der Oberlahnkreis deklariert.

Zu den für das Zentrale-Orte-Programm der 1959 ausgewählten zentralen Orte Alsfeld und Wolfhagen sind 1961 Fritzlar und Bebra und 1963 Homberg im Bezirk Kassel, Hersfeld, Büdingen und Weilburg-Löhnberg getreten. Dieses Programm zur Förderung von kleinen und mittleren Städten umfaßt in Hessen Orte zwischen 6 000 und 24 000 Einwohner.

Von diesen Objekten der Bundesförderung werden uns der zentrale Ort Alsfeld, das Bundesausbaugebiet Kreis Alsfeld und das Zonenrandgebiet Kreis Lauterbach im Verlauf der folgenden Untersuchung weiter beschäftigen. Sie gehören zum Untersuchungsgebiet in Oberhessen, das sowohl in Abb. 5 als auch in der Topographischen Übersichtskarte (Abb. 16) lokalisiert ist.

3 Die Siedlungen des Untersuchungsgebietes und ihre zentrale Bedeutung

31 Das Untersuchungsgebiet

311 Begrenzung und Raumlage

Das Untersuchungsgebiet umfaßt die dem Regierungsbezirk Darmstadt angehörenden Landkreise Alsfeld, Gießen und Lauterbach. Es hat eine Fläche von 1 926 km², von der 36 vH (687 km²) von Wald bedeckt ist, und setzt sich aus 250 Gemeinden zusammen; hiervon entfallen 93 auf den Landkreis Alsfeld, 85 auf den Landkreis Gießen und 72 auf den Landkreis Lauterbach. Das Gebiet hat eine weiteste West-Osterstreckung von 70 km und eine Nord-Süderstreckung von durchschnittlich 30 km.

Die Auswahl des Untersuchungsgebietes wurde unter dem Gesichtspunkt getroffen, die Bedeutung kleiner zentraler Orte in schwachstrukturierten Gebieten zu untersuchen. Ein weiterer Gesichtspunkt für die Begrenzung ist die

Beobachtung von Planung und Förderung in Problemgebieten und ihre Auswirkungen auf die Bevölkerungs-, Siedlungs- und Wirtschaftsstruktur. Die Einbeziehung des Landkreises Gießen, der eine relativ kräftige Wirtschaftsstruktur aufweist, ermöglicht Vergleiche mit den beiden anderen, schwachstrukturierten Untersuchungskreisen. Während der Landkreis Gießen im Bundesförderungsprogramm keine Berücksichtigung erfährt, wurde der Landkreis Alsfeld 1963 in das Förderungsprogramm aufgenommen und zum Bundesausbaugebiet erklärt. Der Landkreis Lauterbach gehört zum Zonenrandgebiet. Darüber hinaus erfährt die Kreisstadt Alsfeld seit 1959 Förderung im Rahmen des Zentralen-Orte-Programms.

Das Untersuchungsgebiet besitzt innerhalb Hessens eine zentrale Lage und auch innerhalb der Bundesrepublik ist seine Lage als fast zentral, etwas östlich versetzt, zu bezeichnen. Die Entfernungen von Frankfurt betragen 40 bis 90 km. Im nördlichen und westlichen Teil wird das Untersuchungsgebiet von der Autobahn Hamburg — Hannover — Frankfurt — Basel durchzogen. Am Westrand des Untersuchungsgebietes tangiert die zum Teil im Lahntal verlaufende wichtige Eisenbahnstrecke Hannover — Kassel — Frankfurt. Die von Kassel beziehungsweise von Hamburg über Bebra und Fulda nach Frankfurt östlich um das Gebiet führende Eisenbahnstrecke bleibt in mindestens 10 km Entfernung. Entgegen dieser verhältnismäßig günstigen Lage im Netz der dominierenden Nord-Südverkehrslinien in der Bundesrepublik ist seine Lage innerhalb des Bereiches der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zwar nicht als „im Winkel liegend", aber doch als peripher zu bezeichnen.

Entsprechend der Tatsache, daß zentrale Orte nicht allein für sich untersucht werden können, sondern wegen ihrer funktionalen Umlandbeeinflussung vielmehr im Zusammenhang mit dem Gebiet ihrer potentiellen Einzugs- oder Nahversorgungsbereiche gesehen werden müssen, sind in die folgenden Ausführungen der Strukturuntersuchung die drei ausgewählten Landkreise einbezogen worden.

Eine Strukturuntersuchung des Gebietes erfordert die Berücksichtigung der Faktoren Bevölkerung, Siedlungen, Wirtschaft und Verkehr auf der Basis der natürlichen Gegebenheiten und der Raumlage.

312 Physische Gegebenheiten und naturräumliche Gliederung

Das Untersuchungsgebiet legt sich von Westen bis Osten nördlich um das Zentrum des Vogelsberges. In der naturräumlichen Gliederung Deutschlands ist es den Gruppen der naturräumlichen Haupteinheiten Osthessisches Bergland, Westhessisches Hügel- und Beckenland und wegen eines kleinen Anteils an der Wetterau dem Rhein-Main-Tiefland zuzurechnen.

Bestimmend für den größten Teil des Untersuchungsgebietes ist die Basaltkuppe des Vogelsberges, der mit der Hälfte seines zentralen Teils, dem „Oberwald", den Südwesten des Landkreises Lauterbach einnimmt. Das niedrigere Gebiet des „Unteren Vogelsberges" schließt sich an und bildet weite Teile der Landkreise Lauterbach und Alsfeld. Die „Fuldaer Senke" ragt bis zur Kreisstadt Lauterbach in das Untersuchungsgebiet hinein und den Nordosten nimmt das „Fulda-Haune-Tafelland" ein. Der nördliche Teil des Gebietes gehört zur „Schwalm", zu der „Hessischen Schwelle" und dem „Amöneburger Becken". Ein großes Gebiet, vor allem im Landkreis Gießen, wird vom „Vorderen Vogelsberg" bedeckt, der zu dem „Marburg-Gießener Lahntal" überleitet, das den westlichen Abschluß bildet. Vom Zentrum des Vogelsberges, dessen höchste Erhebung, der Taufstein, mit 774 m südlich des Untersuchungsgebietes liegt, fallen die Basaltdecken nach allen Seiten, bis auf etwa 300 m im Osten und Norden und 200 m im Westen, leicht ab. Zahlreiche kleine radiale Wasserläufe gliedern diesen Bereich und formen im Westen ein etwas stärkeres Relief als im Osten, wo weite Talwannen und flache Höhen vorherrschen. Trotz der geringen Flächenausdehnung des untersuchten Gebietes bietet eine starke Differenzierung der natürlichen Gegebenheiten wie Reliefgestaltung, Hydrogeologie, Bodenart und -güte und Klima sehr unterschiedliche Voraussetzungen für die Flächennutzung.

Wegen der verhältnismäßig geringen Reliefenergie im Vogelsberggebiet ist die Ursache für den hohen Wiesen- und Waldanteil nicht in einem überdurchschnittlich erschwerten Maschineneinsatz zu sehen, sondern vielmehr in den relativ schlechten Böden und dem Niederschlagsreichtum zu suchen. Während die im Regenschatten des Rheinischen Schiefergebirges, des Westerwaldes und Taunus gelegenen Gebiete teilweise weniger als 600 mm Niederschlag aufweisen, beträgt die Summe für den Oberwald des Vogelsberges mehr als 1 200 mm jährlich. Die Tallagen sind wegen besserer Böden und günstigerer Temperaturen für die Ackerwirtschaft besser geeignet. Die jährliche Durchschnittstemperatur beträgt in diesem Bereich etwa 7° bis 8° C und liegt damit um 2° höher als auf dem Vogelsberg. Die ungünstigen Verhältnisse in den Mittelgebirgslagen finden ihren Ausdruck in der kürzeren Vegetationsperiode. Sie werden durch phänologische Daten bestätigt.

313 Bevölkerungsentwicklung und Gemeindegrößenklassen

Die Bevölkerungsentwicklung der drei Landkreise zeigt auch die schon allgemein für ländliche Gebiete festgestellte starke Bevölkerungszunahme durch die Ansiedlung von Vertriebenen. In der geminderten Einwohnerzahl von 1956 schlägt sich die Abwanderung eines großen Teiles dieses Personenkreises in die Industrie- und Verdichtungsgebiete nieder. Die Abnahme der Einwohnerzahl dieses Gebietes zwischen 1950 und 1964 beträgt 4,3 vH. Die Tabelle 6 gibt allerdings Aufschluß darüber, daß die Abnahme in den Landkreisen Alsfeld und Lauterbach erheblich stärker war, während andererseits

dieser Durchschnittswert durch eine Bevölkerungszunahme des Landkreises Gießen zwischen 1956 und 1964 gemildert wird. Die Unterschiedlichkeit der Bevölkerungsentwicklung in den einzelnen Gemeinden über bestimmte Zeiträume zeigt Abb. 18. Die Vertriebenen und Deutschen aus der SBZ hatten 1961 einen Anteil von 23 vH an der Wohnbevölkerung des Untersuchungsgebietes. Die größeren Gemeinden wiesen allerdings höhere Anteile dieses Personenkreises an der Einwohnerzahl auf, Alsfeld 27 vH, Lich 30 vH, Lauterbach 30 vH, Lollar 31 vH und Schlitz sogar 35 vH.

Die Bevölkerungsdichte[48]) weist naturgemäß eine erhebliche Differenzierung auf. So hebt sich deutlich der westliche Teil des Kreises Gießen, und hier ganz besonders die im engeren Einzugsbereich der Stadt Gießen befindlichen Gemeinden, als dichter besiedelte Zone ab.

Entsprechend verhält sich auch die Verteilung der Gemeindegrößen (Abb. 17).

Tab. 6 Struktur- und Entwicklungsdaten für die Landkreise des Untersuchungsgebietes

		Landkreis Alsfeld	Landkreis Lauterbach	Landkreis Gießen	Untersuchungsgeb.
Fläche 1961 in ha insgesamt		96 319	59 518	63 796	192 633
darunter Wald		25 213	22 881	20 569	68 663
Waldanteil	in vH	37	38	32	36
Bevölkerungsstand	1885	41 867	31 751	54 167	127 785
	1939	44 996	34 103	69 114	148 213
	1950	62 455	49 273	104 835	216 563
	1956	55 737	44 768	101 104	201 609
	1961	55 173	44 399	102 539	202 111
	1964	55 746	44 408	107 204	207 358
Zu- bzw. Abnahme d. Wohnbev.	in vH				
	1939–1961	+ 23	+ 30	+ 48	+ 36
	1950–1961	– 12	– 10	– 2	– 4
Bevölkerungsdichte Einw./km²	1961	80	75	161	105
	1964	80	75	168	108
Vertriebene und Deutsche aus der SBZ	1961	10 828	9 702	26 101	46 731
Erwerbspersonen am 6. 6. 1961		27 895	22 724	49 970	100 589
Erwerbspersonen in vH d. Wohnbev.		51	51	49	50
Von den Erwerbspersonen gehörten zum Wirtschaftsber.					
Land- u. Forstwirtschaft	Anz.	11 827	9 286	12 626	33 739
	in vH	36	38	46	41
Produzierendes Gewerbe	Anz.	9 957	8 723	22 970	41 650
	in vH	36	38	46	41
Handel, Verkehr, Nachr.	Anz.	2 659	2 264	7 186	12 109
	in vH	10	10	14	12
Sonst. Bereiche (Dienstl.)	Anz.	3 452	2 451	7 188	13 091
	in vH	12	11	15	13

[48]) Auf die kartographische Darstellung der Bevölkerungsdichte wurde verzichtet, weil die Karte der Gemeindegrößen nach Einwohnerzahlen für diese Untersuchung eine bessere Aussagekraft über die Verteilung der Einwohner hat.

		Landkreis Alsfeld	Landkreis Lauterbach	Landkreis Gießen	Untersuchungsgeb.
Berufspendler am 6. 6. 1961					
Auspendler	Anz.	7 425	4 597	22 992	35 014
	in vH d. Erwerbsp.	27	20	46	35
Einpendler	Anz.	5 360	4 510	10 792	20 662
	in vH d. am Ort Arb.	21	20	29	25
Pendlerbilanz	Anz.	– 2 065	– 87	– 12 200	– 14 352
Auspendler 1950	Anz.	4 742	3 303	15 845	23 890
Einpendler 1950	Anz.	3 795	3 110	6 997	13 902
Pendlerbilanz 1950	Anz.	– 947	– 193	– 8 848	– 9 988
Nichtlandwirtschaftl. Arbeitsst. am 6. 6. 1961		2 850	2 492	4 857	10 199
darunter Handwerk		1 133	949	1 942	4 024
Beschäftigte in nichtlandw. Arbeitsstätten am 6. 6. 1961	Anz.	14 254	14 039	27 068	55 361
Beschäftigte in d. Wirtschaftsbereichen in vH am 6. 6. 1961					
sekundärer Sektor		16	21	18	18
tertiärer Sektor		10	11	8	9
davon im					
Einzelhandel		2,7	2,9	2,3	2,5
Sonstig. Handel		1,1	1,2	1,0	1,1
Verkehr u. Nachrichtenübermittlung		1,4	1,4	1,0	1,2
Kredit- u. Versicherungswesen		0,3	0,4	0,3	0,3
Privater Dienstleistungsbereich		2,4	2,5	2,0	2,2
Öffentl. Dienstleistungsbereich		1,8	2,4	1,2	1,7
Realsteueraufbringungskraft 1961 DM je Einw. insgesamt		154	101	91	
darunter aus Gewerbesteuer		124	69	65	
Schulden am 31. 12. 1961 DM je Einwohner		407	171	199	
Bruttoinlandsprodukt je Kopf der Wohnbev. in DM	1957	2 310	2 620	2 530	
	1961	3 400	4 100	3 660	
Bruttoinlandsprodukte je Kopf der Wirtschaftsbev. in DM	1957	2 410	2 650	3 160	
	1961	3 680	4 120	4 800	
Anteil am Bruttoinlandsprodukt des Landes Hessen 1961 in vH		0,7	0,6	1,3	

Quellen: Veröffentlichungen d. Hess. Stat. Landesamtes (s. Literaturverzeichnis)

Der Anteil der Gemeinden unter 500 Einwohner beträgt im Untersuchungsgebiet 55 vH. Er liegt damit über dem hessischen Durchschnitt von 46 vH. Auch die Unterschiede innerhalb der drei Landkreise sind erheblich.

Tab. 7 Die Gemeindegrößen in den Landkreisen 1964

	unter 200	200– 499	500– 999	1 000– 2 999	3 000– 5 999	6 000 u. darüber
Landkreis Alsfeld	16	46	27	3	1	1
Landkreis Gießen	3	18	34	19	11	–
Landkreis Lauterbach	20	34	11	5	1	1
Untersuchungsgebiet	39	98	72	27	13	2

Der Anteil der Gemeinden unter 500 Einwohner beträgt im Kreis Gießen nur 25 vH, im Kreis Alsfeld dagegen 66 vH und im Kreis Lauterbach sogar 75 vH. Der Schwerpunkt der größeren Gemeindeklassen liegt dementsprechend im Landkreis Gießen, wo sich 30 Gemeinden über 1 000 Einwohner entwickeln konnten. Dagegen weisen die Kreise Alsfeld und Lauterbach nur 5 beziehungsweise 7 Gemeinden über 1 000 Einwohner auf.

314 Erwerbsstruktur und Gemeindetypisierung

Einen ersten Aufschluß über die Wirtschaftsstruktur des Untersuchungsgebietes gibt die Erwerbsstruktur der Wohnbevölkerung. Die Einteilung der Erwerbstätigen in die auf Vorschläge von FOURASTIÉ zurückgehende Gliederung der Wirtschaftszweige in einen primären, sekundären und tertiären Bereich wird für alle Gemeinden des Untersuchungsgebietes in den folgenden Darstellungen (Abbildung 7 bis 11) wiedergegeben. Durch die Berücksichtigung der Größenklassen der Gemeinden kommt zum Ausdruck, daß die Bedeutung des sekundären und des tertiären Sektors in den kleinen Gemeinden gering ist. Mit der wachsenden Einwohnerzahl wächst auch der prozentuale Anteil der Erwerbspersonen in diesen beiden Bereichen.

Die Entwicklung der Erwerbsstruktur seit 1950 in den Kreisen des Untersuchungsgebietes ist durch einen starken Rückgang des agraren Anteils und durch Zunahme bei den sekundären und tertiären Berufen charakterisiert.[49])

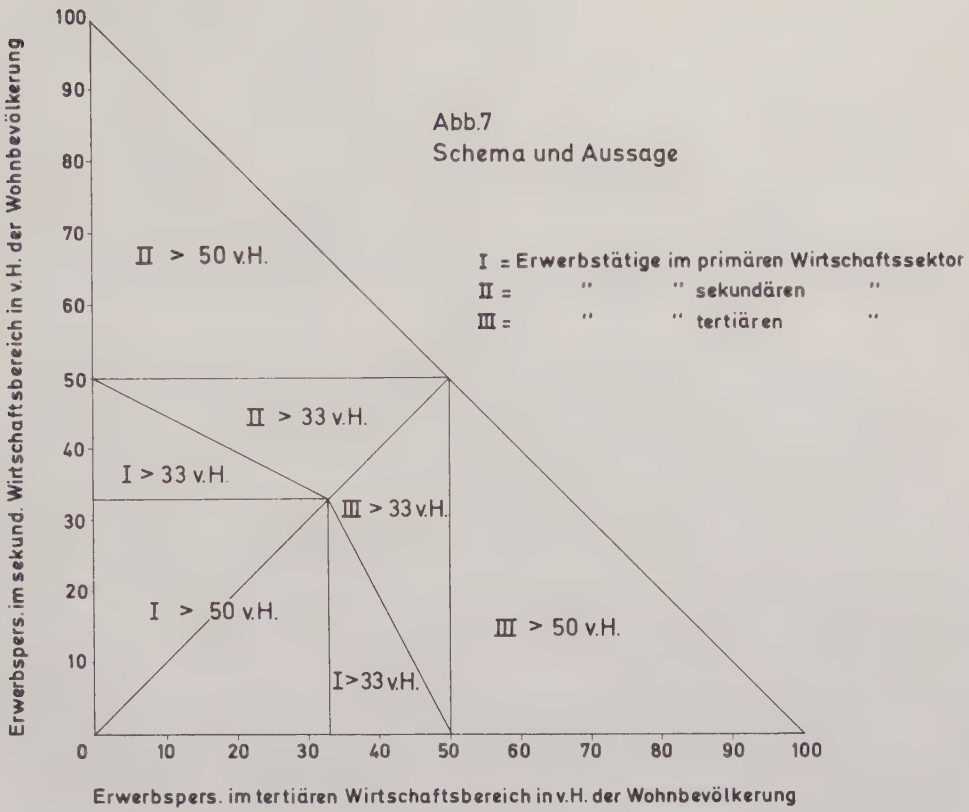
Tab. 8 Entwicklung der Erwerbsstruktur 1950–1961

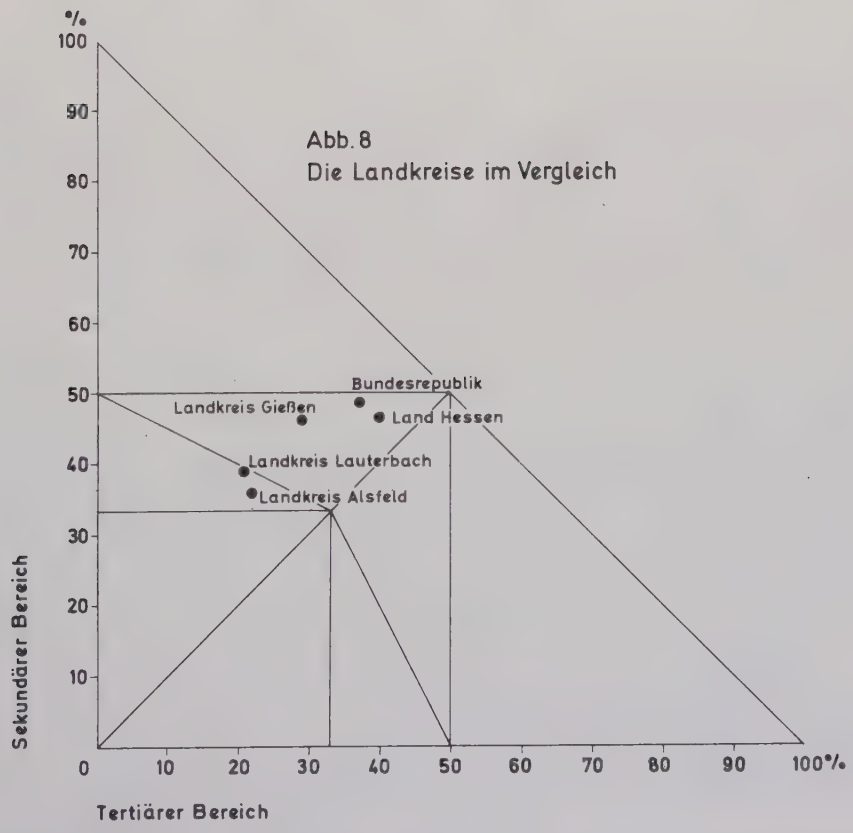
Landkreis	Erwerbspers. Gesamt		Erwerbspersonen in vH zu Gesamt					
			prim Sekt.		sekt. Sekt.		tert. Sekt.	
	1950	1961	1950	1961	1950	1961	1950	1961
Alsfeld	31 005	27 895	53	42	30	36	17	22
Gießen	50 182	49 970	38	25	38	46	24	29
Lauterbach	24 799	22 724	49	41	35	38	16	21
Untersuchungsgeb.	105 986	100 589	45	34	35	41	20	25

Bei einem Vergleich hebt sich deutlich der Kreis Gießen von den beiden anderen mehr landwirtschaftlich ausgerichteten Kreisen ab. Dasselbe Ergebnis zeigt sich auch bei dem Vergleich der Summe aller Erwerbspersonen für die einzelnen Kreise und bei ihrer Gegenüberstellung mit den Vergleichs-

[49]) Im Zensus 1961 war für die Zuordnung zu den Erwerbstätigen weder der Umfang ihrer Tätigkeit noch die Höhe des hieraus gezogenen Beitrags zum Lebensunterhalt entscheidend. 1950 zählten dagegen zu den Erwerbstätigen alle Personen, die am Stichtag einen Hauptberuf ausübten. Die Vergleichbarkeit der Erwerbspersonenzahlen wird durch diese begrifflichen Unterschiede jedoch nicht wesentlich beeinträchtigt.

Die Erwerbsstruktur im Untersuchungsgebiet 1961





Entwurf: G. Mielitz

Die Erwerbsstruktur im Untersuchungsgebiet 1961

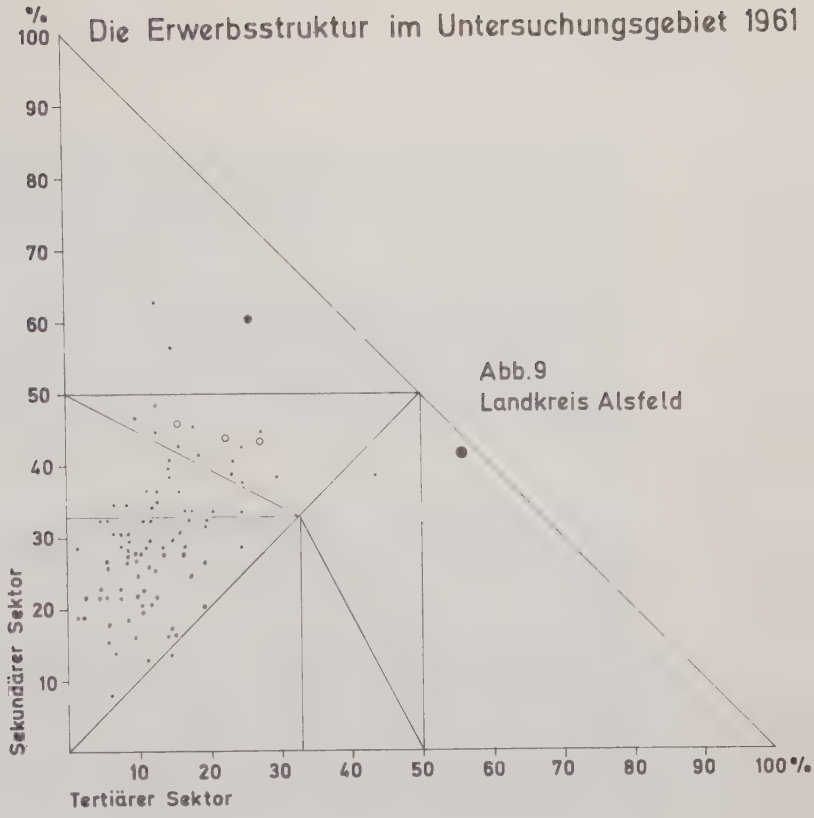


Abb. 9
Landkreis Alsfeld

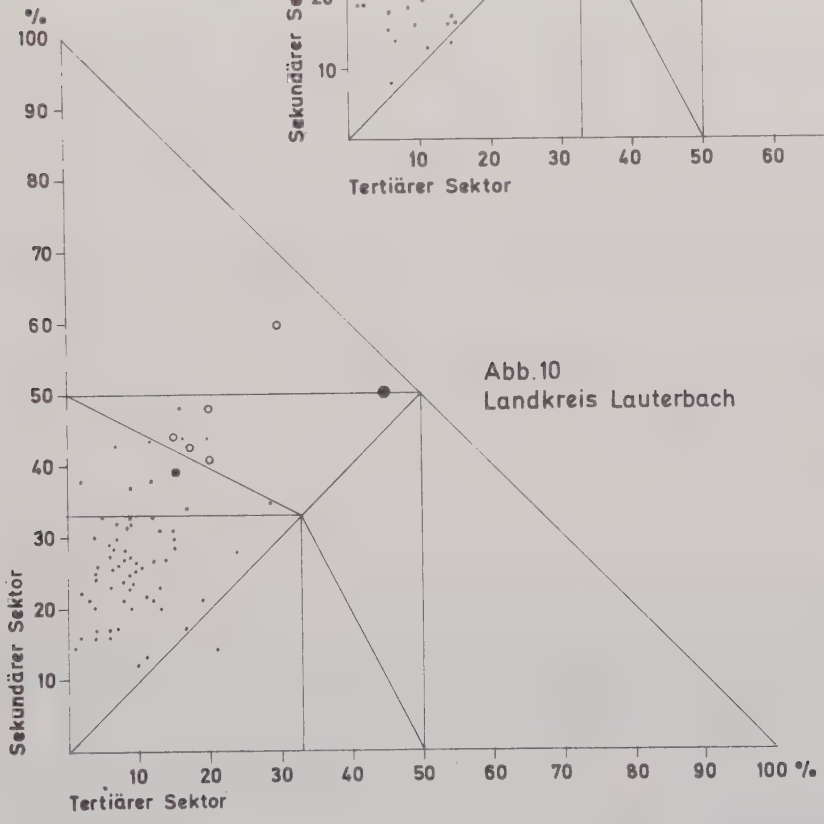


Abb. 10
Landkreis Lauterbach

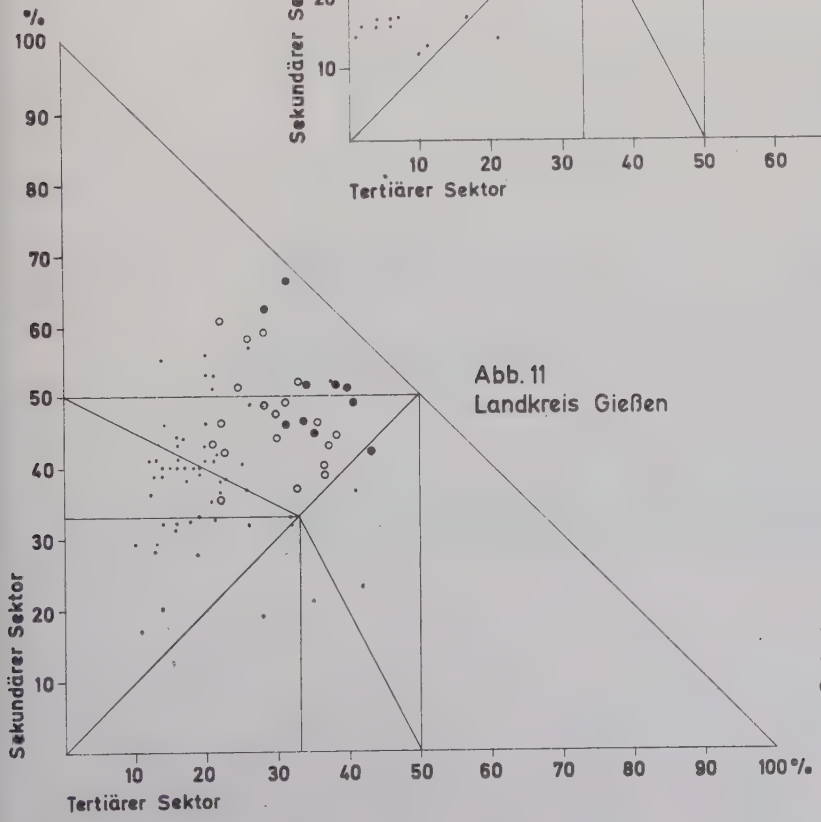


Abb. 11
Landkreis Gießen

Legende

- · Gemeinden mit weniger als 1000 Einwohnern
- ○ " " 1000 bis unter 3000 Einw.
- ● " " 3000 " " 6000 "
- ● " " mehr als 6000 Einwohnern

Entwurf: G. Mielitz

zahlen des Landes Hessen und der Bundesrepublik. Hieraus kann jedoch noch nicht auf die Wirtschaftsstruktur der einzelnen Gemeinden und auch nicht auf die der Kreise vollgültig geschlossen werden.

Die wirtschaftliche Struktur der Gemeinden findet ihren Ausdruck in der Zahl der Beschäftigten am Ort und ihre Aufteilung auf die verschiedenen Branchen. Die Differenz zwischen der Summe der Erwerbspersonen und der Summe der Beschäftigten in einer Gemeinde stellt die Berufspendlerbilanz (Abb. 19) dar: Erwerbspersonen + Einpendler — Auspendler = Beschäftigte am Ort.

Die Pendlerbilanz des Kreises Lauterbach ist mit — 87 Pendlern bei rund 23 000 Erwerbspersonen als ausgeglichen zu bezeichnen. Der Kreis Alsfeld hat eine negative Bilanz von 2 065 Pendlern aufzuweisen, das entspricht 7,4 vH aller Erwerbspersonen des Kreises. Hierin kommen schon der große Pendlereinzugsbereich der Stadt Gießen, die einen Einpendlerüberschuß von 17 700 aufweist, und die Bereiche anderer Gewerbegemeinden im Kreise Gießen zum Ausdruck. Häufig sind wegen geringer Entfernung oder besserer Verkehrsverbindung die Randgemeinden des Nachbarkreises schneller als die Gewerbegemeinden des eigenen Kreises zu erreichen. Auch die negative Berufspendlerbilanz des Landkreises Gießen wird hauptsächlich durch die Anziehungskraft der zahlreichen und vielseitig gegliederten Arbeitsstätten der Stadt Gießen bewirkt.

Das Wirtschaftsgefüge des Untersuchungsgebietes wird mit der Aufteilung der Beschäftigten auf die Branchengliederung der Arbeitsstätten wiedergegeben. Durch die Errechnung der Verhältniszahlen zur Wohnbevölkerung des Gebietes erhalten wir den durchschnittlichen Beschäftigtenbesatz der Wirtschaftszweige.[50]) Die Durchschnittswerte für das Untersuchungsgebiet liegen im sekundären und tertiären Sektor unter denen des Landes Hessen. Dafür kennzeichnet der hohe Anteil der Beschäftigten im primären Sektor das Untersuchungsgebiet in seiner Gesamtheit als agrares Gebiet innerhalb Hessens. Für die Entwicklung der Beschäftigtenstruktur im Untersuchungsgebiet gilt der Tendenz nach das für die Erwerbsstruktur Gesagte. Von einem Vergleich mußte abgesehen werden, weil die Vergleichbarkeit der Arbeitsstätten- und Berufszählung von 1961 mit der von 1950 nur bedingt möglich ist und zu ungenauen Aussagen führt.

In der Entwicklung der wirtschaftlichen Gemeindetypen zeigt das Untersuchungsgebiet die gleiche Tendenz wie ganz Hessen: Die Gewerbegemeinden und besonders die Wohngemeinden haben sich auf Kosten der Mischgemeinden und der landwirtschaftlichen Gemeinden vermehrt. Aber nur 28 Gewerbegemeinden, das sind 11 vH aller Gemeinden des Untersuchungs-

[50]) Bei dem Prinzip der wirtschaftlichen Typenbildung sind die Fremdenverkehrsgemeinden, die in ihrer Wirtschaftsstruktur eine Sonderstellung hinsichtlich ihrer zur Einwohnerzahl unverhältnismäßig hohen Beschäftigtenzahl im Handel, Gaststättengewerbe und Beherbergungswesen einnehmen, nicht extra ausgewiesen. Sie werden im Verlauf der zentralörtlichen Untersuchungen behandelt werden.

gebietes, stehen 156 landwirtschaftlichen Gemeinden, 62 vH, gegenüber. Die Vergleichszahlen für Hessen betragen 20 vH und 40 vH. Die gewerblichen Gemeinden beherbergen aber mit 73 000 Einwohnern mehr als die landwirtschaftlichen Gemeinden mit 62 000 Einwohnern.[51]) Es muß festgehalten werden, daß der Besatz des Untersuchungsgebietes mit gewerblichen Gemeinden weit unter dem hessischen Durchschnitt liegt. Das Verhältnis wird noch ungünstiger, wenn die Kreise Alsfeld und Lauterbach für sich allein betrachtet werden.

315 Struktur der Landwirtschaft

Die Landwirtschaft des Untersuchungsgebietes weist kleinbäuerliche Züge auf.

Tab. 9 Landwirtschaftliche Betriebsgrößen 1960

Kreis	Anz. d. land- u. forstw. Betriebe insgesamt	Anzahl der land- und forstwirtschaftl. Betriebe mit einer LN von ... ha in vH				
		bis 1,9	2–4,9	5–9,9	10–19,9	ab 20
Alsfeld	5 070	21,7	25,7	26,9	22,4	3,3
Gießen	6 677	35,2	28,6	24,1	11,2	0,9
Lauterbach	3 913	17,7	26,5	27,9	25,8	2,1
Gesamt	15 660	26,4	27,3	25,9	18,4	2,0

Quelle: Materialien zur region. Wirtschaftsentwicklung in Mittelgebirgslagen. Bonn 1965

79,6 vH aller land- und forstwirtschaftlichen Betriebe sind kleiner als 10 ha. Eine Häufung kleinbetrieblicher Gemeinden — über 70 vH aller Betriebe sind kleiner als 5 ha — besteht im näheren Umland des Gewerbezentrums Gießen. Am Südwesthang des Vogelsberges und in geringerem Maß auch am Osthang herrschen die kleinen Betriebe mit weniger als 5 ha LN vor, die Größenklasse 5–10 ha LN nimmt aber schon großen Raum ein. In den höher gelegenen Teilen des Vogelsberges herrschen Betriebsgrößen von 5–10 ha LN vor und in einigen Gemeinden der östlichen und nördlichen Vogelsbergausläufer solche von 10 ha LN und mehr.
Der nach dem Zweiten Weltkrieg in starkem Maße einsetzende Funktionswandel in der Landwirtschaft hat auch das Untersuchungsgebiet betroffen. Eine der Folgen ist die Abnahme der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe

[51]) Die durchschnittlichen Einwohnerzahlen betragen im Untersuchungsgebiet für Gemeinden des Typs Gewerbl. Gemeinden I 4 584 Einwohner, Gewerbl. Gemeinden II 1 121 Einwohner, Mischgemeinden 673 Einwohner, Landwirtschaftl. Gemeinden II 550 Einwohner und Landwirtschaftl. Gemeinden I 299 Einwohner. Die Wohngemeinden haben eine durchschnittliche Einwohnerzahl von 1 077.

um etwa 16 vH. Im Zuge der Abnahme der Gesamtzahl fand eine Verschiebung innerhalb der Betriebsgrößenklassen statt. Während sich die Betriebe der Klassen bis 5 ha LN insgesamt überdurchschnittlich verringerten, hatten die Betriebe mit über 10 ha LN eine erhebliche Zunahme zu verzeichnen. Die mit wachsenden Betriebsgrößen zunehmende Mechanisierung und Rationalisierung hatte eine Freistellung von Arbeitskräften zur Folge, die auch heute noch nicht abgeschlossen ist.

316 Finanzkraft der Gemeinden und Infrastruktur

Die Gewerbesteuereinnahmen[52]) betrugen im Landkreis Gießen 1961 7 009 000 DM und waren mehr als doppelt so hoch wie die der Landkreise Alsfeld und Lauterbach, die nur 3 058 000 beziehungsweise 2 974 000 DM aufbrachten. Auf die Einwohner bezogen lag die Gewerbesteuer des Landkreises Lauterbach mit 69 DM/Einw. an der Spitze. Es folgten der Kreis Gießen mit 68 und der Kreis Alsfeld mit 54 DM/Einwohner. Diese Verschiebung ist durch die geringen Einnahmen aus dem Gewerbesteuerausgleich bei negativer Pendlerbilanz bedingt.

Für das Untersuchungsgebiet macht die Karte der Gewerbesteuer (Abb. 20), bei der nicht die Ausgleichszahlungen für Pendler berücksichtigt wurden, einen Vergleich der Gemeinden untereinander möglich.

Einen besseren und umfassenderen Einblick in die Wirtschaftskraft als die Gewerbesteuer bietet das Bruttoinlandsprodukt. Am Zustandekommen des Bruttoinlandsproduktes des Landes Hessen sind die Kreise Alsfeld mit 0,7 vH, Gießen mit 1,3 vH und Lauterbach mit 0,6 vH beteiligt. Das entspricht den absoluten Werten von 188 Mill. DM, 375 Mill. DM und 182 Mill. DM und ergibt 3 400 DM, 3 660 DM und 4 100 DM je Kopf der Wohnbevölkerung. Bei dieser Zusammenstellung erscheint die Wirtschaftskraft des Landkreises Gießen relativ gering, weil die Pendlerbevölkerung[53]) nicht berücksichtigt ist. Erst durch Absetzen dieses Personenkreises kann das reale Bild der Wirtschaftskraft wiedergegeben werden. Sie liegt unter dem Durchschnitt des Landes Hessen. Das Bruttoinlandsprodukt des Landes Hessen mit 100 angegeben beträgt im Landkreis Alsfeld nur 62, im Landkreis Lauterbach 69 und im Landkreis Gießen 81.

Die Finanzkraft einer Gemeinde ist von vielen Faktoren abhängig. Zu der Gewerbesteuer treten oft erhebliche Einnahmen aus der Grundsteuer und aus Gemeindesteuern geringeren Umfanges sowie aus den Finanzzuweisun-

[52]) Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital 1961. Der Gewerbesteuerausgleich wurde durch Zusetzen bei den Wohngemeinden und Absetzen bei den Betriebsgemeinden berücksichtigt.
[53]) Pendlerbevölkerung ist der Saldo von Einpendlern und Auspendlern mal zwei.

gen. Die Gemeinden bedürfen häufig erheblicher Finanzzuweisungen, (Abb. 22), um ihre infrastrukturellen Aufgaben erfüllen zu können. Den Stand der Schulden in den Gemeinden des Untersuchungsgebietes gibt die Abb. 21 wieder.

Einige der wesentlichen infrastrukturellen Merkmale wie Höhere Schulen und Krankenhäuser konzentrieren sich auf die größeren Gemeinden und sollen bei der Behandlung der zentralörtlichen Funktionen in den Gemeinden berücksichtigt werden.

Das Straßennetz im Untersuchungsgebiet ist gut ausgebaut und auch die Verflechtung der Linien der öffentlichen Verkehrsmittel ist im größten Teil des Gebietes ausreichend. Dem Straßenverkehr steht ein verhältnismäßig dichtes Netz an Bundesstraßen und Landstraßen I. Ordnung zur Verfügung. Hervorzuheben sind die beiden Bundesstraßen 49 und 254, die das Rückgrat des Straßennetzes im Untersuchungsgebiet bilden und von Gießen über Grünberg und Alsfeld, von dem Bundesstraßen in fünf Richtungen ausstrahlen, nach Lauterbach und weiter nach Fulda führen. Von Lauterbach führt die B 275 in südlicher Richtung durch das Untersuchungsgebiet. Als Fernstraßenachse zieht sich die Autobahn Frankfurt—Kassel durch den westlichen und nördlichen Teil des Untersuchungsgebietes mit den Abfahrten Gießen-Lich, Homberg-Grünberg und Alsfeld.

Eine wichtige Eisenbahnverbindung besteht zwischen Gießen und Lauterbach, die über Grünberg und Alsfeld führt. In Verbindung mit den zahlreichen Autobuslinien bieten die Verkehrsverhältnisse günstige Bedingungen für den Pendlerverkehr, andererseits aber auch gute Voraussetzungen für die Ansiedlung von Gewerbebetrieben.

Mit den bewußt kurz gehaltenen vorstehenden Ausführungen ist das Untersuchungsgebiet hinreichend als Raum mit vorherrschender, aber einem Strukturwandel unterworfener Landwirtschaft und kleingemeindlicher Siedlungsstruktur gekennzeichnet. Das wirtschaftliche und kulturelle Zentrum Gießen beeinflußt zusammen mit einigen Gewerbegemeinden des Lahntales den westlichen Teil des Untersuchungsgebietes und bewirkt hier gravierende Wandlungen in der Bevölkerungs- und Siedlungsstruktur. Die Beeinflussung durch Fulda und Marburg beschränkt sich auf wenige zentrale Funktionen (Pendlereinzugsbereich und Einflußbereich des Gesundheitswesens). Die Beeinflussung durch andere Gemeinden des angrenzenden Gebietes bleibt unbedeutend.

Diese festgestellten Verhältnisse spiegeln sich in der Verbreitung von Siedlungen mit zentralen Einrichtungen wider. Um den Bedarf der überwiegend in kleinen Gemeinden wohnenden landwirtschaftlichen Bevölkerung an zentralen Gütern und Dienstleistungen decken zu können, haben sich Einrichtungen von zentraler Bedeutung auch in kleineren Gemeinden angesiedelt und kleine funktionale Einzugsbereiche ausgebildet. So ist also selbst für Gemeinden, die in dichter besiedelten Gebieten keine Rolle in dieser Hinsicht

spielen würden, eine geringe Umlandbedeutung festzustellen. Diese Tatsache läßt sich auch im Untersuchungsgebiet in der mit wachsender Entfernung von der Stadtregion Gießen[54]) zunehmenden Zahl von kleinen zentralen Siedlungen ablesen.

32 Die Bestimmung der zentralen Orte und der Mittelpunktsgemeinden

321 Die Methode

Das Einmalige jedes willkürlich begrenzten Bereiches in seiner Gesamtheit, das sich in der durch geographische Gegebenheiten und historische Geschehnisse modifizierten inneren Struktur ausdrückt, macht auch für das ausgewählte Untersuchungsgebiet eine besondere Erfassungsweise erforderlich.

Der Nachweis und bis zu einem gewissen Grad auch die Wertung der zentralen Orte des Untersuchungsgebietes wird auf statistischer Grundlage getroffen. Entsprechend den oben gemachten Feststellungen, nach denen eine rein statistische Berechnungsmethode zumindest bei kleinräumlichen Untersuchungen nicht ausreicht, müssen auch die zentralen Einrichtungen Beachtung finden. Von einer Wertung der Quantität zentraler Einrichtungen wird bei den folgenden Erhebungen abgesehen, weil die Ergebnisse einiger Quantifizierungsversuche unbefriedigend blieben. Das trifft vor allem für die theoretisch gewonnenen Wertskalen für Einrichtungen mit geringer zentraler Bedeutung zu. Bei den im Rahmen kleinräumlicher Untersuchungen jeweils auf den betreffenden Raum abgestimmten Meßzahlen ist auch eine subjektive Betrachtungsweise des Bearbeiters nicht auszuschließen. Statt dieser Wertung von der Quantität her kann im Anschluß an die Untersuchung der Versuch unternommen werden, von der Synthese aller deklarierten zentralen Orte eine Qualifizierung der zentralen Einrichtungen zu gewinnen.

Zur Bestimmung der Zentralität der Untersuchungsgemeinden werden folgende Kriterien herangezogen:

1. Die Beschäftigten in den Wirtschaftsbereichen.
2. Die Einpendler.
3. Die Einflußbereiche ausgewählter zentraler Funktionen.
4. Zentrale Einrichtungen.

[54]) Die Stadtregion Gießen umfaßt 47 Gemeinden, die 1956 insgesamt 132 040 Einwohner besaßen. Von den 46 Gemeinden des Ergänzungsgebietes und der Umlandzone gehören 35 dem Landkreis Gießen an. Von ihnen können 10 Gemeinden mit zusammen etwa 22 000 Einwohnern der verstädterten Zone zugerechnet werden. Bis 1964 stieg die Einwohnerzahl dieser 10 Gemeinden auf fast 25 000.

Zu 1.

Die Zentralität einer Siedlung stellt sich in ihrem Bedeutungsüberschuß dar. Eine Methode zur Errechnung des Bedeutungsüberschusses kann sich an dem durchschnittlichen Wert oder an der durchschnittlichen Häufigkeit des Auftretens eines bestimmten Faktors orientieren. Die Basis für die Ermittlung des Durchschnittswertes, der einer Untersuchung zugrundegelegt wird, muß nicht immer der Untersuchungsraum selbst sein. Sie kann größer gewählt werden und der Durchschnitt für den Raum der Bundesrepublik oder für ein Bundesland sein, sie kann aber auch kleiner als das Untersuchungsgebiet gewählt werden, zum Beispiel durch das Herausnehmen einiger auffallend anders strukturierter Gebietseinheiten.

Die größte Aussagekraft für vorhandene Zentralität hat die überdurchschnittliche Zahl der Beschäftigten in den Wirtschaftsbereichen des tertiären, aber auch des sekundären Sektors.[55]) Die Beschäftigten werden als Beziehungszahl zur Wohnbevölkerung angegeben. Die Frage nach der Basis des Durchschnittswertes, dessen Überschreiten als Hinweis auf Zentralität angesehen werden darf, mußte im vorliegenden Fall zugunsten des Durchschnittes des Untersuchungsgebietes, also dem der drei Landkreise zusammen, entschieden werden. Es würde nicht der Realität entsprechen, allen Gemeinden, die in den fraglichen Bereichen unter den Durchschnittswerten des Landes Hessen liegen, jegliche Zentralität absprechen zu wollen. Die Einrichtungen sind auf die Bedürfnisse der landwirtschaftlichen Bevölkerung abgestimmt und bei der Untersuchung von zentralen Orten in kleingemeindlichen Gebieten kommt die Feststellung zum Tragen, daß zur Deckung des Bedarfs in kleineren Gemeinden ein geringerer Prozentsatz der Beschäftigten im tertiären Wirtschaftsbereich ausreicht als bei größeren Gemeinden. Auch die Einbeziehung der Werte der kreisfreien Stadt Gießen zur Bildung des Schwellenwertes im Untersuchungsgebiet würde ein unrealistisches Bild ergeben. Obwohl ein großer Teil der Einpendler Gießens aus dem Untersuchungsgebiet kommt und die Dienstleistungsbetriebe und andere zentrale Einrichtungen dieser Stadt auch der Bevölkerung des Untersuchungsgebietes zur Verfügung stehen, umfaßt doch der Einflußbereich der Stadt Gießen weite Gebiete, die hier nicht erörtert werden. Hier muß also der Hinweis auf den starken Einfluß für die Bestimmung zentraler Siedlungen im Umland genügen. In dem abschließenden zusammenfassenden Vergleich wird diese Tatsache ebenfalls gebührende Beachtung finden. Gegen die Berücksichtigung dieser Stadt bei der Bildung der Durchschnittswerte spricht außerdem die Tatsache, daß der Kreis Lauterbach von ihr kaum beeinflußt wird. Den Einfluß, den die Stadt Fulda zweifellos in einigen Funktionen auf den Kreis Lauterbach ausübt, durch die Berücksichtigung der Gesamtwerte Gießens zu kompensieren, wäre nicht gerechtfertigt.

[55]) Auch die Industrie und das produzierende Handwerk üben zentrale Funktionen aus, die sich in der Anzahl und dem Einzugsbereich der Einpendler ausdrücken. BOUSTEDTS Ermittlungen in Bayern weisen 34 vH aller zentralen Orte als Industriegemeinden aus, sie bestehen aber zu 90 vH aus wenig entwickelten zentralen Orten.

Der Durchschnittswert der Beschäftigten im sekundären Sektor in Beziehung zur Wohnbevölkerung gesetzt beträgt für das Untersuchungsgebiet 18 vH. Die entsprechende Zahl für das Land Hessen ist 23 vH. Im tertiären Wirtschaftssektor ist der Durchschnittswert 9 vH im Untersuchungsgebiet und 19 vH in Hessen. Die weitere Gliederung des tertiären Sektors in die Wirtschaftsabteilungen kann zusätzliche Hinweise auf vorhandene Zentralität geben. Die Durchschnittswerte des Untersuchungsgebietes betragen im Einzelhandel 2,5 vH, im sonstigen Handel 1,1 vH, in der Abteilung Verkehr und Nachrichtenübermittlung 1,2 vH, im Kredit- und Versicherungsgewerbe 0,3 vH, in den privaten Dienstleistungen 2,2 vH und in der Wirtschaftsabteilung Organisationen ohne Erwerbscharakter, Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen 1,7 vH.

Die Durchschnittswerte der drei Untersuchungskreise differieren nur geringfügig. Erwartungsgemäß macht sich jedoch der Einfluß der Stadt Gießen in den Durchschnittswerten des Landkreises Gießen am stärksten bemerkbar. Hier beträgt der Durchschnittswert für die Beschäftigten im tertiären Bereich 8 vH der Wohnbevölkerung. Er liegt um 2 vH beziehungsweise 3 vH unter denen der Landkreise Alsfeld und Lauterbach.[56])

In der Abb. 28, welche die Ergebnisse der Bestimmung und Einstufung der Siedlungen mit zentraler Bedeutung zusammenfaßt, sind die Bereiche dargestellt, die einen über dem Durchschnitt des Untersuchungsgebietes liegenden Beschäftigtenanteil aufweisen.

Zu 2

Eine größere Zahl von Einpendlern ist Ausdruck einer Arbeitsstättenzentralität. Die Bedeutung der Einzugsbereiche der Arbeitsstätten kann durch Größe und Einpendlerzahl gemessen werden. Hohe Einpendlerzahlen können im Zielort als Folge des Wunsches nach bequemer Bedarfsdeckung oder der Befriedigung kultureller Bedürfnisse vor der Rückfahrt in die ländlichen Heimatgemeinden zentrale Einrichtungen zur Folge haben. In der Abb. 28 sind die Einpendlerzahlen bei der Darstellung des Pendlerüberschusses in den zentralen Orten berücksichtigt.

Zu 3

Als Beweis für die Zentralität eines Ortes darf der Nachweis von Einzugsbereichen seiner Funktionen gelten. Zu diesem Zweck habe ich in meinem Untersuchungsgebiet die Befragung ausgewertet, die der Hessische Minister des Innern[57]) kürzlich in den Gemeinden des Landes Hessen durchgeführt hat.

[56]) Die Berechnungen wurden anhand der Hessischen Gemeindestatistik 1960/61, Heft 3, Arbeitsstättenzählung, vorgenommen. Ein Vergleich mit den Ergebnissen der Zählungen von 1950 ist nicht gegeben, weil in den Zahlen für 1950 die Beschäftigten der öffentlichen Verwaltung nicht enthalten sind. Der Gliederung nach Wirtschaftsbereichen liegen verschiedene Systematiken zugrunde; insbesondere die Dienstleistungen sind unterschiedlich abgegrenzt.

[57]) Unveröffentlichtes Material des Hessischen Ministers des Innern – Landesplanung.

Entsprechend den Angaben von Einwohnern der Gemeinden über die Inanspruchnahme von zentralen Einrichtungen von Umlandgemeinden zur Bedarfsdeckung habe ich Einzugsbereiche für einige ausgewählte Funktionen begrenzt und berechnet. Ich habe die fünf zentralen Einrichtungen ausgewählt, deren funktionale Einzugsbereiche zur Charakterisierung der Zentralität besonders geeignet erscheinen:

1. Arbeitsstätten (Pendlereinzugsbereich).
2. Realschulen und Gymnasien.
3. Ärzte und Apotheken.
4. Handwerk.
5. Textileinzelhandel.

In den Abb. 23 bis 27 sind alle funktionalen Einzugsbereiche für die fünf ausgewählten Einrichtungen wiedergegeben. Jedem Zielort mit einer zugehörigen Gemeinde wurde ein Einzugsbereich zuerkannt, auch wenn von dieser ein weiterer Zielort angegeben wurde. Die Begrenzung der Einflußbereiche erfolgte entlang der Gemarkungsgrenzen, die aber stark generalisiert wurden, um eine gute Übersicht zu gewährleisten. Zur Bewertung der Einflußbereiche kann die Flächengröße wegen der stark unterschiedlichen Bevölkerungsdichte nicht herangezogen werden. Einen ersten Anhaltspunkt dagegen bietet die Anzahl der erfaßten Gemeinden. Als eigentliche Bemessungsgrundlage dient die Zahl der im Einflußgebiet wohnenden Bevölkerung. Sie besitzt die verhältnismäßig größte Aussagekraft über die Bedeutung zentraler Funktionen. Diese Aussagekraft gewinnt noch durch die vergleichende Betrachtungsmöglichkeit der Kombination aller funktionalen Einflußbereiche einer Gemeinde und in der Synthese mit den Einflußbereichen der anderen Gemeinden. Die Einflußbereiche der ausgewählten zentralen Einrichtungen sind nach ihrer Wohnbevölkerung für jeden zentralen Ort in der Abb. 28 zusammengefaßt dargestellt.

Zu 4

Der Ergänzung dieser Kriterien dienen bemerkenswerte zentrale Einrichtungen und die dem Fremdenverkehr dienenden Einrichtungen.

Zahlreiche unterschiedliche Auffassungen über die Wertung solcher Einrichtungen stehen sich gegenüber, denn der Wert, den eine Einrichtung durch Quantifizierung erhält, muß, wie schon angeführt, wegen unterschiedlicher Ausstattung der Gebiete von Fall zu Fall variiert werden. Die Ermittlung der Bedeutung der Krankenhäuser nach ihrer Bettenzahl, die der Schulen nach der Zahl ihrer Schüler, die der Kinos und Theater nach der Zahl ihrer Sitzplätze und die Bedeutungsermittlung der Bibliotheken nach der Zahl der vorhandenen Bände bergen Ungenauigkeiten in sich.

Würden nicht die Jahresbesucherzahlen der Theater und der anderen kulturellen Einrichtungen und die Zahl der Benutzer oder gar die der ausgeliehenen Bände in den Bibliotheken eine bessere Bemessungsgrundlage bieten? Erfährt nicht die auf der Bettenzahl basierende Quantifizierung der Krankenhäuser und Spitäler eine Verschiebung durch hervorragendes Können und Spezialisierung der behandelnden Ärzte? Die Folge ist, daß ganze Abteilungen von Kranken belegt sind, die aufgrund des guten Rufes des Krankenhauses aus weit entfernten Gebieten kommen, so daß die Bedeutung der Anstalt für ihre nähere Umgebung sinkt und die Anzahl der Betten ihre Aussagekraft im Vergleich zu denen anderer Krankenhäuser verliert.

Diese vier für die Feststellung der Zentralität ausgewählten Kriterien werden in der Tabelle 10 für alle Gemeinden des Untersuchungsgebietes zusammengefaßt.

Die Einbeziehung der kleineren Gemeinden ab 500 Einwohner soll die Möglichkeit bieten, alle potentiellen zentralen Orte des Gebietes zu erfassen und auch dem Ausdruck von Zentralitätsansätzen in den agraren Gemeinden im Hinblick auf die Entwicklung von ländlichen Mittelpunktsgemeinden Rechnung zu tragen; denn zahlreiche groß- und kleinräumliche Untersuchungen haben gezeigt, daß selbst Gemeinden unter 1 000 Einwohner in dünn besiedelten ländlichen Gebieten eine gewisse zentrale Bedeutung zuerkannt werden muß. BOUSTEDT stellt in seiner Untersuchung der zentralen Gemeinden in Bayern für 27 Siedlungen der Größenklasse 1 000—2 000 niederste und für 2 Siedlungen sogar mittlere Zentralität fest.

Diese Auswahl der Gemeinden ermöglicht auch einen Vergleich mit den kleinen Gemeinden, die nach der Konzeption der hessischen Landesplanung als Mittelpunktsgemeinden ausgebaut werden sollen. Im Untersuchungsgebiet hat ein Teil dieser Gemeinden Einwohnerzahlen zwischen 500 und 1 000.

In der Tabelle 10 sind 110 Gemeinden enthalten, von denen 70 der Größenklasse 500—1 000 Einwohner und 27 der Größenklasse 1 000—3 000 Einwohner angehören. 15 Gemeinden haben mehr als 3 000 Einwohner.[58])

Tab. 10 Strukturdaten der Gemeinden des Untersuchungsgebietes mit mehr als 500 Einwohnern für die 1961 nach Landkreisen und Einwohnern geordnet

Gemeinde	Einw. 1964	nichtlandw. Beschäftigte	Beschäftige in den Wirtschaftszweigen[60]) in vH d. Wohnbev. II	III	dar. H.	Aus-pend.	Ein-pend.	Zahl der vorhand. Einfluß-bereiche
Alsfeld[59])	10 368	5 901	34	25	9,5	250	2 907	5
Homberg	3 049	1 709	48	12	5,8	148	703	5
Nieder-Ohmen	1 785	485	18	9	3,7	282	148	4
Romrod	1 144	155	8	5	3,2	223	66	4
Kirtorf	1 109	227	13	8	2,6	194	47	3
Merlau	978	287	22	7	2,4	212	112	2

[58]) Stand 31. 12. 1964.

[59]) Die fettgedruckten Gemeinden gehören zu den ausgewiesenen zentralen Orten und ländlichen Mittelpunktgemeinden.

[60]) II = sekundärer Sektor, III = tertiärer Sektor, H. = Handel. Quellen: Veröffentlichung des Hessischen Statistischen Landesamtes (siehe Literaturverzeichnis).

Gemeinde	Einw. 1964	nichtlandw. Beschäftigte	Beschäftige in den Wirtschaftszweigen[60]) in vH d. Wohnbev. II	III	dar. H.	Aus-pend.	Ein-pend.	Zahl der vorhand. Einfluß-bereiche
Groß-Felda	931	241	16	9	3,3	136	60	2
Nieder-Ofleiden	931	370	38	9	2,3	88	147	—
Grebenau	921	301	21	12	5,7	90	128	4
Altenburg	892	102	3	9	1,0	235	34	—
Burg-Gemünden	881	102	8	4	1,8	175	17	—
Groß-Eichen	886	155	9	9	3,0	140	15	2
Storndorf	877	203	16	7	3,6	93	35	3
Nieder-Gemünden	821	208	15	10	4,1	134	42	1
Ober-Ohmen	798	99	7	6	2,7	112	23	1
Schwarz	798	89	7	4	1,9	135	9	—
Zell	788	151	8	10	5,9	121	30	1
Ruppertenrod	786	107	9	5	1,8	121	15	2
Sellnrod	757	94	8	4	3,3	144	9	—
Ehringshausen	737	135	11	8	2,8	104	34	1
Flensungen	725	168	5	19	7,3	164	50	4
Brauerschwend	722	103	9	5	1,8	156	24	3
Ruhlkirchen	682	73	8	3	0,9	128	5	—
Leusel	681	59	5	3	1,7	171	4	—
Eifa	679	47	4	3	1,5	136	5	—
Ober-Gleen	660	155	19	5	3,2	82	27	—
Atzenhain	629	67	7	4	1,9	124	10	—
Angenrod	611	54	4	5	2,2	177	5	—
Lehnheim	527	17	1	2	0,6	125	7	—
Liederbach	535	221	31	15	·	70	78	1
Rainrod	512	45	6	2	·	111	22	—
Maulbach	511	46	3	6	1,3	61	5	—
Lauterbach	9 793	6 131	39	24	8,3	189	2 404	5
Schlitz	5 032	2 675	39	15	6,1	155	886	5
Angersbach	2 135	770	32	5	2,1	423	177	—
Herbstein	1 790	587	25	9	3,3	129	168	4
Maar	1 601	222	8	6	3,0	317	19	—
Landenhausen	1 170	167	10	4	1,7	238	14	—
Frischborn	1 038	106	7	4	1,5	181	7	—
Grebenhain	978	445	34	10	4,6	79	186	4
Ilbeshausen	960	206	11	10	3,1	107	9	—
Wallenrod	933	104	6	5	2,2	229	13	—
Freiensteinau	903	316	27	10	3,5	70	109	4
Ulrichstein	863	242	11	15	5,3	81	39	3
Stockhausen	846	163	11	8	3,7	96	8	2
Queck	612	49	3	5	2,0	102	6	—
Engelrod	578	86	6	9	3,6	48	11	—
Lanzenhain	573	46	5	3	1,7	67	3	—
Bermuthshain	534	68	6	6	3,5	67	17	—
Rixfeld	508	53	3	8	3,2	93	12	—
Lich	5 568	2 049	28	13	4,7	691	733	5
Lollar	5 067	4 193	81	11	4,4	661	2 737	4
Heuchelheim	4 751	4 594	91	8	2,9	788	2 607	—
Watzenb.-St.	4 528	689	10	6	2,9	1 286	123	2
Großen-Linden	4 333	884	13	8	4,6	1 104	232	2
Grünberg	4 174	1 835	25	22	7,9	449	741	5
Hungen	3 584	1 535	27	18	7,1	495	650	5
Lang-Göns	3 506	677	14	8	3,1	659	164	1

Gemeinde	Einw. 1964	nichtlandw. Beschäftigte	Beschäftigte in den Wirtschaftszweigen[40]) in vH d. Wohnbev. II	III	dar. H.	Aus-pend.	Ein-pend.	Zahl der vorhand. Einfluß-bereiche
Großen-Buseck	3 476	596	10	7	2,5	904	152	3
Leihgestern	3 257	321	6	5	2,0	846	47	—
Laubach	3 232	1 112	19	18	6,2	287	449	5
Allendorf/Lu.	2 160	366	9	9	3,8	524	65	4
Steinbach	1 907	216	5	7	2,9	594	23	2
Alten-Buseck	1 897	242	10	4	1,9	479	27	—
Treis/Lumda	1 877	297	10	6	2,6	515	44	—
Reiskirchen	1 703	332	8	12	5,2	449	70	2
Daubringen	1 700	258	11	5	1,7	473	27	—
Garbenteich	1 669	200	7	6	3,2	478	38	2
Holzheim	1 673	179	6	5	2,1	409	25	—
Londorf	1 659	306	10	9	4,6	335	102	3
Beuern	1 643	189	5	7	2,6	400	22	—
Staufenberg	1 610	428	21	6	2,1	447	175	—
Villingen	1 522	184	6	6	3,4	366	21	—
Mainzlar	1 448	499	31	5	1,2	292	259	1
Rödgen	1 414	132	6	4	1,5	453	31	—
Allendorf/La.	1 357	101	4	4	2,3	409	56	—
Annerod	1 210	157	9	5	1,8	326	33	—
Grüningen	1 160	80	3	4	1,5	296	12	—
Hausen	1 140	127	7	5	1,7	353	26	—
Rüddingshausen	971	86	6	3	0,9	194	21	1
Saasen	958	57	2	4	2,1	235	8	—
Burghardsf.	935	156	14	3	1,8	255	25	—
Ruppertsburg	933	206	18	5	1,8	131	65	1
Bellersheim	907	129	9	5	2,9	185	36	—
Queckborn	895	306	31	4	1,8	95	90	—
Muschenheim	892	78	5	4	1,6	203	8	—
Eberstadt	870	94	5	6	2,8	202	58	—
Inheiden	853	133	12	5	2,1	210	25	—
Freienseen	846	105	7	5	3,0	179	13	—
Obbornhofen	841	71	4	4	2,1	202	5	—
Ettingshausen	779	88	7	4	1,6	187	13	—
Ruttershausen	778	49	2	4	2,0	243	5	—
Lauter	745	285	35	4	1,5	95	107	—
Geilshausen	723	90	8	5	1,3	160	11	1
Kesselbach	683	108	9	7	3,5	169	13	—
Utphe	667	89	4	9	7,2	164	6	—
Bersrod	662	64	6	4	2,6	156	10	—
Lumda	649	36	2	4	1,4	142	8	—
Harbach	646	44	4	3	1,6	153	5	—
Langd	637	69	3	7	2,1	108	6	—
Gonterskirch.	626	52	2	6	2,9	145	6	—
Dorf-Güll	617	45	3	4	1,6	138	4	—
Trais-Horloff	609	112	12	5	2,2	188	52	—
Wetterfeld	594	57	6	4	2,1	104	21	—
Steinheim	569	83	8	6	3,4	126	22	—
Weickartshain	538	112	14	6	3,6	134	47	—
Albach	528	85	13	4	1,6	98	27	—
Allerthausen	524	28	1	5	1,7	139	7	—
Hattenrod	519	120	20	2	·	143	57	1
Weitershain	516	63	6	6	3,4	77	13	—

Quellen: Veröffentlichung des Hessischen Statist. Landesamtes (siehe Literaturverzeichnis)

Die Zusammenstellung zeigt, daß den Gemeinden mit überdurchschnittlichem Beschäftigtenanteil in allen drei angegebenen Wirtschaftsbereichen auch mehrere Einflußgebiete zugeordnet sind. Ihrer Bedeutung entsprechend haben sie auch einen Einpendlerüberschuß. Die Tabelle weist 11 dieser Gemeinden aus. Es sind die Orte Alsfeld, Homberg und Grebenau im Landkreis Alsfeld, im Landkreis Lauterbach die Gemeinden Lauterbach, Schlitz und Grebenhain sowie im Landkreis Gießen die Gemeinden Grünberg, Laubach, Hungen, Lich und Lollar. 8 von ihnen haben auch für alle ausgewählten zentralen Einrichtungen funktionale Einzugsbereiche von nennenswerter Größe. Den drei übrigen fehlt nur der Einzugsbereich der Realschulen und Gymnasien. Mit zwei Ausnahmen haben diese Gemeinden mehr als 3 000 Einwohner.

Darüber hinaus gibt es acht Gemeinden mit einem überdurchschnittlich vertretenen tertiären Wirtschaftssektor. Funktionale Einflußbereiche ergeben sich für insgesamt 46 Siedlungen, von denen 22 mit Bereichen für mindestens drei der ausgewählten Einrichtungen ausgestattet sind.

Die Untersuchungen, die sowohl auf statistischer Grundlage als auch auf Geländebegehungen, repräsentativen Befragungen und der allgemeinen Befragung durch die Landesplanungsbehörde Hessens beruhen, haben zu einer Eingruppierung der Gemeinden mit zentraler Bedeutung in vier Stufen geführt, die eine weitgehende Übereinstimmung mit den realen Gegebenheiten erkennen lassen.

Die Definition der den einzelnen Zentralitätsstufen zuzurechnenden Gemeinden ist folgende:

1. Stufe Überdurchschnittlicher Beschäftigtenanteil im sekundären und tertiären Sektor, insbesondere im Handel.
Einflußbereiche für alle fünf ausgewählten Funktionen.
Bedeutende Verwaltungsfunktion (Kreisverwaltung).

2. Stufe Überdurchschnittlicher Beschäftigtenanteil im tertiären Sektor.
Einflußbereiche für mindestens vier der ausgewählten Funktionen.
Mehr als 3 000 Einwohner.

3. Stufe Überdurchschnittlicher Beschäftigtenanteil im tertiären Sektor.
Einflußbereiche für mindestens zwei der ausgewählten Funktionen.
oder
Einflußbereiche für mindestens vier der ausgewählten Funktionen.

4. Stufe Überdurchschnittlicher Beschäftigtenanteil im tertiären Sektor.
oder
Einflußbereiche für mindestens zwei der ausgewählten Funktionen.

322 Ergebnisse der Zentralitätsbestimmung

Bei Anwendung dieser Methode sind im Untersuchungsgebiet 28 Gemeinden mit zentralörtlicher Bedeutung auszuweisen. 9 von ihnen gehören den beiden ersten Stufen an. Für diese wird die Bezeichnung Zentraler Ort gewählt. Die 19 Gemeinden, die den Stufen 3 und 4 zugerechnet werden müssen, sollen im Folgenden in Übereinstimmung mit dem in der Landesplanung gebräuchlichen Begriff als Mittelpunktsgemeinden bezeichnet werden.

Durch die Wahl zweier Begriffe soll zum Ausdruck gebracht werden, daß zwischen den Gemeinden der beiden ersten und denen der beiden letzten Stufen eine größere Distanz innerhalb der Zentralitätshierarchie besteht. Die Gemeinden der 3. und 4. Stufe zeigen in ihren Zentralitätsansätzen einige gemeinsame Wesenszüge, die eine konkrete Zuordnung[61]) erschweren. Inwieweit die Unterschiedlichkeit zwischen den einzelnen Gruppen anhand von Zahlen zu belegen ist, kann der Tabelle 11 entnommen werden.

In dieser tabellarischen Zusammenstellung der Gruppen wird auf die Darstellung der Entwicklung der zentralen Orte und der Mittelpunktgemeinden besonderes Gewicht gelegt.

Die besondere zentrale Bedeutung, die den 9 Gemeinden der ersten und zweiten Stufe im Untersuchungsgebiet zukommt, macht eine ausführliche Untersuchung der individuellen Merkmale jedes dieser Orte erforderlich.

33 Die Zentralen Orte in ihrer Individualität

331 Alsfeld (Einwohnerzahl 1964: 10 308)

Die Kreisstadt Alsfeld liegt am nördlichen Rand des Vogelsberges auf dem westlichen Ufer der von Süd nach Nord fließenden Schwalm. Die ellipsenförmige Anlage der im 13. Jahrhundert als Stadt auftretenden Gemeinde erfolgte in Südwest-Nordost-Erstreckung und weist einen rechteckigen langen Markt mit dem Rathaus auf. Der Mauerring ist noch im Verlauf einiger Straßenzüge zu erkennen.
Über Alsfeld führte der alte Fernhandelsweg der „Kurzen Hessen" von Frankfurt über Grünberg weiter nach Thüringen. Die heutige Verkehrslage der Stadt hat sich durch den Bau der Autobahnstrecke Hannover — Frankfurt auch hinsichtlich der Straßenverbindungen wesentlich verbessert. Die Auto-

[61]) Diese Feststellung deckt sich mit den Auffassungen NEEFS über die Schwierigkeit der Einstufung zentraler Orte niederen Ranges.
NEEF, Ernst, Die Veränderlichkeit der zentralen Orte niederen Ranges. In: Proceedings of the IGU, Symposium in Urban Geography. Lund 1960, S. 232.

Tab. 11 Die Einstufung der zentralen Orte und Mittelpunktsgemeinden — Entwicklung und funktionale Einflußbereiche

Gemeinde	Einwohner 31. 12. 1964	Entwicklung der Einwohnerzahl[62]) 1939-50-56-61-64	Einpendler 1950	Einpendler 1961	Überdurchschn. Beschäftigtenzahl in[63])	Arbeitsstätten Gem.	Arbeitsstätten Bev.	Größe ausgewählter Einflußbereiche[64]) Handwerk Gem.	Handwerk Bev.	Textil-Handel Gem.	Textil-Handel Bev.	Ärzte, Apotheken Gem.	Ärzte, Apotheken Bev.	Gymnas., Realschulen Gem.	Gymnas., Realschulen Bev.
Zentrale Orte, 1. Stufe															
Alsfeld	10 368	+ + + +	1 997	2 907	II III H	58	291	34	148	65	309	46	210	72	335
Lauterbach	9 793	+ + + +	1 506	2 404	II III H	32	213	24	132	57	66	22	129	49	232
Zentrale Orte, 2. Stufe															
Homberg	3 049	+ + + +	212	703	II III H	17	68	18	65	13	47	16	58	14	51
Schlitz	5 032	+ + — +	613	866	II III H	16	63	14	44	15	45	14	44	14	40
Grünberg	4 174	+ + + +	626	741	II III H	23	160	14	95	26	147	15	81	40	239
Laubach	3 232	+ — — +	229	449	II III H	8	45	5	32	7	41	11	59	19	160
Hungen	3 584	+ + + +	391	650	II III H	8	57	12	82	14	101	14	96	15	108
Lich	5 568	+ + + +	516	733	II III H	7	56	7	47	8	39	13	79	18	164
Lollar	5 067	+ + + +	2 143	2 737	II III H	34	354	6	73	3	39	6	69	—	—
Zentrale Orte, 3. Stufe	**ländl. Mittelpunktsgem.**														
Grebenau	921	+ — + —	85	128	II III H	3	15	4	15	2	4	7	27	—	—
Grebenhain	978	+ — — —	165	186	II III H	5	27	15	45	10	22	16	39	—	—
Flensungen	725	+ — + +	26	50	III H	—	—	3	5	—	—	5	24	—	—
Ulrichstein	863	+ — — —	30	39	III H	—	—	10	32	6	22	16	59	—	—
Reiskirchen	1 703	+ + + +	36	70	III H	—	—	3	11	—	—	6	37	—	—
Freiensteinau	903	+ — — +	30	109	II III	5	11	7	14	6	11	10	21	—	—
Herbstein	1 790	+ — — +	55	168	II	1	6	7	31	3	12	8	26	—	—
Allendorf/Lumda	2 160	+ — — +	45	65	H	—	—	1	3	3	15	7	63	22	258
Nieder-Ohmen	1 785	+ — + —	170	148		2	10	5	17	1	4	8	45	—	—
Romrod	1 144	+ — — —	115	66		1	2	4	15	4	15	4	18	—	—
Zentrale Orte, 4. Stufe	**ländl. Mittelpunktsgem.**														
Nieder-Gemünden	821	+ — — —	53	42	III H	—	—	—	—	—	—	5	23	—	—
Zell	788	+ — — —	37	30	III H	—	—	1	4	—	—	—	—	—	—
Ilbeshausen	960	+ — — —	6	9	III	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Liederbach	535	+ — + +	20	78	II III	1	11	—	—	—	—	—	—	—	—
Londorf	1 659	+ + — +	100	102	H	—	—	4	24	2	9	4	27	—	—
Kirtorf	1 109	+ — + +	91	41		—	—	6	25	1	7	9	41	—	—
Storndorf	877	+ — + +	71	35		1	4	3	10	—	—	3	18	—	—
Brauerschwend	722	+ — — +	31	24		1	5	5	16	—	—	4	13	—	—
Großen-Buseck	3 476	+ + + +	46	152		2	33	1	5	—	—	6	73	—	—

[62]) + = Zunahme im angegebenen Zeitraum; — = Abnahme im angegebenen Zeitraum.

[63]) II = Sekundärer Wirtschaftssektor; III = Tertiärer Wirtschaftssektor; H = Handel.

[64]) Die Größenberechnung erfolgte anhand der Ergebnisse der hessischen Befragung. Die Bevölkerung ist in 100angegeben.

bahnanschlüsse Alsfeld und Alsfeld West sorgen für einen schnellen Zugang für die Stadt und ihr näheres Umland. Wenn auch schon vor dem Bau der Autobahn von der Stadt Reichsstraßen nach fünf Richtungen ausstrahlten, lag Alsfeld doch abseits der großen Fernverbindungen.

Die Bundesbahn verbindet Alsfeld durch eine Strecke mit Gießen und Grünberg sowie mit Lauterbach und Fulda. Eine Abzweigung führt über Grebenau nach Bad Hersfeld. Autobusse sorgen auf fünf täglich befahrenen Linien für eine gute Verkehrserschließung des Alsfelder Umlandes, denn besonders das Gebiet südlich der Stadt bis nach Ulrichstein im Vogelsbergzentrum und auch das Gebiet nördlich bis zur Kreisgrenze weisen eine große Eisenbahnstationsferne auf.

Das Umland Alsfelds ist durch landwirtschaftliche Nutzung von Betrieben der vorherrschenden Größenklasse von 5 bis 20 ha LN bei Ertragsmeßzahlen für das Ackerland zwischen 35 und 55 charakterisiert. Entsprechend dieser Wirtschaftsstruktur weist das Umland nach der Einwohnerzahl nur kleine Gemeinden auf. Erst in 15 km Entfernung befinden sich Orte mit mehr als 2 000 Einwohnern, wie Lauterbach, Neustadt und Neukirchen. Die Bevölkerungsentwicklung der Gemeinde Alsfeld ist stetig. Die Einwohnerzahl hat durch den Zweiten Weltkrieg nicht abgenommen und ist auch während der Abwanderung der nach dem Kriege angesiedelten Vertriebenen und Flüchtlinge in die Aktivräume weiter gewachsen. Der Landkreis dagegen hatte durch diese Binnenwanderung zwischen 1950 und 1961 eine negative Bilanz von 12 vH.

Die Erwerbspersonen entsprechen 51 vH der Alsfelder Wohnbevölkerung. Sie verteilen sich zu 2 vH auf die Land- und Forstwirtschaft, zu 42 vH auf das produzierende Gewerbe und zu 48 vH auf die Wirtschaftsbereiche des tertiären Sektors. Alsfeld weist einen Einpendlerüberschuß von 2 657 Personen auf. Die Einpendlerzahl hat sich im Zeitraum 1950 bis 1961 von 1 997 um 46 vH auf 2 907 erhöht. Nur 250 Erwerbspersonen pendeln aus. Von rund 6 000 Beschäftigten in Alsfelder Arbeitsstätten gehören 41 vH zu den Einpendlern. Hierin kommt ein Zentralitätsfaktor zum Ausdruck. Die Beschäftigten im sekundären und tertiären Wirtschaftssektor Alsfelds liegen über den Durchschnittswerten des Untersuchungsgebietes, des Landes Hessen und der Bundesrepublik. Am stärksten kommt die Zentralität im Dienstleistungsbereich, 25 vH, und hier bei den Beschäftigten im Handel, 9,5 vH, zum Ausdruck. Diese Werte werden von keiner anderen Gemeinde des Untersuchungsgebietes erreicht. Diese Zahlen stellen fast das Dreifache der Werte für das Untersuchungsgebiet dar. Die Verhältniszahl der Beschäftigten im produzierenden Gewerbe erreicht fast das Doppelte des Untersuchungsgebietsdurchschnitts. Von den 3 380 in diesem Sektor Arbeitenden entfallen auf 62 Betriebe des Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbes 1 352 und auf die 24 Betriebe des Holz-, Papier- und Druckgewerbes 614 Beschäftigte. Darin kommt die dominierende Rolle dieser beiden Zweige im industriellen Leben der Stadt zum Ausdruck. KRONER[65]) weist nach, daß sich von 29 Industriebetrieben mit mehr als 10 Beschäftigten 11 nach 1945 in Alsfeld niederließen, und zwar 4 Niederlassungen nach dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des Zentralen-Punkte-Programmes im Jahre 1959.

[65]) KRONER, Günter, Der zentrale Ort Alsfeld. In: Informationen 1963, S. 519.

Zur Förderung wurden diesen Betrieben aus Mitteln des Programms 450 000 DM als zinsgünstiges Darlehen und der Gemeinde 300 000 DM, darunter 200 000 DM als Zuschuß, gewährt. Eine weitere Förderung der industriellen Entwicklung Alsfelds ist zu wünschen. Erschlossenes und verkehrsgünstig gelegenes Industriegelände steht zur Verfügung und weiteres Gelände ist von der Stadtverwaltung ausgewiesen. Auch ausreichendes Bauland für Arbeiterwohnungen ist vorhanden. Die Gemeinde wünscht durch eine bessere Streuung der Betriebe auf die verschiedenen Branchen eine größere Krisenfestigkeit zu erzielen. Durch den Neubau von Wohnsiedlungen sollen die oft sehr weiten Wege der Einpendler vermieden werden. Auf Grund dieser Bestrebungen sieht die im Kreisentwicklungsplan vorgelegte Konzeption eine Bevölkerungszunahme bis 1985 um 50 vH vor. Vergleichen wir die im Vorläufigen Raumordnungsplan der hessischen Landesregierung für 1971 für Alsfeld vorgesehene Maximaleinwohnerzahl von 9 900 bei einem Richtwert von 9 500 Einwohnern mit der tatsächlichen Entwicklung, so scheint das Anwachsen auf 15 000 Einwohner zumindest im Bereich des Möglichen zu liegen.

Das Arbeitskräftereservoir in der Vogelsberger Landwirtschaft ist groß. Ein Hemmnis für einen verstärkten industriellen Ausbau dürfte der Mangel an geeigneten Fachkräften sein. In diesem Zusammenhang muß die Frage nach dem infrastrukturellen Ausbau der Stadt gestellt werden.

Als Kreisstadt beherbergt Alsfeld nicht nur sämtliche Dienststellen der Kreisverwaltung, sondern auch ein Finanzamt, Katasteramt, Forstamt, Wasserwirtschaftsamt, Amtsgericht, Veterinäramt und eine Nebenstelle des Arbeitsamtes Gießen. Weitere Verwaltungsfunktionen werden von der Land- und Forstwirtschaftskammer und dem Kreisgesundheitsamt ausgeübt. Auf dem Sektor der Erziehung und Bildung sind neben dem Gymnasium mit 550 Schülern, dem einzigen des Landkreises, und der Realschule eine Kreisberufsschule mit Handels- und Haushaltungsschule, eine Landwirtschaftsfachschule, eine Handwerkerfachschule zur Meisterausbildung für Maurer, Zimmerer und Karosseriebauer sowie zwei private Handelsschulen zu verzeichnen. Das kulturelle Leben der Stadt wird durch die Volkshochschule und zahlreiche Veranstaltungen der Kulturgemeinde sowie durch die Aufführungen im 1962 fertiggestellten Freilichttheater mit 260 Sitzplätzen bereichert.

Für die Kranken stehen in der Gemeinde 162 Betten des Kreiskrankenhauses und 30 Betten in einer Privatklinik zur Verfügung. Zur Krankenberatung und -versorgung befinden sich 9 Ärzte und 8 Fachärzte sowie 3 Apotheken am Ort. Die Kreissparkasse, eine Genossenschaftskasse und zwei Bankfilialen sind vertreten. Das Bild zentraler Institutionen sollen die Beherbergungsbetriebe abschließen. 1965 gab es 15 gewerbliche Beherbergungsbetriebe mit 150 Zimmern und 249 Betten. Im Sommer 1962 und Winter 1962/63 wurden zusammen 31 682 Übernachtungen registriert, was 310 Übernachtungen auf 100 Einwohner entspricht. Außerdem gibt es eine Jugendherberge mit 3 400 Übernachtungen im Jahr.

Alsfeld weist für alle fünf ausgewählten zentralen Funktionen Einflußbereiche auf.

Die Untersuchungsergebnisse und die zusammengestellten Zentralitätskriterien führen zu der Schlußfolgerung, daß die Stadt Alsfeld der bedeutendste zentrale Ort des Untersuchungsgebietes ist. Die Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung ist positiv. Diese Entwicklung auch weiterhin zu fördern erscheint empfehlenswert, um der Bevölkerung des landwirtschaftlichen Umlandes und den besonders im Vogelsberggebiet zu erwartenden freigestellten Arbeitskräften zusätzliche oder volle Erwerbsmöglichkeiten in geringer Entfernung zu bieten.

332 Homberg an der Ohm (Einwohnerzahl 1964: 3 049)

Die Gemeinde Homberg liegt im nordwestlichen Teil des Landkreises Alsfeld auf einem steilen Basaltrücken der nördlichen Vogelsbergausläufer. Sie wird von einer Schleife der Ohm umgeben. An der höchsten Stelle liegt die Burg. Die Stadtanlage erfolgte terrassenförmig. Zwischen der parallel verlaufenden Unter- und Obergasse befindet sich die Erweiterung zum Markt. Homberg wird zu Beginn des 14. Jahrhunderts als Stadt erwähnt.

Der Landwirtschaft des Umlandes stehen gute Böden zur Verfügung. Westlich der Gemeinde beginnen die fruchtbaren Lößböden des Amöneburger Beckens. Während in Homberg und dem westlichen Umland die vorherrschende landwirtschaftliche Betriebsgrößenklasse unter 2 ha LN liegt, herrschen im übrigen Umlandbereich Betriebe mit 5 bis 20 ha LN vor. Die Stadt hat durch eine als eingleisige vollspurige Nebenbahn klassifizierte Strecke Eisenbahnverbindung mit Grünberg und Alsfeld über Burg-Gemünden und mit Kirchhain im Kreis Marburg. In fünf Richtungen gehen Landstraßen 1. Ordnung von Homberg ab, und die Autobahnzufahrt Homberg-Grünberg ist nur 10 km entfernt.

Die Bevölkerungsentwicklung war in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts rückläufig. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg nahm die Einwohnerzahl stärker zu. 1946 wurden die 2 000 und 1964 die 3 000 überschritten. Auch die Zeit der Vertriebenenabwanderung konnte die Gemeinde ohne Bevölkerungsabnahme überstehen. In der Stadt befanden sich 1961 noch 948 Vertriebene und Deutsche aus der SBZ, das sind 33 vH der Wohnbevölkerung.

Nur 42 vH der Wohnbevölkerung zählen zu den Erwerbspersonen. Sie verteilen sich mit 13, 61 und 26 vH auf den primären, sekundären und tertiären Wirtschaftsbereich. Den 148 auspendelnden Erwerbstätigen stehen 703 Einpendler gegenüber, so daß sich eine positive Berufspendlerbilanz von 555 ergibt. Zur Zeit der Berufszählung von 1950 wies Homberg erst 212 Einpendler auf.

Die Wirtschaftsstruktur Hombergs ist durch einen sehr hohen Anteil von Beschäftigten im produzierenden Gewerbe gekennzeichnet. Die 1 348 Beschäftigten in diesem Bereich stellen einen Prozentsatz zur Wohnbevölkerung von 48 dar. Diese Verhältniszahl wird im Untersuchungsgebiet nur von den Nachbargemeinden Gießens Lollar und Heuchelheim überschritten. Ein Betrieb der Metallverarbeitung bei Osterode/Harz hat hier ein Zweigwerk errichtet, das seit 1957 Maschinenteile produziert. Das Werk beschäftigt über 500 Personen und ist an einer Kapazitätserweiterung interessiert. Die Beschäftigten in tertiären Arbeitsstätten, darunter 165 im Handel, ergeben für diese Wirtschaftszweige im Verhältnis zur Wohnbevölkerung Werte, die über dem Durchschnitt des Landkreises und des Untersuchungsgebietes liegen, aber nicht den hessischen Landesdurchschnitt erreichen.

Hombergs Einrichtungen auf kulturellem Gebiet bestehen aus einer Realschule mit 128 Schülern und der Außenstelle der Alsfelder Kreisberufsschule. Der Krankenversorgung dienen 5 Ärzte, 2 Privatkliniken mit 10 und 8 Betten, ein Kurkrankenhaus mit 58 Betten und eine Apotheke. Dem Geldverkehr dient eine Zweigstelle der Kreissparkasse. Außer einem Amtsgericht sind in Homberg ein Forstamt und ein Straßenbauamt ansässig.

Die Untersuchungen haben ergeben, daß Homberg für die ausgewählten zentralen Funktionen geschlossene Einzugsbereiche besitzt. Auf die Nachbargemeinde Nieder-Ofleiden kann besonders hingewiesen werden. Diese Gewerbegemeinde hat dank ihrer Steine- und Erden-Betriebe mit 337 DM das höchste Gewerbesteueraufkommen je Einwohner im Landkreis Alsfeld. In der Gemeinde Homberg werden 121 DM Gewerbesteuer je Einwohner erzielt.

Die Planung sieht einen Ausbau der Fremdenverkehrsfunktion der Stadt Homberg vor. 1964 standen dem Fremdenverkehr 139 Betten im Ort zur Verfügung.

Der Einwohner-Richtwert für 1971 von 2 500 ist heute schon um 20 vH überschritten. Es darf erwartet werden, daß Homberg seine Gewerbefunktion dank einer verhältnismäßig günstigen Verkehrslage und einer gut ausgebildeten Grundlage weiter ausbauen kann. Begünstigend wirkt die Nähe des landwirtschaftliche Arbeitskräfte freisetzenden Vogelsberggebietes.

Homberg ist, wie übrigens auch Alsfeld, von der hessischen Landesplanung zum Hauptort eines Kleinraumes erklärt. Die Stadt befindet sich wie alle Gemeinden des Landkreises im Bundesausbaugebiet.

333 Lauterbach (Einwohnerzahl 1964: 9 793)

Die Kreisstadt Lauterbach liegt im nordöstlichen Teil des Naturraumes „Unterer Vogelsberg". Die unregelmäßig eng bebaute alte Stadt hat als Kern einen langgestreckten Markt. Um 1900 wurde das nördlich der Altstadt gelegene Bahnhofsstraßenviertel ausgebaut. Der Ausbau der Stadt ging

schon vor 1930 bis auf die umgebenden Höhen. Die Stadt liegt an der nördlich um den Vogelsberg führenden Bahnlinie Gießen—Alsfeld—Fulda und besitzt auch eine Eisenbahnverbindung mit dem südlichen Teil des Kreises. Bundesstraßen führen nach Alsfeld, Fulda und Herbstein. Autobuslinien verkehren täglich in sechs Richtungen.

Die Stadt besaß noch um die letzte Jahrhundertwende wenig mehr als 3 000 Einwohner. Der eigentliche Aufschwung der Stadt begann erst nach 1945. Obwohl ein Teil der durch die Kriegsfolgen zugewanderten Personen die Gemeinde wieder verließ und eine Bevölkerungsabnahme im Zeitraum 1953 bis 1956 bewirkte, waren 1961 noch 2 945 Einwohner dieses Personenkreises zu zählen.

Nur 43 vH der Wohnbevölkerung sind erwerbstätig. Die Gemeinde hat jedoch einen Berufspendlerüberschuß von 2 215 Personen zu verzeichnen, so daß sich eine Beschäftigtenzahl von 6 338 ergibt. Diese verteilt sich mit 4 vH auf den primären, mit 60 vH auf den sekundären und mit 36 vH auf den tertiären Wirtschaftssektor. In Beziehung zur Wohnbevölkerung gesetzt ergibt sich für alle Bereiche, mit Ausnahme des agraren, ein Beschäftigungsanteil, der weit über dem Durchschnitt des Untersuchungsgebietes und auch über dem Landesdurchschnitt liegt. Diese Tatsache weist auf eine starke Umlandversorgung hin, die sich in der Darstellung der funktionalen Einflußbereiche bestätigt findet.

Es kann festgestellt werden, daß Lauterbach als zentraler Ort fast den gesamten Landkreis beherrscht. Ausgenommen sind nur das Schlitzer Land im Nordosten und der äußerste Süden des Kreises. Die Aufzählung von Institutionen mit zentralörtlicher Bedeutung unterstreicht diese Feststellung. Außer den Dienststellen des Landratamtes beherbergt die Stadt das Kreisgesundheitsamt, das Vermessungs- und Katasteramt, das Finanzamt, ein Amtsgericht und eine Nebenstelle des Arbeitsamtes Gießen. Auf kulturellem Gebiet besteht ein Gymnasium für 530 Schüler und eine Realschule sowie je eine Landwirtschafts-, Haushaltungs-, Kreisberufsschule und Textilfachschule. Seit 1910 gibt es ein Heimatmuseum für die Stadt und den Landkreis, das auch eine eigene wissenschaftliche Publikationsreihe besitzt. In Lauterbach praktizieren 9 Ärzte und 11 Fachärzte. 4 Apotheken und ein Krankenhaus mit 172 Betten stehen zur Verfügung. Außer einer Zweigstelle der Landeszentralbank existieren zwei weitere Geldinstitute.

Lauterbach ist Luftkurort und hat 11 gewerbsmäßige Beherbungsbetriebe mit 141 Zimmern. Daneben werden 65 Betten in Privatzimmern vermietet. Insgesamt stehen dem Fremdenverkehr im Ort 290 Betten zur Verfügung. Im Berichtsjahr 1962/63 wurden 24 746 Übernachtungen registriert. Die Jugendherberge hat etwa 3 500 Übernachtungen jährlich zu verzeichnen.

Lauterbach ist im Vorläufigen Raumordnungsplan Mittelpunktsort eines Kleinraumes.

Das Bevölkerungswachstum hat bald den Planungsrichtwert für das Jahr 1971 von 10 000 Einwohnern erreicht. Lauterbach gehört wie der ganze Landkreis zum Zonenrandgebiet und genießt eine entsprechende Beachtung und Förderung.

Der stärkste Gewerbezweig der Stadt, das Holz-, Papier- und Druckgewerbe mit 1 360 Beschäftigten wird von der Textil- und Bekleidungsindustrie mit 800 Beschäftigten gefolgt. In der Stadt sind die beiden größten Betriebe des Kreises ansässig, ein Sperrholz- und Sägewerk, in dem auch Holzhausbau betrieben wird, mit 450 Beschäftigten und eine Kartonagenfabrik mit 660 Personen Belegschaft. Daneben existieren einige zum Teil ältere Firmen der Textil- und Konfektionsindustrie. Nach dem Zweiten Weltkrieg ließen sich in Lauterbach eine Kleiderfabrik und ein Schaumstoffwerk mit 50 Beschäftigten nieder. Die Gemeinde hatte 1964 pro Einwohner ein Gewerbesteueraufkommen von 177 DM und lag damit an erster Stelle im Kreis.

Die Position der Kreisstadt Lauterbach als zentraler Ort ist gefestigt. Der zentrale Ort besitzt nicht nur für seine Verwaltungsfunktionen, sondern auch für andere zentrale Funktionen ein ziemlich fest umrissenes Einflußgebiet. Es ist zu erwarten, daß die Entwicklung der Stadt als Gewerbe- und Fremdenverkehrsgemeinde sowie als kultureller Mittelpunkt ihres Kreises weitere Fortschritte macht, wenn auch ein rasantes Wachstum nicht erwartet werden kann.

334 Schlitz (Einwohnerzahl 1964: 5 032)

Ansatzpunkt für die frühe Siedlung war eine vom Kloster Fulda gegründete Kirche, die schon von mehreren Burgen gesichert wurde. Der Ort liegt an der Schlitz drei Kilometer vor ihrer Einmündung in die Fulda. Der neuere Ausbau der Stadt erfolgte teils hangabwärts zum Wasserlauf, teils nach Süden und Nordosten. Schlitz ist Bahnstation an der Strecke Lauterbach und Bad Salzschlirf—Hersfeld. Hier treffen vier Landstraßen 1. Ordnung zusammen.

Auch Schlitz hatte erst nach dem Zweiten Weltkrieg einen größeren Bevölkerungszuwachs zu verzeichnen. Der Personenkreis der Vertriebenen und Deutschen aus der SBZ machte 1961 noch 34 vH der Wohnbevölkerung aus. Die Beziehungswerte der Beschäftigten zur Wohnbevölkerung im sekundären und tertiären Sektor sowie im Handel sind 39 vH, 15 vH und 6,1 vH. Die industrielle Produktion wird durch das Leinen bestimmt. 1 300 Personen sind in 6 Textilbetrieben überwiegend mit der Herstellung von Leinen beschäftigt. Außerdem sind eine Fabrik für elektrotechnische Artikel mit 340 Personen Belegschaft und ein Zweigwerk einer Alsfelder Kleiderfabrik mit 30 Beschäftigten ansässig. Nach Lauterbach hat Schlitz mit 116 DM je Einwohner das höchste Gewerbesteueraufkommen des Kreises.

Zentralörtliche Funktionen werden durch ein Amtsgericht, ein Gymnasium für 150 Schüler, ein Krankenhaus mit 59 Betten, 5 Ärzten, 2 Apotheken und durch einige Beherbergungsbetriebe ausgeübt.

Der Fremdenverkehr hat für die als Erholungsort deklarierte Gemeinde zunehmende Bedeutung. Insgesamt werden dem Fremdenverkehr über 200 Betten, aber darunter 120 in Privatquartieren zur Verfügung gestellt. Während im Berichtsjahr 1959/60 erst 138 Übernachtungen auf 100 Einwohner kamen, waren es drei Jahre später schon 232. Auch die Bettenkapazität hatte in diesem Zeitraum ganz erheblich zugenommen.

Die Einzugsbereiche zeigen, daß das alte Zentrum der Grafschaft Schlitz auch heute seine zentrale Bedeutung für sein Umland behalten hat. Die Landesplanung sieht vor, die Einwohnerzahl bis 1971 auf 5 500 anzuheben. Das produzierende Gewerbe und der Fremdenverkehr werden gefördert.

335 Grünberg (Einwohnerzahl 1964: 4 174)

Die Stadt Grünberg ist um 1200 auf einer Basaltkuppe der nordwestlichen Ausläufer des Vogelsberges angelegt worden. An der damaligen Südgrenze Hessens gelegen hatte die Burg, die den Kristallisationskern für die Stadt darstellte, den wichtigen Handelsweg „durch die kurzen Hessen" von Frankfurt nach Thüringen zu schützen. Der Marktplatz bildete den Mittelpunkt im gitterförmigen Straßennetz der ovalen Alstadt. Erweiterungen des Siedlungskörpers erfolgen in südlicher, nordwestlicher und nördlicher Richtung zum Bahnhof. Die Verkehrslage Grünbergs ist als gut zu bezeichnen. Es liegt an der Bahnlinie Gießen—Alsfeld—Lauterbach und an der in gleicher Richtung verlaufenden Bundesstraße 49. Die Autobahnzufahrt ist 8 km entfernt.[66])

Grünberg war früher ein wirtschaftlicher Mittelpunkt. Zahlreiche Märkte wurden abgehalten, deren wichtigster, der Gallusmarkt, noch heute jeweils am 16. Oktober veranstaltet wird. Allerdings tritt der Charakter des Volksfestes sehr in den Vordergrund. Etwa 100 Stände werden aufgebaut und außer dem Viehmarkt findet häufig eine Autoausstellung in bescheidenem Rahmen statt. Der Markt wird von Einwohnern aus 50 bis 60 Gemeinden, zu denen auch Gießen zählt, besucht.

Die Bevölkerungsentwicklung Grünbergs ist ansteigend. 1965 gab es in Grünberg 850 Einpendler und 673 Auspendler.[67]) 53 vH der 1 835 in nichtlandwirtschaftlichen Betrieben Tätigen entfallen auf das produzierende Gewerbe. Während die Bedeutung des dominierenden Textil- und Bekleidungsgewerbes geringfügig abgenommen hat, haben sich nach dem Krieg einige kleinere metallverarbeitende Betriebe angesiedelt. Der Beschäftigtenanteil im Handel beträgt 7,9 vH der Wohnbevölkerung. Dieser Wert wird im Untersuchungsgebiet nur noch von den beiden Kreisstädten überschritten. Auch der Einzelhandelsbesatz Grünbergs liegt weit über dem Durchschnitt.

[66]) Eine Bahnbusverbindung nach Gießen besteht achtmal werktäglich. Weitere Buslinien verkehren nach Merlau (fünfmal), Lich (viermal), Ulrichstein (zweimal) und zum Bahnhof Mücke bei Flensungen (dreimal).

[67]) Nach Angaben des Magistrats der Stadt Grünberg.

An öffentlichen Verwaltungsstellen sind in Grünberg ein Amtsgericht, eine Arbeitsamt-Nebenstelle und zwei Forstämter zu verzeichnen. Ein Gymnasium mit 328 Schülern, eine Landwirtschaftsschule, die Landessportschule und zwei Filmtheater weisen auf die Bedeutung der Stadt als kleines kulturelles Zentrum hin. Je eine Filiale der Volksbank und der Sparkasse sind ansässig. Wie die Einzugsbereiche zeigen, hat Grünberg eine verhältnismäßig große und wenig überlappte Einflußzone.

Die Nähe der Autobahn, die verhältnismäßig günstige Lage zum Vogelsberg, 8 gewerbliche Beherbergungsbetriebe mit 216 Betten sowie ein Campingplatz und ein Freibad verleihen der Gemeinde Bedeutung im Fremdenverkehr. Allerdings wird der Ort meistens nur als Zwischenstation von der Autobahn angefahren. Zahlreiche Skandinavier zählen zu den Gästen. Die Zahl von etwa 7 500 Übernachtungen setzt sich also vornehmlich aus Kurzaufenthalten zusammen.

Grünberg ist als Erholungsort klassifiziert. Eine wesentliche Steigerung des Fremdenverkehrs in der Gemeinde ist ohne besondere Förderung und zusätzliche Werbung jedoch nicht mehr zu erzielen.

336 Laubach (Einwohnerzahl 1964: 3 232)

Die Stadt Laubach liegt nur 6 km südlich von Grünberg im westlichen Teil des „Unteren Vogelsberges" im Tal der Wetter. Laubach hat Bahnverbindung durch die Strecke Hungen—Mücke. Die um den westlichen Vogelsberg führende Bundesstraße 276 berührt die Stadt, und mehrere Landstraßen treffen hier zusammen. Mehrere Buslinien erschließen das Umland. In der Gemeinde gibt es 1 439 Beschäftigte, von denen 17 vH in der Land- und Forstwirtschaft tätig sind. Die restlichen 1 177 Arbeitenden verteilen sich je zur Hälfte auf das produzierende und das Dienstleistungsgewerbe.

Die Einwohnerzahl Laubachs schwankte seit Beginn des 18. Jahrhunderts bis zum Zweiten Weltkrieg um 2 000. Erst 1946 wurden die 3 000 Einwohner erreicht.

Die Stadt beherbergt ein Gymnasium mit 288 Schülern, eine Realschule in einem 1950 errichteten Gebäude mit 174 Schülern und eine Berufsschule. Ein Amtsgericht hat seinen Sitz in der Stadt und ein Krankenhaus (Stift) mit 41 Betten ist vorhanden. Laubach is Luftkurort. Die Stadt besaß 1964 sieben Beherbergungsbetriebe mit 141 Zimmern und stellte dem Fremdenverkehr einschließlich der 25 Betten in Privatquartieren insgesamt 290 Betten zur Verfügung. Im Berichtsjahr 1959/60 waren über 24 000 Übernachtungen zu verzeichnen. Die Jugendherberge zählte fast 20 000 Übernachtungen.

Die wirtschaftliche und die Bevölkerungsentwicklung Laubachs stagnieren. Für die nahe Zukunft wird ohne besondere Eingriffe der Landesplanung mit keinem größeren Aufschwung zu rechnen sein. Der Ausbau des Fremdenverkehrs und der für den engeren ländlichen Umlandbereich bestimmten zentralen Einrichtungen erscheint möglich.

337 Hungen (Einwohnerzahl 1964: 3 584)

Die Stadt Hungen gehört schon zur Wetterau. Sie liegt an der Grenze zum „Unteren Vogelsberg" 10 km südwestlich Laubachs. Westlich und südlich der Gemeinde beginnt das fruchtbare Gebiet, das Ertragsmeßzahlen von 65 und darüber aufweist. Hungens Lage an dem Handelsweg „Kurze Hessen" stempelte die Stadt schon früh zu einem Handels- und Wirtschaftszentrum. Der Markt zu Allerheiligen, der wichtigste aller Jahrmärkte, wird auch heute noch abgehalten.

In vier Richtungen gehen Eisenbahnlinien von Hungen nach Gießen und Gelnhausen sowie Friedberg und Laubach. Sternförmig gehen fünf Landstraßen 1. Ordnung von der Stadt ab.

Über lange Zeit hatte die Gemeinde nur ein langsames Bevölkerungswachstum zu verzeichnen, bis die Zuwanderung der Vertriebenen nach dem Krieg einen raschen Anstieg bewirkte. Diese Neubürger blieben zum größten Teil ansässig und stellten 1961 noch 41 vH der Wohnbevölkerung. Von den 1 663 im Ort Beschäftigten gehen nur 128 einer Tätigkeit in der Landwirtschaft nach, 907 entfallen auf das produzierende Gewerbe und 628 auf die Wirtschaftsabteilungen des tertiären Sektors. Den Schwerpunkt bildet die Textilindustrie, die mit 21 Betrieben und fast 400 Arbeitenden vertreten ist. Bei dem hohen prozentualen Anteil, den die im Handel Beschäftigten ergeben, er ist der zweitgrößte des Landkreises, ist zu beachten, daß 37 vH im Großhandel beschäftigt sind. Der entsprechende Anteil in der Gemeinde Grünberg beträgt nur 25 vH, in Lauterbach 24 vH und in Lich 27 vH.

Das Vorhandensein eines Gymnasiums mit 283 Schülern und eines städtischen Krankenhauses mit 17 Betten ist hervorzuheben. Die Einflußbereiche ausgewählter zentraler Funktionen lassen ein ziemlich geschlossenes Einflußgebiet erkennen. Der Fremdenverkehr hat in Hungen keine Bedeutung.

Der Richtwert für die Bevölkerungszunahme bis 1971 sieht 3 500 Einwohner vor, eine Zahl, die 1964 schon überschritten war. Ein weiteres Wachstum ist zu erwarten, weil auch die Voraussetzungen für eine weitere positive Entwicklung der Wirtschaft Hungens günstig sind.

338 Lich (Einwohnerzahl 1964: 5 568)

Die Stadt Lich liegt im Übergangsraum vom „Vorderen Vogelsberg“ zur Wetterau am südlichen Rand der Gießener Schwelle, die das Gießener Becken von der Wetterau trennt. Südlich von Lich verlief die nördliche Ausbuchtung des Limes, die das fruchtbare Gebiet der Wetterau umfaßt. Lich erhielt um 1300 das Stadtrecht verliehen, als es durch die Anlage einer Wasserburg am Fluß Wetter strategische Bedeutung bekam.

Über die Gießener Schwelle verbindet eine Bahnlinie Lich mit der Kreisstadt Gießen. Südöstlich führt die Strecke nach dem 10 km entfernten Hungen. Auch mit Butzbach im Südwesten besteht eine Bahnverbindung, die zwar vollspurig, aber nicht bundesbahneigen ist. Die Entfernung zur Autobahn Frankfurt—Kassel beträgt nur vier Kilometer. Gut ausgebaute Landstraßen verlassen Lich in vier Richtungen.

Die Bevölkerungszahl schwankte seit 1800 zwischen 2 000 und 3 000. Auch in Lich war der größte Anstieg nach 1945 zu verzeichnen. Die positive Bevölkerungsentwicklung hält bis heute an.

Um 1800 erreichte Lich den Höhepunkt seiner Handelstätigkeit. Zu dieser Zeit fanden sieben Jahrmärkte statt. Seitdem ging die Handelsbedeutung ständig zurück. Das heutige Wirtschaftsgefüge der Stadt wird durch das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe bestimmt. 400 der im produzierenden Gewerbe Beschäftigten waren in dieser Branche tätig. In der Beschäftigtenzahl folgen der Maschinenbau und das Textil- und Bekleidungsgewerbe. Als größere Betriebe sind die Licher Tonwerke, eine Brauerei, die das „Licher Bier“ herstellt, die Wurst- und Konservenfabrik Dietz, eine Fabrik für landwirtschaftliche Maschinen und eine Büromöbelfabrik zu erwähnen. Von den angesiedelten Vertriebenen wurden vier größere Textilbetriebe errichtet. Der Anteil der im produzierenden Gewerbe Tätigen beträgt 28 vH, die im tertiären Sektor Beschäftigten ergeben 13 vH der Wohnbevölkerung. Den 691 hauptsächlich nach Gießen pendelnden Berufstätigen stehen 733 Einpendler gegenüber, die vornehmlich aus sechs im Süden und Osten benachbarten Gemeinden kommen. Auch die Einzugsbereiche der Ärzte und Apotheken, des Handwerks und des Textileinzelhandels sind eng begrenzt. Ein städtisches Krankenhaus mit 61 Betten ist vorhanden.

Lich ist Erholungsort und gehört zu den „Gemarkungen mit Eignung für sekundäre Kur und Erholung“.[68]) 1959/60 standen dem Fremdenverkehr 52 Betten zur Verfügung und fast 4 000 Übernachtungen wurden registriert. Bis 1964 ist die Zahl der Betten auf fast das Doppelte gestiegen.

[68]) Der Hessische Minister des Innern — Landesplanung — Vorläufiger Raumordnungsplan für das Land Hessen. Region Vogelsberg/Oberhessen. Wiesbaden 1957.

Die Realsteueraufbringungskraft nach der Gewerbesteuer ist zwar in der Gemeinde in den letzten Jahren nur unwesentlich gestiegen, die vielseitige Wirtschaft scheint jedoch in sich gefestigt und weiter ausbaufähig zu sein. Durch eine weitere Entwicklung ist auch, begünstigt durch die Nähe von Gießen, mit einem Anwachsen der Wohnbevölkerung zu rechnen.

339 Lollar (Einwohnerzahl 1964: 5 067)

Die Entwicklung der Gewerbegemeinde Lollar wird durch ihre Lage im Lahntal und durch ihre Nähe zu den Industriezentren Gießen und Wetzlar bestimmt.

Nur sechs Kilometer nördlich von Gießen im Lahntal an der Eisenbahnstrecke Frankfurt—Gießen—Marburg—Kassel gelegen, sind die Verkehrsverbindungen der Stadt als sehr gut zu bezeichnen, zumal auch direkte Bahnverbindungen mit Wetzlar, 20 km, und mit den Gemeinden im nördlichen Teil des Landkreises Gießen bestehen. Im Lahntal verläuft auch die Bundesstraße 3. Eine weitere Verbindung mit Gießen und Marburg stellen Omnibuslinien her.

Nach den absoluten Gewerbesteuereinnahmen liegt Lollar 1961 mit 728 000 DM an dritter Stelle im Landkreis hinter Heuchelheim und Lich. Im ganzen Untersuchungsgebiet haben nur noch Alsfeld und Lauterbach, zwei Orte mit der doppelten Einwohnerzahl, mehr Gewerbesteuereinnahmen als Lollar. Der Beschäftigtenanteil im sekundären Wirtschaftsbereich ist mit 81 vH der Wohnbevölkerung der größte im gesamten Untersuchungsgebiet. 11 vH sind im tertiären Sektor beschäftigt. Hervorzuheben ist die hohe Zahl der Beschäftigten, die aus weitem Umkreis einpendeln und 66 vH der 4 200 am Ort Arbeitenden ausmachen. Die Wirtschaft ist einseitig ausgerichtet, über 3 000 Personen sind im verarbeitenden Gewerbe tätig. Lollar beherbergt große Gießereien der Buderus-Werke.

Die Bedeutung der übrigen zentralen Einrichtungen ist unerheblich. Trotzdem lassen sich für die ausgewählten Kriterien einige nördliche Umlandgemeinden zu Einzugsbereichen zusammenschließen.

Für diese kurz beschriebenen zentralen Orte lassen sich trotz aller Individualität einige gemeinsame Wesenszüge feststellen.

Außer den überdurchschnittlichen Beschäftigtenzahlen in den zentralen Wirtschaftsbereichen, Einzugsbereichen für vier bis fünf der ausgewählten Funktionen und Einwohnerzahlen von über 3 000 besitzen sie Bahnanschluß und Busverbindungen zu anderen größeren Gemeinden. Sie zeigen eine positive Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung sowie eine positive Pendler-

bilanz. Ihr Einpendlerüberschuß hat sich ohne Ausnahme von 1950 bis 1961 erheblich vergrößert. Auch im Verhältnis zu den Werten des Bundeslandes Hessen haben sie einen überdurchschnittlichen Beschäftigtenanteil im sekundären Sektor, mit Ausnahme von Laubach, und im Einzelhandel, mit Ausnahme von Lich und Lollar.

Für die Mittelpunktsgemeinden der Stufen 3 und 4 lassen sich nur wenig gemeinsame Wesenszüge nachweisen. Es wird im folgenden Kapitel versucht, ihre individuellen Merkmale bei der Synthese der zentralen Orte wiederzugeben und ihre ergänzende zentrale Bedeutung im Untersuchungsgebiet zu kennzeichnen.

34 Die ergänzende Bedeutung der ländlichen Mittelpunktsgemeinden im Untersuchungsgebiet

Die vorausgegangenen Untersuchungen zeichnen ein Bild der Verteilung der zentralen Orte, das im Westen von der Stadt Gießen und der dichteren Besiedlung des westlichen Teils des Untersuchungsgebietes und im Osten und Norden durch die dünne Besiedlung in den agraren Regionen gekennzeichnet ist.

Die beiden Kreisstädte Alsfeld und Lauterbach beherrschen große Teile ihrer Landkreise nicht nur durch Ausübung der Verwaltungsfunktionen, sondern auch durch den Handel und durch zentrale Einrichtungen sozialer und kultureller Art.

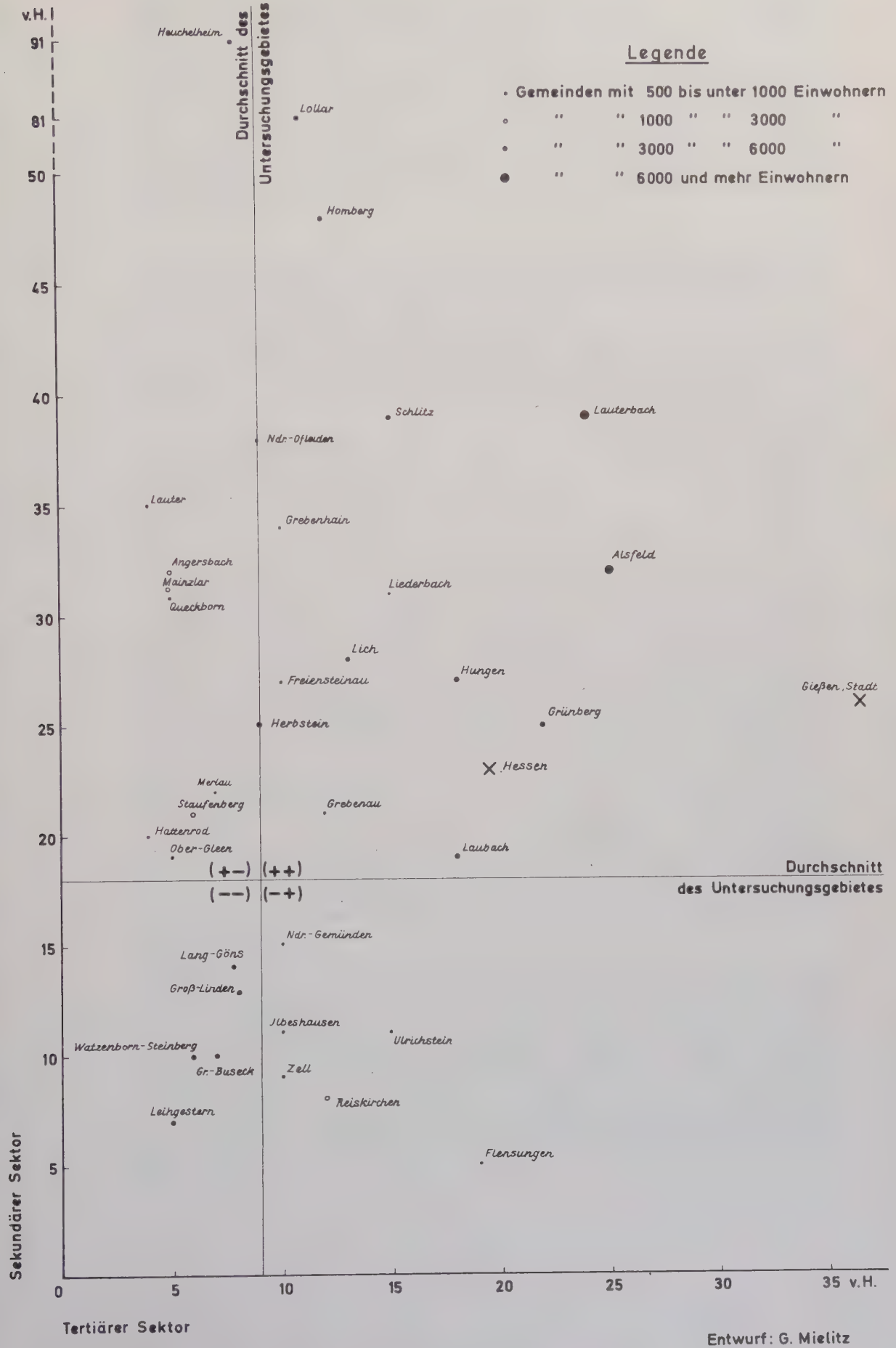
341 Die Mittelpunktsgemeinden im Landkreis Alsfeld

Die im Nordosten des Landkreises gelegene Kreisstadt wird ergänzt durch den zentralen Ort zweiter Stufe Homberg im westlichen Teil mit ausgesprochen festen Einzugsbereichen, die fast alle das gleiche Gebiet bedecken, und einer guten zentralen Ausstattung, von der die zweite höhere Schule des Landkreises hervorzuheben ist.

Zur Unterstützung der Versorgung mit zentralen Gütern und Dienstleistungen im Kreis Alsfeld dienen die der dritten Zentralitätsstufe angehörenden Mittelpunktsgemeinden Flensungen, Nieder-Ohmen, Romrod und Grebenau, von denen nur für Flensungen trotz eines starken tertiären Sektors keine nennens-

Abb. 12 **Die Beschäftigten des sekundären und tertiären Wirtschaftsbereichs 1961**

in v.H. der Wohnbevölkerung in allen Gemeinden mit mehr als 3000 Einwohnern und den Gemeinden über 500 Einw., die ein überdurchschnittliches Beschäftigtenverhältnis besitzen



Entwurf: G. Mielitz

werten Einzugsbereiche für die ausgewählten Funktionen nachzuweisen waren. Dagegen besitzt Flensungen außer einem Sportplatz und einer Volksbücherei Taxi und sogar ein Kino. Flensungen liegt benachbart mit der Gewerbegemeinde Merlau an der Bahnstation Mücke der Linie Grünberg—Alsfeld. Die Planungskonzeption sieht vor, daß Merlau, das durch einen Beschäftigtenüberbesatz im produzierenden Gewerbe gekennzeichnet ist, mit dem nördlich benachbarten Nieder-Ohmen gemeinsam die Funktionen eines Hauptortes für einen Kleinraum übernimmt. Es erscheint bei dieser Planung geboten, Flensungen in der dann etwa vier Kilometer langen Achse mit zu berücksichtigen.

Nieder-Ohmen ist als Standort für eine Mittelpunktsschule vorgesehen. Während für Flensungen wachsende Einwohner- und Einpendlerzahlen festgestellt werden können, sind beide Zahlen in Nieder-Ohmen rückläufig.

In enger Nachbarschaft zu Alsfeld liegt Romrod, dessen Einzugsbereiche mit Ausnahme des des Handwerks von den entsprechenden Bereichen Alsfelds überdeckt werden. Auch Romrod soll eine Mittelpunktsschule erhalten.

An der östlichen Begrenzung des Kreises liegt die fast 1 000 Einwohner zählende Mittelpunktsgemeinde Grebenau an der eingleisigen Bahnlinie Alsfeld—Hersfeld. Die Bevölkerungszahl stagnierte über lange Zeiträume. Eine Zunahme um ein Drittel war die Folge der Zuwanderung von Vertriebenen, deren Zahl jedoch bald wieder abnahm. 1961 gab es noch 200 Einwohner dieses Personenkreises in der Gemeinde. Der agrare Charakter der Erwerbs- und Beschäftigtenstruktur des Ortes wird durch die 174 in der Land- und Forstwirtschaft Beschäftigten angedeutet. 41 vH sind in der gewerblichen Produktion und 22 vH in tertiären Berufen tätig. Die Beziehungswerte zur Wohnbevölkerung betragen für den sekundären 21 vH und für den tertiären Sektor 12 vH. Diese Werte weisen auf eine Umlandbedeutung Grebenaus hin. In der Gemeinde befinden sich keine Verwaltungen oder bedeutende Institutionen mit zentralörtlichen Aufgaben. Es darf folglich auf eine Bedeutung des privaten Dienstleistungsbereiches geschlossen werden. Die Ergebnisse der Umlandbegrenzung für bestimmte zentrale Funktionen bestätigen diese Annahme für das Handwerk, den Einzelhandel und für Ärzte. Die Nähe von Alsfeld und Schlitz und auch Lauterbach schränken die Einflußzone Grebenaus sehr ein, was unter anderem auch in der starken Überlappung der Einzugsbereiche zum Ausdruck kommt. Die Planung sieht Grebenau als Mittelpunktsgemeinde vor und weist ihr einen sechs Gemeinden umfassenden Kleinraum zu.

Der Ausbau zentraler Einrichtungen niederen Ranges bleibt zu wünschen, um den Ort für die Umlandbevölkerung attraktiver zu gestalten. Die Chancen für den Fremdenverkehr, die sich aus der schönen landschaftlichen Lage, den guten Wandermöglichkeiten im bewaldeten hügeligen Gelände mit Böschungswinkel über 20° in den Nebentälern ergeben, sind nicht ausreichend genutzt. Der Plan sieht den Ausbau zum Luftkurort und zur Gewerbegemeinde vor. Grebenau nimmt eine feste Position im Netz der Mittelpunktsgemeinden ein.

Innerhalb dieses Netzes können im Landkreis Alsfeld noch weitere fünf Gemeinden mit einem Ansatz für zentrale Bedeutung ausgewiesen werden. Sie gehören der vierten Zentralitätsstufe an.

Zu ihnen gehört die südöstliche Nachbargemeinde Hombergs Nieder-Gemünden, für die nur ein Einflußbereich nachgewiesen werden kann. Die Bevölkerungs- und Einpendlerzahlen sind rückläufig. Die Gemeinde soll mit dem benachbarten Burg-Gemünden entsprechend der Planung Mittelpunktsgemeinde werden. Der Ausbau zentraler Einrichtungen soll durch eine vorgesehene Mittelpunktsschule gefördert werden.

Eine weitere Mittelpunktsschule ist für das im nördlichen Teil des Landkreises gelegene Kirtorf vorgesehen. Kirtorf hat keine überdurchschnittlichen Beschäftigtenzahlen in den zentralen Bereichen, aber Einzugsbereiche für den Einzelhandel, für Ärzte, Apotheke und Handwerk.

Die Alsfelder Nachbargemeinde Liederbach beschäftigt zahlreiche Industriearbeiter. Der überdurchschnittliche Besatz im tertiären Sektor scheint durch drei Beherbergungsbetriebe hervorgerufen zu sein, die dem Fremdenverkehr über 150 Betten zur Verfügung stellen. Dementsprechend konnte für Liederbach von den fünf untersuchten Einzugsbereichen nur der Einzugsbereich für Einpendler nachgewiesen werden. Die Zahl der Einpendler hat sich seit 1950 um das Dreifache erhöht.

An der Grenze zum Kreis Lauterbach liegen die Mittelpunktsgemeinden der vierten Stufe Brauerschwend und Storndorf. Beide werden durch Einflußbereiche für drei der ausgewählten Funktionen ausgezeichnet.

Obwohl in Zell der Beschäftigtenbesatz im Handel erheblich über dem Durchschnitt liegt, konnten in der Gemeinde keine sonstigen Zentralitätsmerkmale festgestellt werden. Nur ein sehr kleiner Handwerkseinzugsbereich ist vorhanden.

342 Die Mittelpunktsgemeinden im Landkreis Lauterbach

Eine ähnliche Ergänzungsfunktion wie Homberg für Alsfeld übt der zentrale Ort Schlitz für die Kreisstadt Lauterbach aus, doch weisen die Umlandbeziehungen von Schlitz eine stärkere Intensität auf, die historisch durch den traditionellen Mittelpunkt der Grafschaft Schlitz bedingt ist.

Diesen zentralen Orten sind vier Mittelpunktsgemeinden dritter Zentralitätsstufe im Landkreis Lauterbach zugeordnet worden. An erster Stelle ist der fast 1 000 Einwohner zählende Ort Grebenhain zu nennen. Er liegt an der Bahnlinie und der Bundesstraße, die von Lauterbach nach Gedern südlich um

den Vogelsberg herumführen und den südlichen Teil des Landkreises Lauterbach erschließen. Die Bedingungen für die Landwirtschaft im Umland sind ungünstig. Die Ertragsmeßzahlen für Acker- und Grünland sind besonders in westlicher Richtung zum Vogelsberg niedrig. Sie liegen unter 35. Um so besser sind die Bedingungen für den Fremdenverkehr in diesem Gebiet. Diese Tatsache wird auch von der Landesplanung Hessens herausgestellt, die Grebenhain zu den Gemeinden im Landkreis Lauterbach zählt, die eine „Eignung für primäre Kur und Erholung“[69]) aufweisen. Grebenhain soll demnach auch die Funktion eines Erholungsortes bekommen.

Die Entwicklung der Bevölkerungszahl zeigt nach einem Aufschwung nach dem letzten Krieg eine stete Abnahme. Sie gleicht darin der oben behandelten Gemeinde Grebenau und zeigt die in dieser Gemeindegrößenklasse typische Bevölkerungsentwicklung.

Obwohl 31 vH der am Ort Arbeitenden in der Land- und Forstwirtschaft tätig sind, ergeben die Beschäftigtenzahlen im produzierenden Gewerbe und im tertiären Sektor in Beziehung zur Einwohnerzahl überdurchschnittliche Werte. Die Gemeinde hat eine positive Pendlerbilanz und weist neben einem Pendlereinzugsbereich kleine Bereiche der vom Handwerk, von Ärzten und vom Einzelhandel ausgeübten zentralörtlichen Funktionen auf. Die Gemeinde Grebenhain wird von der Planung nach Lauterbach und Schlitz als dritter Hauptort des Landkreises ausgewiesen.

Nächst dieser Gemeinde weist Freiensteinau im Süden des Landkreises die meisten Zentralitätsmerkmale und eine positive Entwicklung auf, was durch vier funktionale Einzugsbereiche, überdurchschnittliche Beschäftigtenzahlen in den zentralen Wirtschaftsbereichen, Bevölkerungsanstieg und ein starkes Anwachsen der Einpendlerzahlen bewiesen werden kann. Freiensteinau besitzt jedoch keinen Bahnanschluß.

Die beiden typischen hessischen Zwergstädte Ulrichstein und Herbstein sind der dritten Zentralitätsstufe zuzurechnen. Die zentralen Einrichtungen dieser beiden Mittelpunktsgemeinden werden vom Fremdenverkehr genutzt. Namentlich Ulrichstein, das im Zentrum des Vogelsberges liegt, hatte eine rasante Entwicklung des Fremdenverkehrs zu verzeichnen. Während für das Berichtsjahr 1953/54 auf 100 Einwohner 255 Übernachtungen entfielen, waren es 1959/60 schon 729 und 1962/63 sogar 2 393 Übernachtungen. Die letzte Quote entspricht einer Übernachtungszahl von 21 000.

Auch in der Berichtsgemeinde Herbstein wächst die Bedeutung des Fremdenverkehrs, allerdings nicht in so starkem Ausmaß. Hier betrugen die Fremdenübernachtungen 1953/54 je 100 Einwohner 117, im Jahre 1959/60 waren es 268 und 1962/63 schon 501 Übernachtungen je 100 Einwohner.

[69]) Der Hessische Minister des Innern – Landesplanung –: Vorläufiger Raumordnungsplan für das Land Hessen. Region Vogesberg/Oberhessen. Wiesbaden 1957.

Noch bedeutender ist der Fremdenverkehr für den zwischen Grebenhain und Herbstein gelegenen Luftkurort Ilbeshausen, der 1962/63 über 23 400 Übernachtungen zählte, was 2 341 Übernachtungen je 100 Einwohner ausmacht. Die Entwicklung des Fremdenverkehrs war hier ähnlich stürmisch wie in Ulrichstein.

Es wird festgestellt, daß die Zentralität Ulrichsteins und Herbsteins durch den Fremdenverkehr mitbestimmt wird, dagegen beruht die Zentralität des Luftkurortes Ilbeshausen ausschließlich auf seinem Fremdenverkehr. Die Bedeutung von Ilbeshausen ist für das nähere Umland gering.

343 Die Mittelpunktsgemeinden im Landkreis Gießen

In der unmittelbaren Einflußzone Gießens konnten sich nur die beiden Gemeinden Reiskirchen und Großen-Buseck neben den schon ausgewiesenen zentralen Orten erster und zweiter Stufe gemäß der vorgenommenen Definition als Mittelpunktsgemeinden qualifizieren. Großen-Buseck besitzt Einzugsbereiche für drei der ausgewählten Funktionen, während Reiskirchen nur zwei besitzt. Dagegen ist der tertiäre Sektor, speziell der Handel, in Reiskirchen mit einer etwas über dem Durchschnitt liegenden Beschäftigtenzahl vertreten. In Reiskirchen existiert eine Mittelpunktsschule. Obwohl die Einpendlerzahlen der Gemeinden zugenommen haben, überwiegen doch die Auspendler nach Gießen.

An der nördlichen Landkreisgrenze liegen die beiden Mittelpunktsgemeinden Allendorf und Londorf, die nach der hier angewandten Methode den Stufen 4 beziehungsweise 3 zugeordnet sind, und die nach der Landesplanungskonzeption zusammen die Funktion eines Hauptortes übernehmen sollen. An zentralen Einrichtungen ist für Allendorf die Realschule mit einem großen Einzugsbereich, der bis nach Grünberg reicht, hervorzuheben, und für Londorf ist ein Altenpflegeheim erwähnenswert.

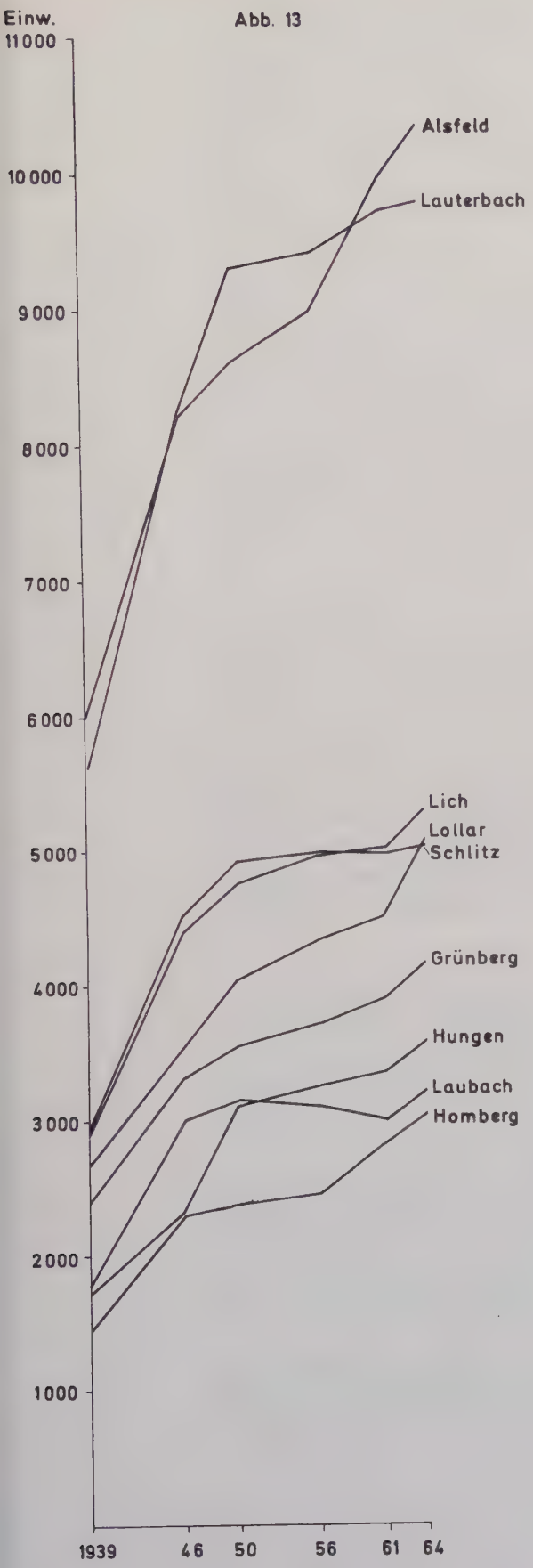
344 Der Wandel in den zentralen Siedlungen

Die Entwicklung in den vorgefundenen zentralen Orten seit 1950 war positiv.

Sowohl die Einwohnerzahlen als auch die Beschäftigtenzahlen im Bereich der sekundären und tertiären Wirtschaftszweige haben teilweise stark zugenommen. Die Anzahl nichtlandwirtschaftlicher Arbeitsstätten und auch die der Einpendler sind gewachsen. Eine relative Abnahme ist bei den Beschäftigten der Landwirtschaft zu verzeichnen.

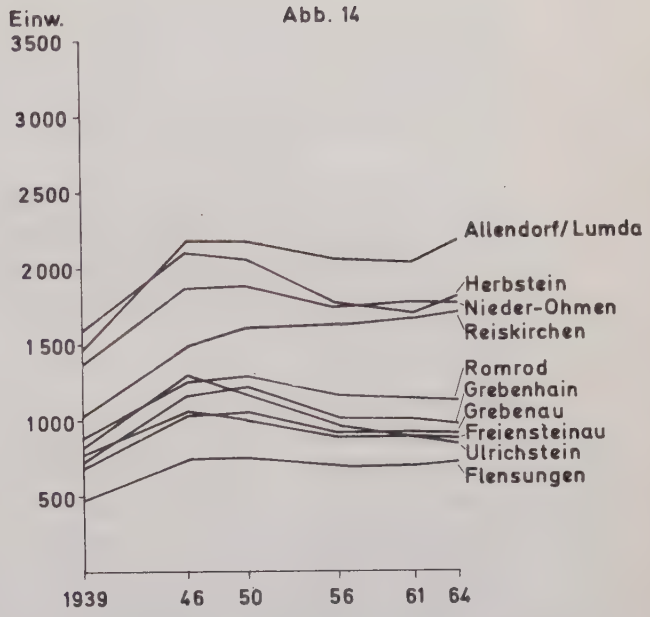
Die Bevölkerungsentwicklung 1939–1964 der Gemeinden mit zentraler Bedeutung

Abb. 13



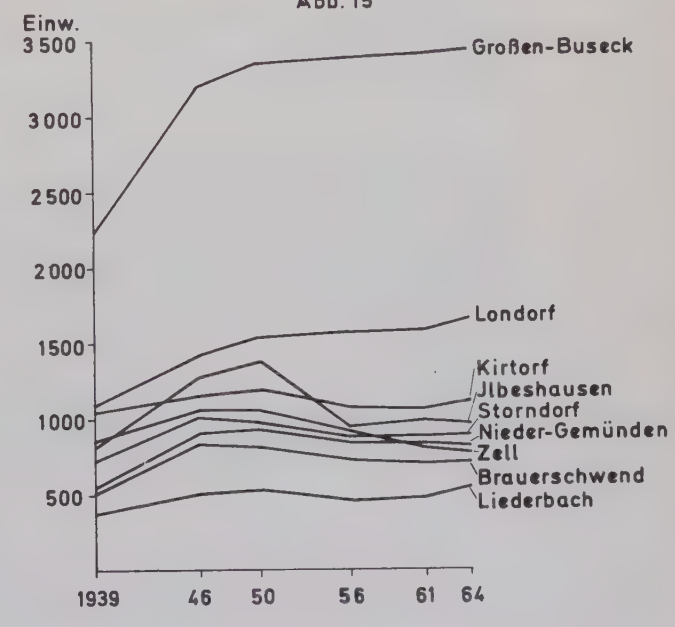
Zentrale Orte 1. und 2. Stufe

Abb. 14



Zentrale Orte (Mittelpunktgemeinden) 3. Stufe

Abb. 15



Zentrale Orte (Mittelpunktgemeinden) 4. Stufe

Entwurf: G. Mielitz

Im Zeitraum 1939 bis 1950 ist das Bevölkerungswachstum ganz besonders augenfällig. Während im anschließenden Zeitraum in der überwiegenden Zahl der kleineren Gemeinden, davon ausgenommen sind die Umlandgemeinden Gießens, eine Abwanderung einsetzte, nahmen die Bevölkerungszahlen der zentralen Orte des Untersuchungsgebietes weiter zu. Nur Lauterbach und Schlitz hatten 1950 bis 1961 geringfügige Abnahmen zu verzeichnen, die heute schon wieder ausgeglichen sind (Abb. 13–15, S. 77, Tab. 11, S. 58). Im Landkreis Gießen haben außer den ausgewiesenen zentralen Orten 18 Gemeinden eine ständige Zunahme aufzuweisen, in den Kreisen Alsfeld und Lauterbach dagegen nur je eine außer den zentralen Orten. Während im Kreis Gießen nur ein Viertel aller Gemeinden seit 1950 stetig abnimmt, sind es mehr als die Hälfte aller Gemeinden in den beiden anderen Kreisen (Abb. 18). Durch diese Tatsache wird besonders die Bedeutung der vier zentralen Orte als Kristallisationskerne in diesen beiden Landkreisen unterstrichen.

Die von der Landesplanung 1957 auf der Basis der Vorausberechnungen des Statistischen Bundesamtes für die Bundesrepublik Deutschland über die natürliche Bevölkerungsentwicklung bis zum Jahre 1971 errechneten Richtwerte für die Bevölkerungsverteilung in den Landkreisen sind in den Kreisen Alsfeld und Lauterbach trotz der Tendenz zur starken Abnahme gehalten worden. Im Kreis Alsfeld beträgt der Richtwert 55 590 Einwohner und die Wohnbevölkerung beträgt 55 746, im Kreis Lauterbach sind die entsprechenden Werte 44 460 und 44 408 Einwohner. Die erwartete Abweichung von — 11 vH beziehungsweise — 12 vH, die bei Fortsetzung der Bevölkerungsentwicklung der ersten fünfziger Jahre in diesen Landkreisen 1971 aufgetreten wäre, ist bis heute aufgefangen worden. Einen großen Anteil an dieser günstigen Entwicklung hatten die zentralen Orte. Im Landkreis Gießen ist die gewünschte Bevölkerungsentwicklung um 7 vH überschritten worden, obwohl eine negative Abweichung um 7 vH erwartet werden mußte. Dieser Anstieg erfolgte auf Kosten der Einwohnerzahl der Stadt Gießen, die 1964 mit 71 000 Einwohnern erheblich unter dem für 1971 vorgesehenen Wert von 80 000 blieb.

Die Zunahme der Wohngemeinden im Kreis Gießen von 12 im Jahre 1950 auf 44 im Jahre 1961 verdeutlicht diese Entwicklung. In den Kreisen Alsfeld und Lauterbach, wo es 1950 keine Wohngemeinden gab, sind 1961 9 beziehungsweise 2 zu verzeichnen, von denen sich 5 im näheren Umland Alsfelds befinden.

In der Entwicklung der Berufseinpendlerzahlen zwischen 1950 und 1961 steht der zentrale Ort Homberg mit einer Zunahme von 231 vH an der Spitze. Laubach zeigt eine Zunahme von 96 vH, Hungen von 66 vH, Lauterbach von 60 vH und Alsfeld von 46 vH. Die anderen zentralen Orte haben geringere prozentuale Zunahmen vorzuweisen.

Ein Vergleich der Erwerbsstruktur 1961 (Tab. 12) in den zentralen Orten mit der von 1950 zeigt die Tendenz der prozentualen und auch absoluten Abnahme der land- und forstwirtschaftlichen Erwerbspersonen.

Tab. 12 Entwicklung der Erwerbsstruktur in den zentralen Orten Erwerbspersonen gesamt und in vH zur Gesamtzahl

Gemeinde	Gesamt		Prim. Sektor		Sekund. Sektor		Tert. Sekor	
	1950	1961	1950	1961	1950	1961	1950	1961
Alsfeld	3 585	4 375	5	3	49	42	46	55
Lauterbach	4 004	4 213	7	5	53	50	40	45
Homberg	978	1 179	26	13	43	61	31	26
Schlitz	2 158	2 227	18	10	58	60	24	30
Grünberg	1 515	1 701	21	10	41	46	38	44
Laubach	1 265	1 177	26	15	39	42	35	43
Hungen	1 262	1 498	17	10	40	51	43	39
Lich	2 096	2 288	20	10	43	51	37	39
Lollar	1 689	2 098	9	3	61	66	30	31

Quelle: Hessische Gemeindestatistik 1960/61, Heft 1.

Die Erwerbspersonen in den sekundären Wirtschaftsabteilungen haben in den zentralen Orten mit Ausnahme von Lauterbach zugenommen. Das starke Wachstum des Anteils der tertiären Berufe in den Kreisstädten Alsfeld und Lauterbach wird im Untersuchungsgebiet nur noch von Grünberg und Schlitz erreicht.

Diesen positiven Kriterien dürfen die im Verlauf der Untersuchung gewonnenen, aber nicht in Zahlen faßbaren Eindrücke des Verfassers hinzugefügt werden. Daraus kann ein im ganzen optimistisches Bild der Entwicklung in den vorgefundenen zentralen Orten gezeichnet werden.

35 Schlußfolgerung und Zusammenfassung

351 Vergleich der Ergebnisse mit der Landesplanungskonzeption

Der hier vorgenommene Nachweis von zentralen Orten hatte zwar nicht die Aufgabe, die Auffassungen der hessischen Landesplanung von 1957 über die Festlegung von Haupt- und Filialhauptorten zu beweisen oder zu korrigieren, jedoch erscheint ein Vergleich zwischen den Planungsauffassungen und den Untersuchungsergebnissen interessant.

Die von der Landesplanung ausgewählten Mittelpunktsgemeinden „können als Standorte für soziale, kulturelle und landwirtschaftliche Einrichtungen geeignet sein, die mehreren Gemeinden gleichzeitig dienen können."[70])

[70]) Der Hessische Minister des Innern – Landesplanung –: Vorläufiger Raumordnungsplan für das Land Hessen, Region Vogelsberg/Oberhessen. Wiesbaden 1957.

Als typische zentrale Einrichtungen für die untergeordneten Filialhauptorte, die in vielen Fällen den von mir in der 3. und 4. Stufe ausgewiesenen Mittelpunktsgemeinden entsprechen, sind genossenschaftliche Einrichtungen der Landwirtschaft, Mittelpunktsschulen, Dorfgemeinschaftshäuser, Altersheime und Schwimmbäder anzusehen.

Im Untersuchungsgebiet befinden sich 12 Hauptorte und 18 Filialhauptorte, für die die hessische Landesplanung auch den Begriff Mittelpunktsgemeinden verwendet. Für 15 der 17 Hauptorte reichte die Ausstattung mit den von mir für die die hessische Landesplanung auch den Begriff Mittelpunktsgemeinden den (6) zu bestätigen.

Nicht erfaßt wurden die Gemeinden Lang-Göns, südlich von Gießen, und Merlau, die nur einen beziehungsweise zwei kleine Einzugsbereiche und keinen überdurchschnittlichen Beschäftigtenbesatz in den zentralen Arbeitsstätten besitzen.

352 Zur Frage der Förderung von nachgewiesenen Zentralitätsansätzen

Die Frage der Entwicklung und Förderung von zentralen Orten im Untersuchungsgebiet steht in engem Zusammenhang mit den Möglichkeiten der Gewerbeansiedlung im ländlichen Raum, auf deren Problematik ALBERT[71]) eingeht. Die grundsätzliche Bedeutung einer klaren Konzeption der Landesplanung in der Frage der Förderung von Mittelpunktsgemeinden ist hervorzuheben. Hierzu unterstreicht HÜBLER[72]) die Notwendigkeit, zentrale Orte niederster Ordnung zu bestimmen. Das liegt im Interesse privater Investitionsträger und ist erforderlich für die praktische Arbeit der Gemeinden, Kreise und Fachplanungsbehörden. Hierdurch wäre auch den aus der Landwirtschaft Ausscheidenden die Möglichkeit gegeben, sich über die künftigen Ausbildungs- und Berufsmöglichkeiten zu informieren. Eine Festlegung solcher Mittelpunktsgemeinden, wie sie von der hessischen Landesregierung vorgenommen worden ist, müßte für die Bundesrepublik nach einheitlichen Gesichtspunkten vorgenommen werden. ISBARY[73]) stellt für den Landkreis Alsfeld die Kreisstadt als Mittelzentrum heraus und mißt ihr einen Versorgungsbereich für 10 000 bis 20 000 Einwohner zu. Das gleiche gilt für die Kreisstadt Lauterbach. Der Landkreis Gießen besitzt nach dieser Auffassung 13 Gemeinden mit einem kleinen Bereich von 4 000 bis 10 000 Einwohnern, unter denen sich alle in meiner Untersuchung festgestellten zentralen Orte und Mittelpunktsgemeinden dieses Landkreises befinden.

[71]) ALBERT, Wolfgang, Voraussetzungen für die Entwicklung neuer Industriestandorte. In: Informationen 1964, Heft 19.
[72]) HÜBLER, Karl-H., Zur Frage der zentralen Orte im ländlichen Raum. In: Informationen 1965, Heft 1.
[73]) ISBARY, Gerhard, Zentrale Orte und Versorgungsnahbereiche 1965. Veröffentlichtes Gutachten.

In einem Vergleich der Resultate der unter Anwendung unterschiedlicher Methoden vorgenommenen Erfassungsversuche von zentralen Siedlungen und von Versorgungs- oder Einflußbereichen zeigen sich bei den zentralen Orten der höheren Stufen übereinstimmende oder zumindest angenäherte Auffassungen. Für die zentralen Siedlungen der niederen Stufen ergeben sich einige voneinander abweichende Auffassungen.

Wie die unterschiedliche Ausbildung der Einflußbereiche zeigt, wird die konkrete Begrenzung eines allgemeingültigen Nahversorgungsbereiches einer zentralen Siedlung problematisch bleiben. Setzen wir für Alsfeld den von ISBARY gefundenen Maximalwert von 20 000 Einwohnern und für Homberg den Minimalwert von 10 000 Einwohnern fest, würden zur Versorgung der restlichen 26 000 Einwohner des Landkreises 6 weitere Mittelpunktsgemeinden mit Bereichen von 4 000 bis 5 000 Einwohnern ausreichen. Für den Landkreis Lauterbach würden neben der Kreisstadt und Schlitz 4 kleine Mittelpunktsgemeinden ausreichend sein.

Eine ähnliche vage Berechnung für den Landkreis Gießen anstellen zu wollen, hieße das beherrschende Zentrum der Stadt Gießen in seinen Auswirkungen auf das Umland erfaßt zu haben. ISBARY stuft den Versorgungsnahbereich Gießens in die zweite seiner vier Größenordnungsstufen ein, die zwischen 20 000 und 100 000 Einwohnern schwankt. Diese große Schwankungsbreite und die Tatsache, daß der Westen des Untersuchungsgebietes nur einen Teil des Gießener Einflußbereiches ausmacht, ergibt eine zu ungenaue Berechnungsgrundlage, um einen zahlenmäßigen Vergleich zu gestatten.

353 Zusammengefaßtes Untersuchungsergebnis

Als Ergebnis vorliegender Untersuchung kann für die nachgewiesenen zentralen Orte festgehalten werden:

Alsfeld besitzt als Kreisstadt zentrale Einrichtungen hohen Ranges. Es übt für ein großes Umland, das aber im ganzen kleiner als das Kreisgebiet ist, zentrale Funktionen aus. Die zentrale Bedeutung der Stadt ist, unterstützt durch die Aufnahme in das Zentrale-Orte-Programm, in den letzten Jahren noch gewachsen. Die Stadt zeigt eine positive Entwicklung, der die Unterstützung noch nicht entzogen werden sollte.

Lauterbach besitzt die Verwaltungsfunktionen einer Kreisstadt und stellt auch in kultureller Hinsicht den Mittelpunkt seines Landkreises dar. Die Stadt zeigt auf wirtschaftlichem Gebiet eine gute Entwicklung. Die zentrale Bedeutung hat nach 1945 zugenommen, was sich nicht in einem größeren Einflußbereich niederschlägt, sondern durch größere Intensität der Beeinflussung ausdrückt. Lauterbach läßt auch künftig eine günstige Entwicklung erwarten. Der zen-

trale Ort ist ausbaufähig und sollte, im Zonenrandgebiet gelegen, entsprechend seiner Möglichkeiten gefördert werden.

Schlitz zeigt sich als zentraler Ort mit historisch bedingtem, fest umrissenen Einzugsbereich. Seine Stellung als zentraler Ort und als zweites Gewerbezentrum des Landkreises Lauterbach scheint gefestigt zu sein. Eine weitere, allerdings langsame, positive Entwicklung kann angenommen werden. Eine Förderung des traditionellen Fremdenverkehrs würde dazu beitragen.

Homberg hat eine rasante Wirtschaftsentwicklung erfahren. Damit ist auch seine Bedeutung als zentraler Ort gestiegen. Der Ausbau der zentralen Einrichtungen für das ländliche Umland sollte in der Gemeinde intensiviert werden.

Grünberg ist wie Schlitz und Homberg im Untersuchungsgebiet als zentraler Ort der 2. Stufe anzusehen, besitzt aber im Landkreis Gießen die höchste zentrale Bedeutung aller Gemeinden. Die Stadt verfügt über ausreichende Einrichtungen zur Versorgung ihres Umlandes mit zentralen Gütern und Diensten. Grünberg weist ein in hohem Maße eigenständiges Einflußgebiet auf. Die Stadt ist in ihrer Zentralität gefestigt.

Laubach, Hungen und Lich bieten sich als entwicklungsfähige zentrale Orte, nicht weiter als acht Kilometer voneinander entfernt, in der südlichen Hälfte des Landkreises Gießen an. Sie unterscheiden sich in Entwicklung und Struktur. Während Hungen und Lich nur je eine Realschule haben, besitzt Laubach außerdem noch ein Gymnasium. Lich hat dagegen durch eine größere Zahl von Industriebeschäftigten eine höhere gewerbliche Bedeutung als Hungen und Laubach. Der Förderung der zentralen Bedeutung dieser Orte muß Beachtung geschenkt werden. Eine Stärkung der Zentralität, des produzierenden Gewerbes und des Fremdenverkehrs kann der zunehmenden Beeinflussung durch die Stadt Gießen in diesem Teil des Kreises entgegenwirken. Den Beweis für die förderungswürdigen Ansatzpunkte heutiger zentraler Bedeutung erbringen die funktionalen Einzugsbereiche.

Lollar ist in erster Linie Industriegemeinde. Gießen benachbart, hat Lollar aber nicht nur einen Einzugsbereich für Pendler, sondern auch für andere zentale Einrichtungen aufzuweisen. Lollars zentrale Bedeutung gibt der Gemeinde den Charakter eines vorgeschobenen Postens von Gießen. Für die Verteilung der zentralen Orte im engeren Umland des nördlichen Vogelsberges ist Lollar ohne wesentlichen Einfluß.

Diese Untersuchung kann nicht abgeschlossen werden, ohne die Bedeutung und Förderungswürdigkeit der ländlichen Mittelpunktsgemeinden hervorzuheben.

Ein qualitativ und quantitativ ausreichendes Angebot an Gütern und Dienstleistungen auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens in zumutbarer Entfernung kann zur Steigerung des Lebensstandards der Landbevölkerung und zur Gesundung der agraren Gebiete beitragen.

Ein Erfolg bei der Förderung und Planung von zentralen Orten in schwach strukturierten Gebieten wäre ein Schritt zur Erlangung eines harmonischen ausgeglichenen Raumes.

Literatur

ALBERT, Wolfgang — Voraussetzungen für die Entwicklung neuer Industriestandorte. In: Informationen 1964, Heft 19.

ARNHOLD, Helmut — Das System der zentralen Orte in Mitteldeutschland. In: Berichte zur Deutschen Landeskunde 1951, S. 353.

BOBEK, Hans — Grundfragen der Stadtgeographie. In: Geographischer Anzeiger 1927, S. 216.

ders. — Über einige funktionelle Stadttypen und ihre Beziehungen zum Lande. In: Comptes rendus du Congrès International de Géograpie, Amsterdam 1938. Leiden 1938, Bd. II, Sect. IIIa, S. 88.

BOESLER, Klaus-Achim — Zum Problem der quantitativen Erfassung städtischer Funktionen. In: Proceedings of the IGU Symposium in Urban Geography. Lund 1960, S. 145.

ders. — Die städtischen Funktionen. Dissertation FU Berlin 1960.

ders. — Kulturlandschaftswandel durch raumwirksame Staatstätigkeit. Habilitation FU Berlin 1966.

BOUSTEDT, Olaf — Die Stadtregionen in der Bundesrepublik Deutschland. In: Forschungs- und Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Bd. XIV. Bremen-Horn 1960.

ders. — Die zentralen Orte und ihre Einzugsbereiche. In: Proceedings of the IGU Symp. in Urban Geography. Lund 1960.

BRACEY, H. E. — English Central Villages. Identification, Distributions and Functions. In: Proceedings of the IGU Symp. in Urban Geography. Lund 1960, S. 170.

CAROL, Hans — Industrie und Siedlungsplanung. In: Planung 1951, S. 199.

CHRISTALLER, Walter — Rapports fonctionels entre les agglomérations urbaines et les campagnes. In: Comptes rendus du Congrès International de Géographie, Amsterdam 1938, T. II, Sect. IIIa, Leiden 1938, S. 123.

ders.	Die zentralen Orte in Süddeutschland. Jena 1934.
ders.	Das Grundgerüst der räumlichen Ordnung in Europa. In: Frankfurter Geographische Hefte 1950, Heft 1.
ders.	Die Hierarchie der Städte. In: Proceedings of the IGU Symp. in Urban Geography. Lund 1960, S. 10.
DITTRICH, Erich	Das Stadt-Umland-Verhältnis in seiner planerischen Problematik. In: Raumforschung und Raumordnung 1956, Heft 2/3, S. 65.
ders.	Das Leitbild und seine Problematik. In: Raumforschung — 25 Jahre Raumforschung in Deutschland. Bremen 1960, S. 107.
DÖRRIES, Hans	Der gegenwärtige Stand der Geographie. In: Petermanns Mitteilungen, Ergänzungsheft 209, S. 314.
EMING, Franz	Die Arbeitskräftereserven landwirtschaftlicher Kleinbetriebe in ertragsarmen Lagen Hessens. Dissertation. Gießen 1958.
ERNST, Eugen	Neue Strukturwandlungen in der hessischen Agrar- und Siedlungslandschaft. In: Berichte zur Deutschen Landeskunde 1962, S. 235.
ERNST, W.	Stadtplanung, Raumordnung und der Bund. In: Stadtplanung, Landesplanung, Raumordnung. Köln und Opladen 1962. S. 113.
FISCHER, Heinz	Struktur und zentralörtliche Funktionen der Stuttgarter Vororte. In: Berichte zur Deutschen Landeskunde 1962, S. 1
FOURASTIÉ, Jean	Die große Hoffnung des zwanzigsten Jahrhunderts. Köln 1954.
FRANKE, August	Die Mittelpunktschule und der zentrale Ort. In: Der Gemeindetag 1966, S. 64.
GORKI, Hans-Friedrich	Zentrale Orte in Lippe. In: Heimatland Lippe, Zeitschrift des Lippischen Heimatbundes, 3. Sonderheft 1966.
GUNKEL, Friedrich	Koordinierung der Fachplanungen. In: Bauaufgaben bei der Dorferneuerung, 1. Sonderheft der Zeitschr. Bauen auf dem Lande, S. 34.

HERBER, Fritz — Zur Rechtslage der Landesplanung in Hessen. In: Raumforschung und Raumordnung 1958, S. 152.

Der Hessische Ministerpräsident — Der Große Hessenplan. In: Schriften zum Großen Hessenplan. Wiesbaden 1965, Heft 1, S. 19.

Der Hessische Minister des Innern — Landesplanung — — Vorläufiger Raumordnungsplan für das Land Hessen. Wiesbaden 1957, S. 3.

HOTTES, Karlheinz — Die zentralen Orte im Oberbergischen Lande. In: Forschungen zur deutschen Landeskunde. Remagen 1954, Band 69.

HÜBLER, Karl — Warum Dorferneuerung? In: Bauaufgaben bei der Dorferneuerung, 1. Sonderheft der Zeitschr. Bauen auf dem Lande, S. 5.

ders. — Zur Frage der zentralen Orte im ländlichen Raum. In: Informationen 1965, Heft 1.

HUTTENLOCHER, Friedrich — Funktionale Siedlungstypen. In: Berichte zur Deutschen Landeskunde 1949/50, S. 76.

ISARD, W. — Some empirical results and problems of regional input-output analysis. New York, Oxford 1953.

ISBARY, Gerhard — Zentrale Orte und Versorgungsnahbereiche. In: Mitteilungen aus dem Institut für Raumforschung. Bad Godesberg 1965.

ISENBERG, Gerhard — Tragfähigkeit und Wirtschaftsstruktur. In: Veröffentlichungen der Akademie für Raumforsch. und Landesplanung. Bremen-Horn 1953.

KANNENBERG, Ernst-Günter — Zur Methodik der Ermittlung von zentralen Orten und von Beurteilungsgrundlagen f. Förderungsmaßnahmen In: Informationen 1965, S. 393.

KEYSER, Erich — Hessisches Städtebuch. Stuttgart 1957.

KLÖPPER, Rudolf — Entstehung, Lage und Verteilung der zentralen Siedlungen in Niedersachsen. In: Forschungen zur Deutschen Landeskunde, 1952, Band 71.

ders. — Der Einzugsbereich einer Kreisstadt. In: Raumforschung und Raumordnung 1953, Heft 2, S. 73.

ders.	Das Netz der zentralen Siedlungen in Niedersachsen. In: Deutscher Geographentag Frankfurt/M. 1951, Remagen 1952. Tagungsber. u. wissenschaftl. Abh., S. 165.
ders.	Die deutsche geographische Stadt-Umland-Forschung, Entwicklung und Erfahrungen. In: Raumforschung und Raumordnung 1956, S. 92.
ders.	Der geographische Stadtbegriff. In: Geographisches Taschenbuch 1956/57, S. 453.
KÖRBER, Jürgen	Die zentralörtlichen Bereiche im Raum zwischen dem Rhein und dem Saarland. In: Berichte zur Deutschen Landeskunde 1960, S. 69.
KRATZ, Georg	Die Frage der Einbeziehung des Kreises Alsfeld in das Sanierungsprogramm des Bundes für wirtschaftlich zurückgebliebene Gebiete. In: Mitteilungen des Geschichts- und Altertumsvereins der Stadt Alsfeld, 1955—1961, S. 153.
KRAUS, Theodor	Individuelle Länderkunde und räumliche Ordnung. In: Erdkundliches Wissen 1960, Heft 7.
KRONER, Günter	Die zentralen Orte in Wissenschaft und Raumordnungspolitik. In: Informationen 1964, S. 450.
ders.	Der zentrale Ort Alsfeld. In: Informationen 1963, S. 519.
KÜHN, Arthur	Die „mittlere Zukunft" in der Raumforschung. In: Raumforschung, Hannover 1960, S. 117.
ders.	Geographie, Angewandte Geographie und Raumforschung. In: Die Erde, 1962.
KÜTTNER, Herbert	Die Rolle zentraler Orte in der regionalen Entwicklung. In: Forschung und Planung in ländlichen Entwicklungsgebieten, 1963, S. 47.
ders.	Materialien zur regionalen Wirtschaftsentwicklung in Mittelgebirgslagen der Bundesrepublik Deutschland — Rhön — Vogelsberg. Bonn 1965.
LEHMANN, Heinz	Die zentralen Orte und ihre kartographische Darstellung als Problem der Raumforschung und Landesplanung. In: Deutscher Geographentag Frankfurt/M. 1951, Remagen 1952. Tagungsbericht und wissenschaftliche Abhandl., S. 155.
LENORT, Norbert J.	Strukturforschung und Gemeindeplanung. Köln und Opladen 1960.

ders.	Entwicklungsplanung in Stadtregionen. Köln und Opladen 1961.
LINDE, H.	Grundfragen der Gemeindetypisierung. In: Forschungs- und Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung 1952, Band III.
LINDSTAAHL, Sigvard	A Plan for Investigation of Central Places in Agricultural Communities. In: Proceedings of the IGU Symp. in Urban Geography. Lund 1960, S. 285.
LÖSCH, August	Die räumliche Ordnung der Wirtschaft. Jena 1944.
MEYNEN / SCHMITHÜSEN	Handbuch der naturräumlichen Gliederung Deutschlands. Remagen 1953—59.
MEYNEN, E. / HOFFMANN, F.	Methoden zur Abgrenzung von Stadt und Umland. In: Geographisches Taschenbuch 1954/55, S. 418.
MEYNEN, E./ KLÖPPER, R. / KÖRBER, J.	Rheinland-Pfalz in seiner Gliederung nach zentralörtlichen Bereichen. In: Forschungen zur Deutschen Landeskunde, 1957, Band 100.
MILDNER, Kurt	Fragen der Industrieförderung und der Industrieansiedlung im Landkreis Alsfeld. In: Zeitschrift Kommunalwirtschaft 1956, S. 105.
MORRILL, Richard L.	Simulation of Central Place Patterns over Time. In: Proceedings of the IGU Symp. in Urban Geography. Lund 1960, S. 109.
MÜLLER, Georg und andere	Die wirtschaftliche Entwicklung in den Fördergebieten des Bundes. Band 2, Nordhessen. In: Mitteilungen aus dem Institut für Raumforschung, Heft 53.
MÜLLER, Georg	Grundlagen für eine Neuabgrenzung der Fördergebiete. In: Raumforschung und Raumordnung 1958, S. 15.
MÜLLER-IBOLD, Klaus	Die Stadtregion als Raum zentraler Orte. Stuttgart 1962.
NEEF, Ernst	Das Problem der zentralen Orte. In: Petermanns Geographische Mitteilungen 1950, S. 6.
ders.	Die zentralen Orte als Glied der Kulturlandschaft. In: Deutscher Geographentag Frankfurt/M. 1951, Remagen 1952. Tagungsbericht und wissenschaftl. Abh., S. 149.

ders.	Die Veränderlichkeit der zentralen Orte niederen Ranges. In: Proceedings of the IGU Symp. in Urban Geography. Lund 1960, S. 232.
PFEIL, Elisabeth	Großstadtforschung. Bremen-Horn 1950.
ROEWER, Helmut	Linksniederrheinische städtische Siedlungen. In: Forschungen zur Deutschen Landeskunde. Remagen 1954, Band 83.
SAUERMANN, Heinz	Bevölkerung und Berufsstruktur im hessischen Wirtschaftsraum. Frankfurt 1942.
SCHLIER, Otto	Die zentralen Orte des Deutschen Reichs. In: Zeitschrift der Gesellschaft für Erdkunde 1937, S. 161.
SCHÖLLER, Peter	Aufgaben und Probleme der Stadtgeographie. In: Erdkunde 1953, Heft 3.
SCHULTZE, Joachim-Heinrich	Zur Anwendbarkeit der Theorie der zentralen Orte. In: Petermanns Geographische Mitteilungen 1951, S. 106.
ders.	Die Stadt Jena. Untersuchungsergebnisse der Strukturgeographie und Stadtforschung. In: Wissenschaftl. Zeitschr. der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Jg. 1951/52, Heft 3, S. 43.
ders.	Stadtforschung und Stadtplanung. In: Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung. Bremen-Horn 1955, Band 23, 3. Auflage.
SCHWARZ, Gabriele	Allgemeine Siedlungsgeographie. In: Lehrbuch der Allgemeinen Geographie, Berlin 1966. 3. Auflage, S. 366.
STRUNDEN, Thomas M.	Neuabgrenzung der Sanierungsgebiete: Bundesausbaugebiete. In: Informationen 1953, S. 397.
TUOMINEN, O.	Das Einflußgebiet der Stadt Turku im System der Einflußgebiete SW-Finnlands. Helsinki 1949.
ULLMAN, Edward L.	A Theory of Location for Cities. In: Amer. Journal of Sociology, 1941, S. 21.

ULLMAN, Edward L./ DACEY, Michael F. — The Minimum Requirements Approach to the Urban Economic Base. In: Proceedings of the IGU Symp. in Urban Geography. Lund 1960, S. 121.

UMLAUF, J. — Wesen und Organisation der Landesplanung. Essen 1958.

VANHOVE, Norbert D. — Regionale Industrialisierung in den Niederlanden durch Konzentration in Entwicklungskernen. In: Informationen 1963, S. 421.

WEBER, Max — Die Objektivität sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis. In: Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre. Tübingen 1922, S. 146.

WURZBACHER, Gerhard — Leitbilder des gegenwärtigen deutschen Familienlebens. Dortmund 1951.

Statistische Quellen:

Hessisches Statist. Landesamt Wiesbaden — Wirtschaftliche Gemeindetypen 1950 und 1961 und Kennzeichnung der Wirtschaftsstruktur der hessischen Gemeinden am 6. 6. 1961. In: Statistische Berichte des Hessischen Statist. Landesamtes. Juni 1964.

Hessische Gemeindestatistik 1950, Heft 1—4.

Hessische Gemeindestatistik 1960/61, Heft 1—5.

Statistisches Handbuch für das Land Hessen 1964.

Hessen im Wandel der letzten hundert Jahre. In: Hessenkunde des Hessischen Statist. Landesamtes, Bd. III, Wiesbaden 1960.

Hessen unter den Bundesländern. In: Hessenkunde des Hessischen Statist. Landesamtes, Bd. IV, Wiesbaden 1963.

Die hessischen Gemeinden. In: Hessenkunde des Hessischen Statist. Landesamtes, Bd. V, Wiesbaden 1966.

Die Beherbergungskapazität in den hessischen Fremdenverkehrsgemeinden am 1. April 1965. In: Statist. Berichte des Hessischen Statist. Landesamtes, Juni 1965.

Die Wohnbevölkerung der hessischen Gemeinden. In: Statist. Berichte des Hessischen Statist. Landesamtes, April 1965.

Unveröffentlichtes Zahlenmaterial der Gemeindefinanzstatistik.

Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen

Verzeichnis der Krankenhäuser, Fachschulen des Gesundheitswesens und Gesundheitsämter im Lande Hessen, 1965.

Statist. Bundesamt Wiesbaden

Amtliches Gemeindeverzeichnis für die Bundesrepublik Deutschland, Ausgabe 1961.

Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, mehrere Jahrgänge.

Vorausschätzung der Bevölkerung für die Jahre 1964 bis 2000. In: Bevölkerung und Kultur. Reihe 1, Bevölkerungsstand und -entwicklung. Stuttgart und Mainz 1963.

Verzeichnis der Höheren Schulen, Mittelschulen und Sonderschulen in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland, einschließlich Berlin (West). Stuttgart 1960.

ders.	Die zentralen Orte in Süddeutschland. Jena 1934.
ders.	Das Grundgerüst der räumlichen Ordnung in Europa. In: Frankfurter Geographische Hefte 1950, Heft 1.
ders.	Die Hierarchie der Städte. In: Proceedings of the IGU Symp. in Urban Geography. Lund 1960, S. 10.
DITTRICH, Erich	Das Stadt-Umland-Verhältnis in seiner planerischen Problematik. In: Raumforschung und Raumordnung 1956, Heft 2/3, S. 65.
ders.	Das Leitbild und seine Problematik. In: Raumforschung — 25 Jahre Raumforschung in Deutschland. Bremen 1960, S. 107.
DÖRRIES, Hans	Der gegenwärtige Stand der Geographie. In: Petermanns Mitteilungen, Ergänzungsheft 209, S. 314.
EMING, Franz	Die Arbeitskräftereserven landwirtschaftlicher Kleinbetriebe in ertragsarmen Lagen Hessens. Dissertation. Gießen 1958.
ERNST, Eugen	Neue Strukturwandlungen in der hessischen Agrar- und Siedlungslandschaft. In: Berichte zur Deutschen Landeskunde 1962, S. 235.
ERNST, W.	Stadtplanung, Raumordnung und der Bund. In: Stadtplanung, Landesplanung, Raumordnung. Köln und Opladen 1962. S. 113.
FISCHER, Heinz	Struktur und zentralörtliche Funktionen der Stuttgarter Vororte. In: Berichte zur Deutschen Landeskunde 1962, S. 1
FOURASTIÉ, Jean	Die große Hoffnung des zwanzigsten Jahrhunderts. Köln 1954.
FRANKE, August	Die Mittelpunktschule und der zentrale Ort. In: Der Gemeindetag 1966, S. 64.
GORKI, Hans-Friedrich	Zentrale Orte in Lippe. In: Heimatland Lippe, Zeitschrift des Lippischen Heimatbundes, 3. Sonderheft 1966.
GUNKEL, Friedrich	Koordinierung der Fachplanungen. In: Bauaufgaben bei der Dorferneuerung, 1. Sonderheft der Zeitschr. Bauen auf dem Lande, S. 34.

HERBER, Fritz — Zur Rechtslage der Landesplanung in Hessen. In: Raumforschung und Raumordnung 1958, S. 152.

Der Hessische Ministerpräsident — Der Große Hessenplan. In: Schriften zum Großen Hessenplan. Wiesbaden 1965, Heft 1, S. 19.

Der Hessische Minister des Innern — Landesplanung — — Vorläufiger Raumordnungsplan für das Land Hessen. Wiesbaden 1957, S. 3.

HOTTES, Karlheinz — Die zentralen Orte im Oberbergischen Lande. In: Forschungen zur deutschen Landeskunde. Remagen 1954, Band 69.

HÜBLER, Karl — Warum Dorferneuerung? In: Bauaufgaben bei der Dorferneuerung, 1. Sonderheft der Zeitschr. Bauen auf dem Lande, S. 5.

ders. — Zur Frage der zentralen Orte im ländlichen Raum. In: Informationen 1965, Heft 1.

HUTTENLOCHER, Friedrich — Funktionale Siedlungstypen. In: Berichte zur Deutschen Landeskunde 1949/50, S. 76.

ISARD, W. — Some empirical results and problems of regional input-output analysis. New York, Oxford 1953.

ISBARY, Gerhard — Zentrale Orte und Versorgungsnahbereiche. In: Mitteilungen aus dem Institut für Raumforschung. Bad Godesberg 1965.

ISENBERG, Gerhard — Tragfähigkeit und Wirtschaftsstruktur. In: Veröffentlichungen der Akademie für Raumforsch. und Landesplanung. Bremen-Horn 1953.

KANNENBERG, Ernst-Günter — Zur Methodik der Ermittlung von zentralen Orten und von Beurteilungsgrundlagen f. Förderungsmaßnahmen In: Informationen 1965, S. 393.

KEYSER, Erich — Hessisches Städtebuch. Stuttgart 1957.

KLÖPPER, Rudolf — Entstehung, Lage und Verteilung der zentralen Siedlungen in Niedersachsen. In: Forschungen zur Deutschen Landeskunde, 1952, Band 71.

ders. — Der Einzugsbereich einer Kreisstadt. In: Raumforschung und Raumordnung 1953, Heft 2, S. 73.

ders.	Das Netz der zentralen Siedlungen in Niedersachsen. In: Deutscher Geographentag Frankfurt/M. 1951, Remagen 1952. Tagungsber. u. wissenschaftl. Abh., S. 165.
ders.	Die deutsche geographische Stadt-Umland-Forschung, Entwicklung und Erfahrungen. In: Raumforschung und Raumordnung 1956, S. 92.
ders.	Der geographische Stadtbegriff. In: Geographisches Taschenbuch 1956/57, S. 453.
KÖRBER, Jürgen	Die zentralörtlichen Bereiche im Raum zwischen dem Rhein und dem Saarland. In: Berichte zur Deutschen Landeskunde 1960, S. 69.
KRATZ, Georg	Die Frage der Einbeziehung des Kreises Alsfeld in das Sanierungsprogramm des Bundes für wirtschaftlich zurückgebliebene Gebiete. In: Mitteilungen des Geschichts- und Altertumsvereins der Stadt Alsfeld, 1955—1961, S. 153.
KRAUS, Theodor	Individuelle Länderkunde und räumliche Ordnung. In: Erdkundliches Wissen 1960, Heft 7.
KRONER, Günter	Die zentralen Orte in Wissenschaft und Raumordnungspolitik. In: Informationen 1964, S. 450.
ders.	Der zentrale Ort Alsfeld. In: Informationen 1963, S. 519.
KÜHN, Arthur	Die „mittlere Zukunft" in der Raumforschung. In: Raumforschung, Hannover 1960, S. 117.
ders.	Geographie, Angewandte Geographie und Raumforschung. In: Die Erde, 1962.
KÜTTNER, Herbert	Die Rolle zentraler Orte in der regionalen Entwicklung. In: Forschung und Planung in ländlichen Entwicklungsgebieten, 1963, S. 47.
ders.	Materialien zur regionalen Wirtschaftsentwicklung in Mittelgebirgslagen der Bundesrepublik Deutschland — Rhön — Vogelsberg. Bonn 1965.
LEHMANN, Heinz	Die zentralen Orte und ihre kartographische Darstellung als Problem der Raumforschung und Landesplanung. In: Deutscher Geographentag Frankfurt/M. 1951, Remagen 1952. Tagungsbericht und wissenschaftliche Abhandl., S. 155.
LENORT, Norbert J.	Strukturforschung und Gemeindeplanung. Köln und Opladen 1960.

ders.	Entwicklungsplanung in Stadtregionen. Köln und Opladen 1961.
LINDE, H.	Grundfragen der Gemeindetypisierung. In: Forschungs- und Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung 1952, Band III.
LINDSTAAHL, Sigvard	A Plan for Investigation of Central Places in Agricultural Communities. In: Proceedings of the IGU Symp. in Urban Geography. Lund 1960, S. 285.
LÖSCH, August	Die räumliche Ordnung der Wirtschaft. Jena 1944.
MEYNEN / SCHMITHÜSEN	Handbuch der naturräumlichen Gliederung Deutschlands. Remagen 1953—59.
MEYNEN, E. / HOFFMANN, F.	Methoden zur Abgrenzung von Stadt und Umland. In: Geographisches Taschenbuch 1954/55, S. 418.
MEYNEN, E./ KLÖPPER, R. / KÖRBER, J.	Rheinland-Pfalz in seiner Gliederung nach zentralörtlichen Bereichen. In: Forschungen zur Deutschen Landeskunde, 1957, Band 100.
MILDNER, Kurt	Fragen der Industrieförderung und der Industrieansiedlung im Landkreis Alsfeld. In: Zeitschrift Kommunalwirtschaft 1956, S. 105.
MORRILL, Richard L.	Simulation of Central Place Patterns over Time. In: Proceedings of the IGU Symp. in Urban Geography. Lund 1960, S. 109.
MÜLLER, Georg und andere	Die wirtschaftliche Entwicklung in den Fördergebieten des Bundes. Band 2, Nordhessen. In: Mitteilungen aus dem Institut für Raumforschung, Heft 53.
MÜLLER, Georg	Grundlagen für eine Neuabgrenzung der Fördergebiete. In: Raumforschung und Raumordnung 1958, S. 15.
MÜLLER-IBOLD, Klaus	Die Stadtregion als Raum zentraler Orte. Stuttgart 1962.
NEEF, Ernst	Das Problem der zentralen Orte. In: Petermanns Geographische Mitteilungen 1950, S. 6.
ders.	Die zentralen Orte als Glied der Kulturlandschaft. In: Deutscher Geographentag Frankfurt/M. 1951, Remagen 1952. Tagungsbericht und wissenschaftl. Abh., S. 149.

ders.	Die Veränderlichkeit der zentralen Orte niederen Ranges. In: Proceedings of the IGU Symp. in Urban Geography. Lund 1960, S. 232.
PFEIL, Elisabeth	Großstadtforschung. Bremen-Horn 1950.
ROEWER, Helmut	Linksniederrheinische städtische Siedlungen. In: Forschungen zur Deutschen Landeskunde. Remagen 1954, Band 83.
SAUERMANN, Heinz	Bevölkerung und Berufsstruktur im hessischen Wirtschaftsraum. Frankfurt 1942.
SCHLIER, Otto	Die zentralen Orte des Deutschen Reichs. In: Zeitschrift der Gesellschaft für Erdkunde 1937, S. 161.
SCHÖLLER, Peter	Aufgaben und Probleme der Stadtgeographie. In: Erdkunde 1953, Heft 3.
SCHULTZE, Joachim-Heinrich	Zur Anwendbarkeit der Theorie der zentralen Orte. In: Petermanns Geographische Mitteilungen 1951, S. 106.
ders.	Die Stadt Jena. Untersuchungsergebnisse der Strukturgeographie und Stadtforschung. In: Wissenschaftl. Zeitschr. der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Jg. 1951/52, Heft 3, S. 43.
ders.	Stadtforschung und Stadtplanung. In: Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung. Bremen-Horn 1955, Band 23, 3. Auflage.
SCHWARZ, Gabriele	Allgemeine Siedlungsgeographie. In: Lehrbuch der Allgemeinen Geographie, Berlin 1966. 3. Auflage, S. 366.
STRUNDEN, Thomas M.	Neuabgrenzung der Sanierungsgebiete: Bundesausbaugebiete. In: Informationen 1953, S. 397.
TUOMINEN, O.	Das Einflußgebiet der Stadt Turku im System der Einflußgebiete SW-Finnlands. Helsinki 1949.
ULLMAN, Edward L.	A Theory of Location for Cities. In: Amer. Journal of Sociology, 1941, S. 21.

ULLMAN, Edward L./ DACEY, Michael F. — The Minimum Requirements Approach to the Urban Economic Base. In: Proceedings of the IGU Symp. in Urban Geography. Lund 1960, S. 121.

UMLAUF, J. — Wesen und Organisation der Landesplanung. Essen 1958.

VANHOVE, Norbert D. — Regionale Industrialisierung in den Niederlanden durch Konzentration in Entwicklungskernen. In: Informationen 1963, S. 421.

WEBER, Max — Die Objektivität sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis. In: Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre. Tübingen 1922, S. 146.

WURZBACHER, Gerhard — Leitbilder des gegenwärtigen deutschen Familienlebens. Dortmund 1951.

Statistische Quellen:

Hessisches Statist. Landesamt Wiesbaden — Wirtschaftliche Gemeindetypen 1950 und 1961 und Kennzeichnung der Wirtschaftsstruktur der hessischen Gemeinden am 6. 6. 1961. In: Statistische Berichte des Hessischen Statist. Landesamtes. Juni 1964.

Hessische Gemeindestatistik 1950, Heft 1—4.

Hessische Gemeindestatistik 1960/61, Heft 1—5.

Statistisches Handbuch für das Land Hessen 1964.

Hessen im Wandel der letzten hundert Jahre. In: Hessenkunde des Hessischen Statist. Landesamtes, Bd. III, Wiesbaden 1960.

Hessen unter den Bundesländern. In: Hessenkunde des Hessischen Statist. Landesamtes, Bd. IV, Wiesbaden 1963.

Die hessischen Gemeinden. In: Hessenkunde des Hessischen Statist. Landesamtes, Bd. V, Wiesbaden 1966.

Die Beherbergungskapazität in den hessischen Fremdenverkehrsgemeinden am 1. April 1965. In: Statist. Berichte des Hessischen Statist. Landesamtes, Juni 1965.

Die Wohnbevölkerung der hessischen Gemeinden. In: Statist. Berichte des Hessischen Statist. Landesamtes, April 1965.

Unveröffentlichtes Zahlenmaterial der Gemeindefinanzstatistik.

Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen

Verzeichnis der Krankenhäuser, Fachschulen des Gesundheitswesens und Gesundheitsämter im Lande Hessen, 1965.

Statist. Bundesamt Wiesbaden

Amtliches Gemeindeverzeichnis für die Bundesrepublik Deutschland, Ausgabe 1961.

Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, mehrere Jahrgänge.

Vorausschätzung der Bevölkerung für die Jahre 1964 bis 2000. In: Bevölkerung und Kultur. Reihe 1, Bevölkerungsstand und -entwicklung. Stuttgart und Mainz 1963.

Verzeichnis der Höheren Schulen, Mittelschulen und Sonderschulen in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland, einschließlich Berlin (West). Stuttgart 1960.

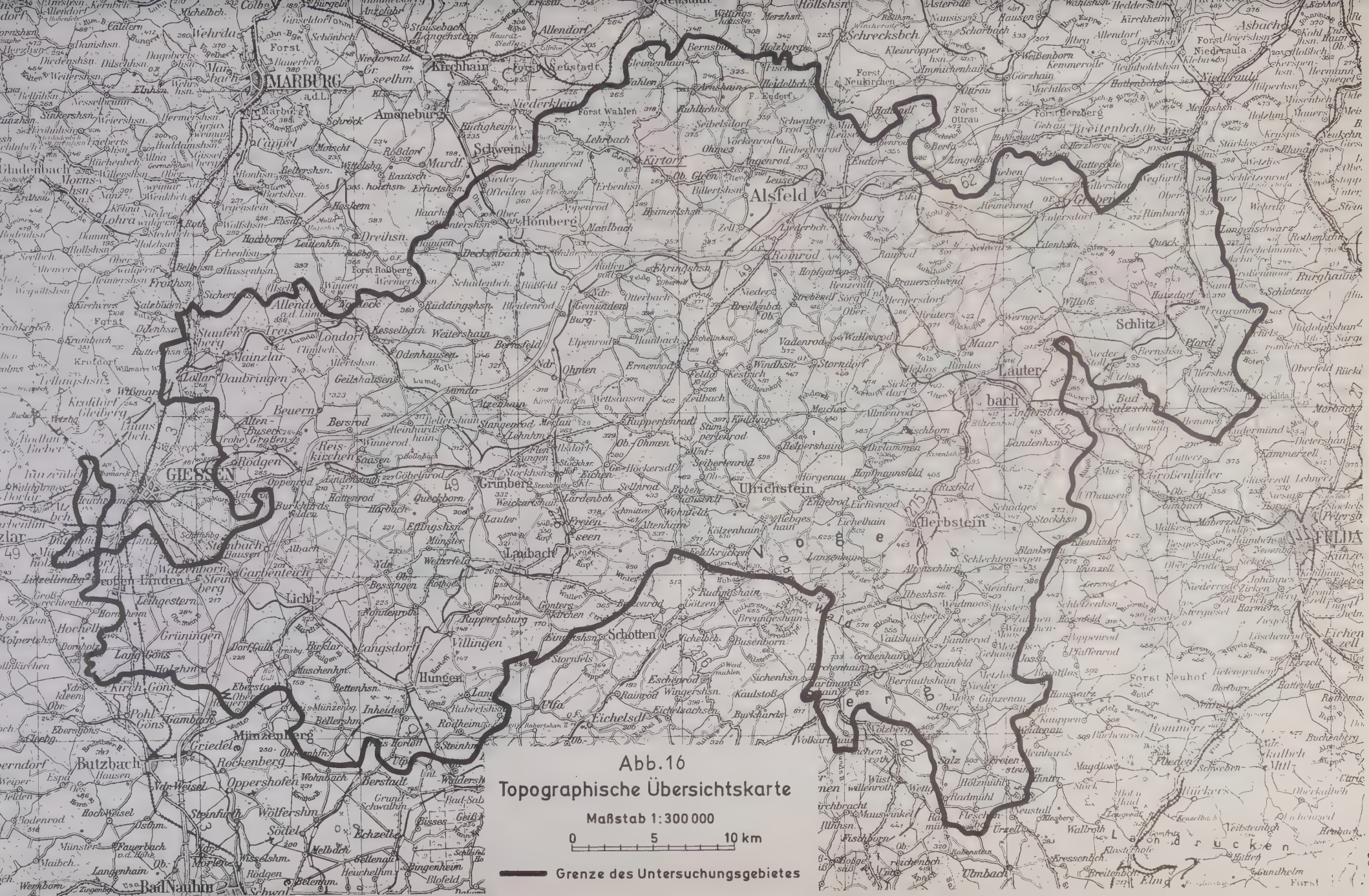
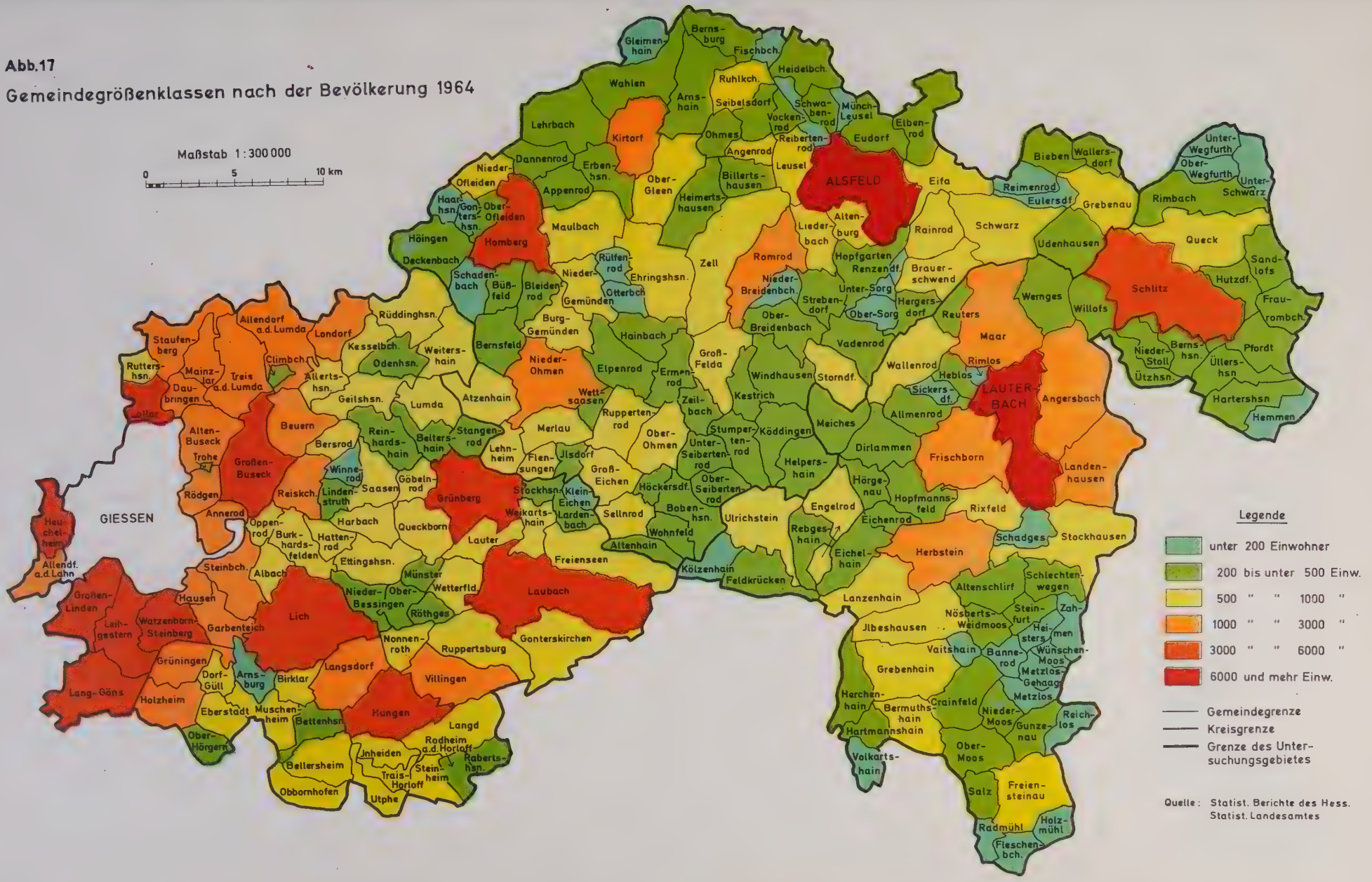

MARBURG
GIESSEN
Alsfeld
Lauterbach
Schlitz
Herbstein
Ulrichstein
Grünberg
Homberg
Schwalmstadt
Amöneburg
Kirchhain
Stadtallendorf
Dreihausen
Londorf
Mainzlar
Staufenberg
Lollar
Daubringen
Rödgen
Lich
Laubach
Hungen
Schotten
Münzenberg
Butzbach
Bad Nauheim
Fulda
Vogelsberg
Rhön
Forst Neuhof
Forst Niederaula
Forst Herzberg
Forst Neukirchen
Forst Wahlen
Forst Rodberg
Abb. 16
Topographische Übersichtskarte
Maßstab 1:300 000
0 5 10 km
Grenze des Untersuchungsgebietes

Abb.17

Gemeindegrößenklassen nach der Bevölkerung 1964



Entwurf: G. Mielitz

Abb. 18

Tendenz der Bevölkerungsentwicklung 1939 – 1964

Quellen: Veröffentlichungen des Hess. Statist. Landesamtes

Entwurf: G. Mielitz

Abb.19

Berufspendlerbilanz 1961

Maßstab 1:300 000

0 5 10 km

Quelle: Hess. Gemeindestatistik 1960/61, Heft 1

Entwurf: G. Mielitz

Abb. 20

Gewerbesteuer 1964

Quelle: Angaben des Hess. Statist. Landesamtes

Abb. 21

Schulden der Gemeinden 1964

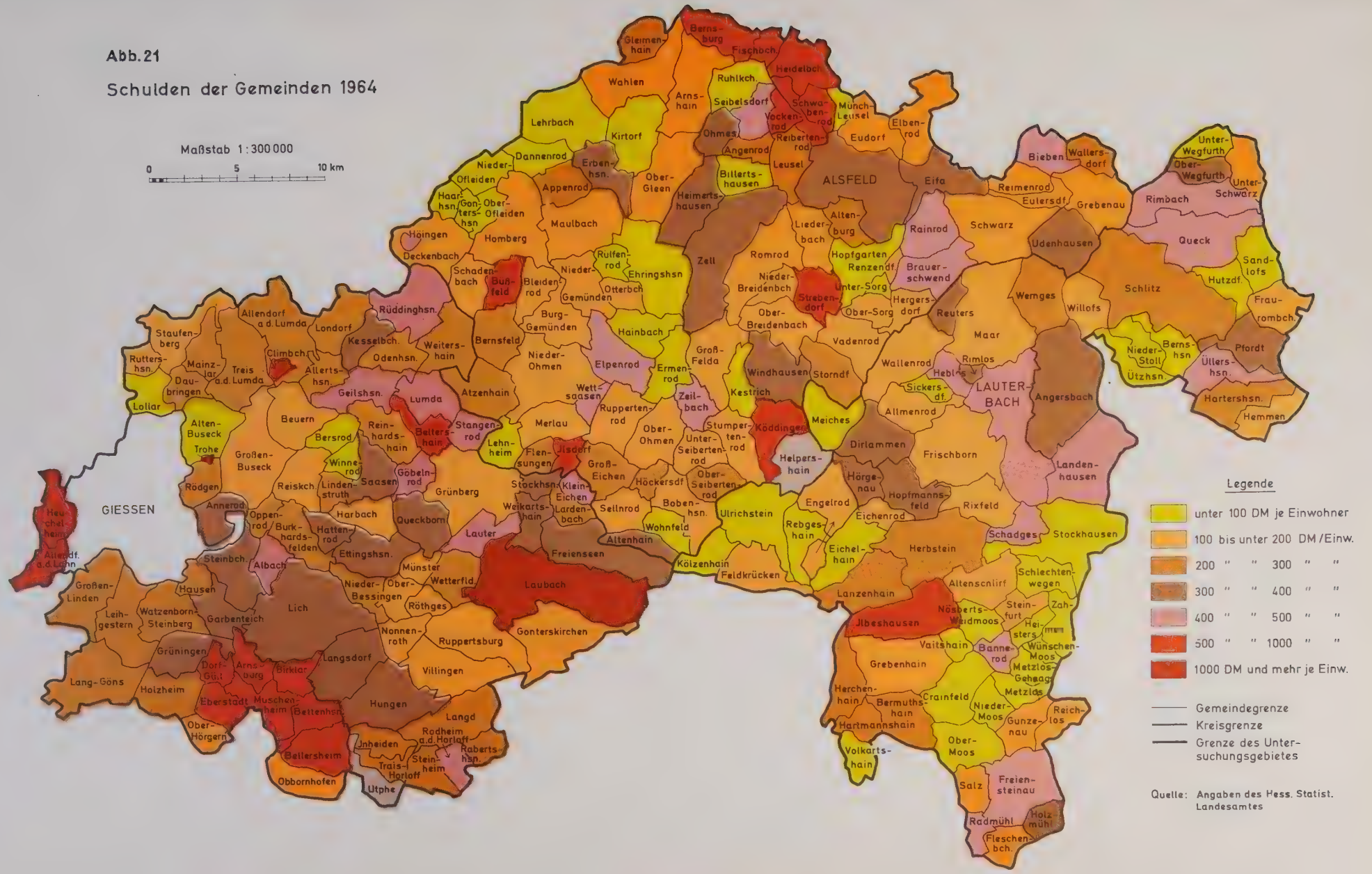
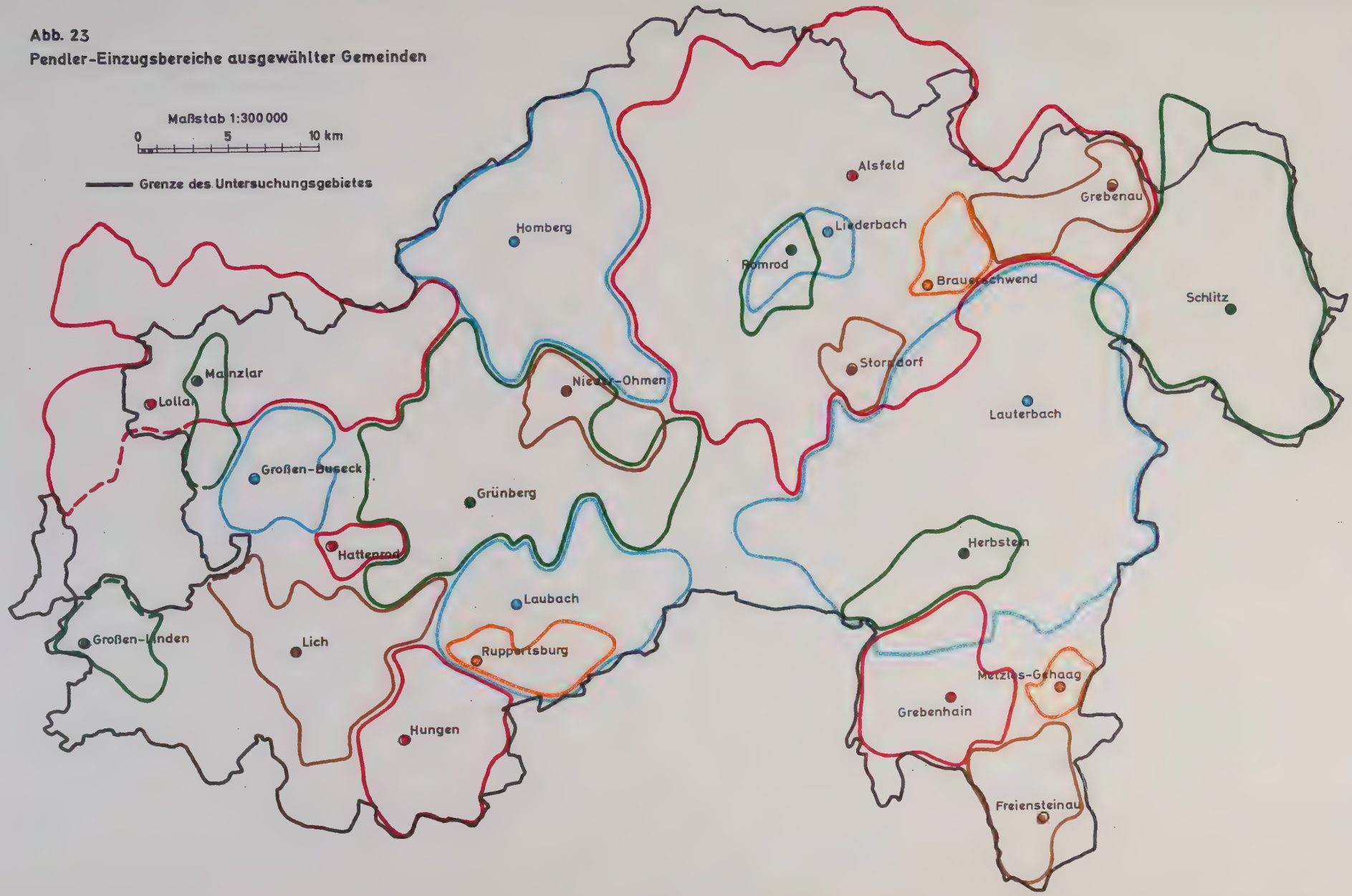


Abb. 22

Allgemeine Finanzzuweisungen 1964

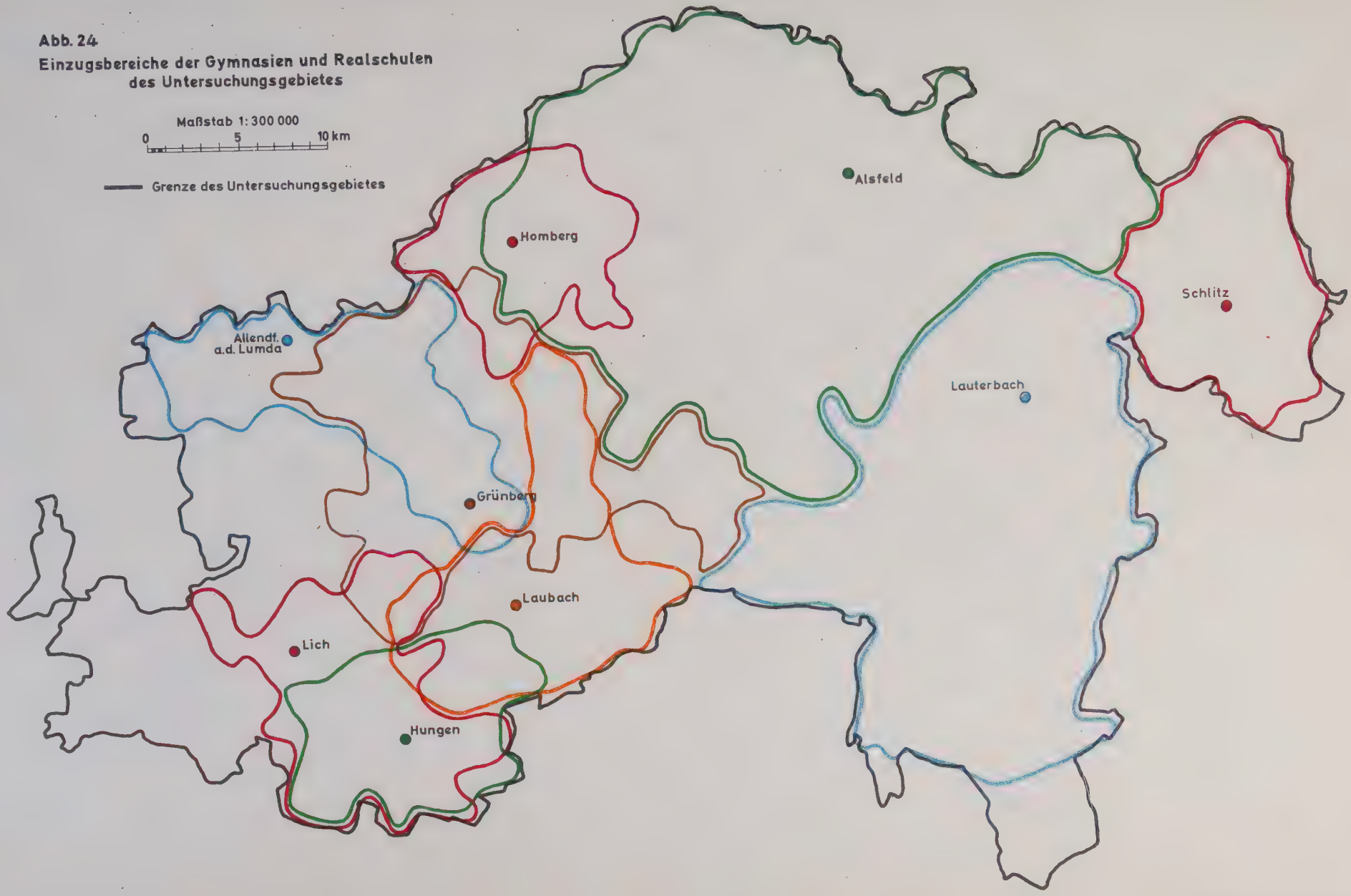
Entwurf: G. Mielitz

Abb. 23
Pendler-Einzugsbereiche ausgewählter Gemeinden



Entwurf: G. Mielitz

Abb. 24
Einzugsbereiche der Gymnasien und Realschulen des Untersuchungsgebietes

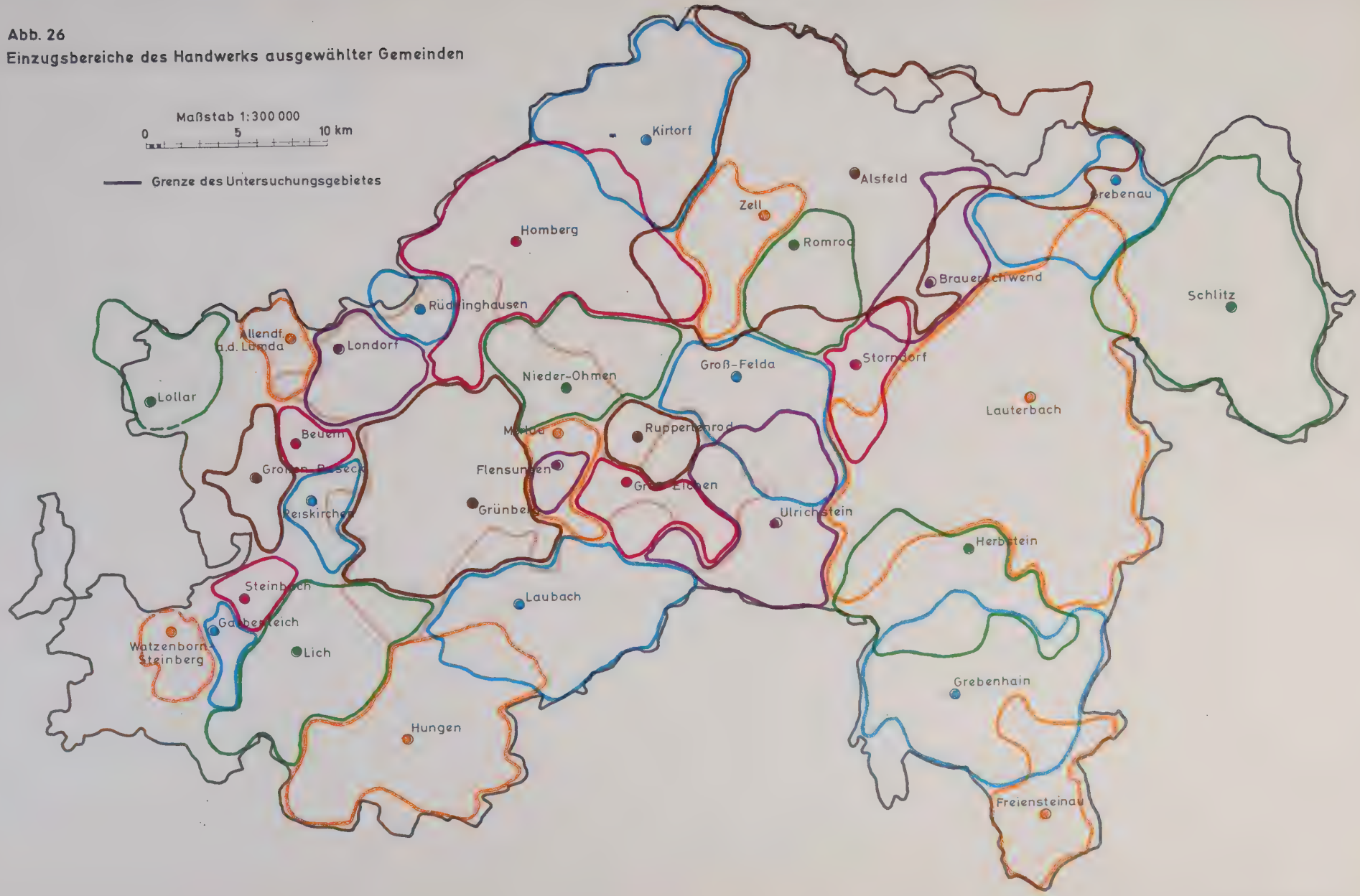


Entwurf: G. Mielitz

Abb. 25
Einzugsbereiche der Apotheken und Ärzte ausgewählter Gemeinden

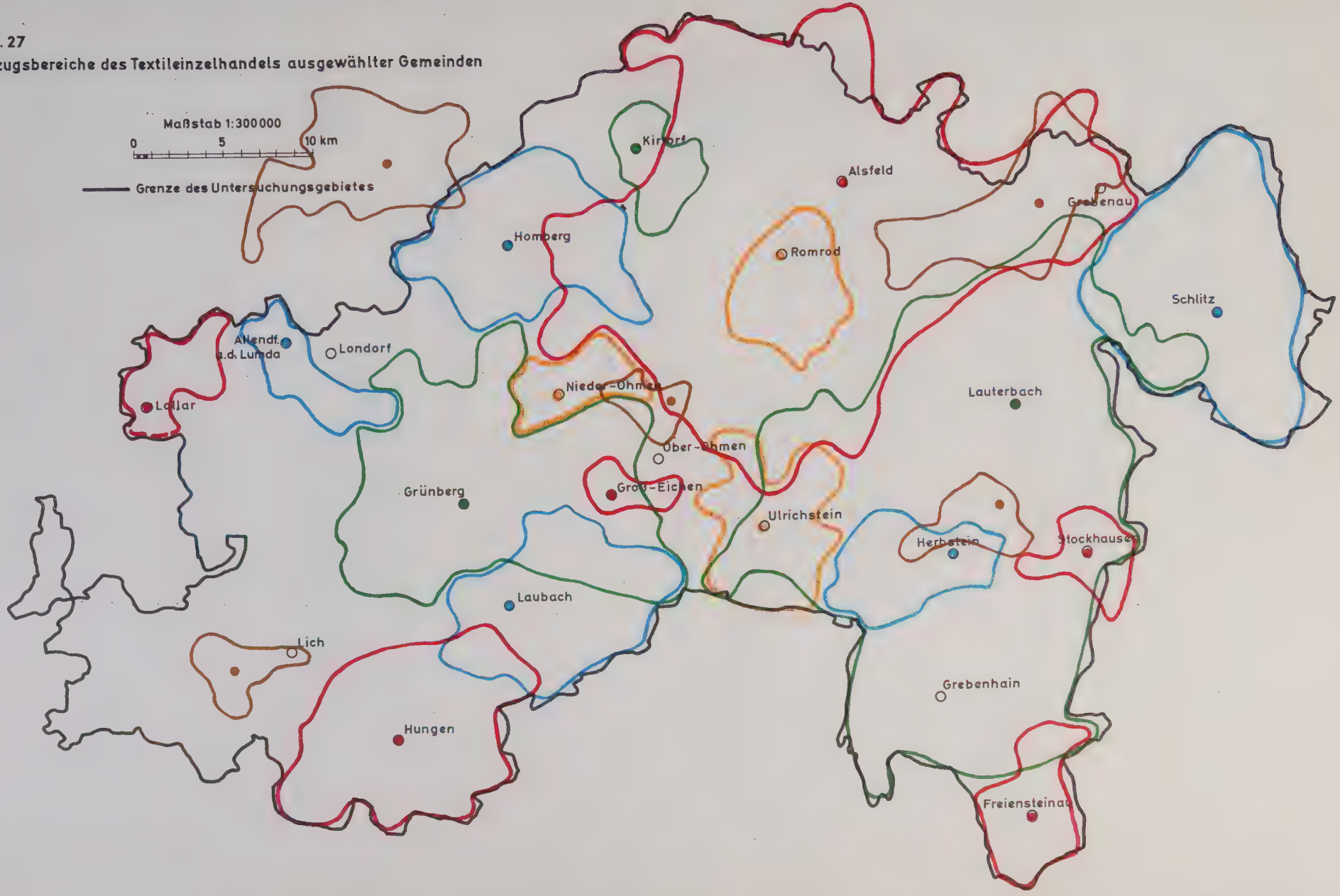
Entwurf: G. Mielitz

Abb. 26
Einzugsbereiche des Handwerks ausgewählter Gemeinden



Entwurf: G. Mielitz

Abb. 27
Einzugsbereiche des Textileinzelhandels ausgewählter Gemeinden



Entwurf: G. Mielitz

zu Abb. 28

LEGENDE (siehe bitte auch Kapitel 321)

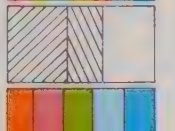
Darstellung der zentralen Orte (1961)

Beschäftigtenüberbesatz in ausgewählten Wirtschaftszweigen bezogen auf die Mittelwerte des Untersuchungsgebietes

Berechnungsbasis ist das Verhältnis Beschäftigte : Wohnbevölkerung

1 mm Balkenhöhe = 10 vH über dem Durchschnitt

	Durchschnitt des Untersuchungsgeb.
Sekundärer Wirtschaftsbereich	18,0 vH
Einzelhandel	2,5 "
Sonstiger Handel	1,1 "
Verkehr und Nachrichtenüberm.	1,2 "
Kredit-und Versicherungswesen	0,3 "
Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen	2,2 "
Organisationen ohne Erwerbscharakter, Gebietskörperschaften und Sozialvers.	1,7 "

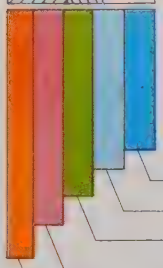


1 mm Höhe = 1000 Einwohner

Erwerbspersonen
Einpendlerüberschuß
Beschäftigte am Ort

1 mm Breite = 5 vH der Wohnbevölkerung

Wohnbevölkerung im Einflußbereich (ohne Zielort) der zentralen Einrichtungen...



Gymnasien und/oder Realschulen
Ärzte und/oder Apotheken
Textileinzelhandel
Handwerksbetriebe
Arbeitsstätten (Pendlereinzugsbereiche)

1 mm Balkenhöhe = 1000 Einwohner

Darstellung der Mittelpunktgemeinden (1961)

Sektor 1 gerastert = Tertiärer Wirtschaftszweig ist überdurchschnittlich besetzt
" 2 " = Pendlereinzugsbereich ist vorhanden
" 3 " = Einflußbereich des Handwerks ist vorhanden
" 4 " = " des Textileinzelhandels ist vorhanden
" 5 " = " der Ärzte und/oder Apotheken ist vorh.
" 6 " = " der Gymnasien und/oder Realschulen ist vorh.

* Die Gemeinde hatte 1961 weniger als 3000 Einwohner

Entwurf: G. Mielitz

Abb. 28
Zentrale Orte und Mittelpunktgemeinden

Maßstab 1:300 000

0 5 10 km

Kirtorf
Homberg
Nieder-Gemünden
Londorf
Allendf/Lumda
Lollar
Nieder-Ohmen
Grünberg
Großen-Buseck
Reiskirchen
Flensungen
Lich
Laubach
Hungen
Ulrichstein
Zell
Liederbach
Romrod
ALSFELD
Storndorf
Brauerschwend
Grebenau
Schlitz
LAUTERBACH
Herbstein
Jlbeshausen
Grebenhain
Freiensteinau

Entwurf: G. Mielitz

Lebenslauf

Am 23. Dezember 1931 wurde ich als Sohn des Polizeibeamten Otto Mielitz und seiner Ehefrau Frieda, geb, Luttermann, in Berlin geboren.

Im Juni 1951 schloß ich meine Schulbildung mit dem Abitur am Georg-Herwegh-Gymnasium in Berlin-Hermsdorf ab. Anschließend war ich bis Januar 1956 im Handel und in der kommunalen Verwaltung tätig.

Nach meiner Immatrikulation an der Freien Universität Berlin im April 1956 widmete ich mich dem Studium der Geographie. Nach 12 Semestern legte ich im Februar 1962 meine Diplomprüfung im Fach Geographie ab. Meine Nebenfächer waren Kartographie, Geologie und Meteorologie. Seit Dezember 1962 bin ich mit der Wahrnehmung der Dienstgeschäfte eines wissenschaftlichen Assistenten am Geographischen, später 1. Geographischen Institut der Freien Universität Berlin beauftragt. Seit dem Wintersemester 1965/66 habe ich außerdem einen Lehrauftrag.

Berlin-Spandau, September 1966

Gerd Mielitz

Ich versichere, die vorliegende Dissertation selbständig und ohne unerlaubte Hilfe angefertigt zu haben.

Berlin-Spandau, den 25. Sept. 1966